

LANDESHAUPTSTADT



Gesamtabschlussbericht



für das Geschäftsjahr 2018

www.wiesbaden.de

Gesamtabschluss 2018

Inhaltsverzeichnis

A. Vorwort	3
B. Konsolidierter Gesamtabschluss zum 31.12.2018	4
1. Konsolidierungsbericht	4
1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden	4
1.1.1 Einführung	4
1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	4
1.1.3 Geschäftsverlauf	7
1.1.4 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks	15
1.1.5 Vermögenslage:	21
1.1.6 Vermögensvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabschluss	23
1.1.7 Ergebnissituation	24
1.1.8 Ergebnisvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabschluss	26
1.1.9 Finanzlage	27
1.2 Bewertung des Gesamtabschlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit, Chancen und Risiken sowie perspektivischer Ausblick	28
1.3 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres ..	42
2. Konsolidierte Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung	43
2.1 Konsolidierte Vermögensrechnung	43
2.2 Konsolidierte Ergebnisrechnung	45
2.3 Konsolidierte Finanzrechnung	46
3. Anhang	48
3.1 Allgemeine Angaben	48
3.1.1 Rechtliche Grundlagen	48
3.1.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises	48
3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze	53
3.1.4 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	55
3.2 Erläuterungen zu den Posten der konsolidierten Vermögensrechnung	59
3.2.1 Anlagevermögen	59
3.2.2 Umlaufvermögen	66
3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	66
3.2.4 Eigenkapital	67
3.2.5 Sonderposten	68
3.2.6 Rückstellungen	69
3.2.7 Verbindlichkeiten	72
3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	72
3.3 Erläuterungen zur konsolidierten Ergebnisrechnung	73
3.3.1 Ordentliches Ergebnis	73
3.3.2 Außerordentliches Ergebnis	83
3.3.3 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	84
3.4 Erläuterungen zur konsolidierten Finanzrechnung	85
3.5 Sonstige Angaben	87
3.5.1 Haftungsverhältnisse	87
3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen	89
3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	92
3.5.4 Mitglieder Stadtverordnetenversammlung/Magistrat	94
Anlagen	95
Anlage (1) Anlagenspiegel	96
Anlage (2) Forderungsspiegel	97
Anlage (3) Eigenkapitalspiegel	98

Gesamtabschluss 2018

Anlage (4) Sonderpostenspiegel	99
Anlage (5) Rückstellungsspiegel	100
Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel	101
Anlage (7) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen	102

Gesamtabschluss 2018

A. Vorwort

Hiermit lege ich Ihnen als Kämmerer der Landeshauptstadt Wiesbaden den Gesamtabschluss für das Jahr 2018 vor. Ziel dieses Werkes ist es, die Stadt transparenter zu machen, indem ein Gesamtbild einschließlich ihrer Unternehmen und Sondervermögen aufgezeigt wird. Die Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) ist mit über 200 km² Gemarkungsfläche als „grünste Stadt Hessens“ eine attraktive, leistungsfähige, soziale und wirtschaftlich starke Stadt mit kurzen Wegen und einem breiten Gesundheitsangebot. Ihre Leistungen werden nicht nur von den städtischen Ämtern erbracht, sondern in hohem Maße auch von den Beteiligungsgesellschaften in den Segmenten Ver- und Entsorgung, Verkehr, Gesundheit, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie Tourismus, Kongresse und Veranstaltungen. Um die Transparenz zu erhöhen und ein möglichst vollständiges Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der LHW zu erhalten, müssen auch diese in die Aufgabenträger ausgegliederten Dienstleistungen mit in die Betrachtung einbezogen werden.



Es freut mich, auch für dieses Jahr über einen finanziell positiven Verlauf zu berichten. Der Jahresüberschuss des Jahres 2018 liegt bei 53,7 Mio. € und übertrifft damit die Erwartungen. Dies sichert das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur sowie einer nachhaltigen Daseinsvorsorge auf einem sehr hohen Niveau. Das Vermögen (Bilanzsumme) ist mit 4,8 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr gestiegen und die Gesamtleistung (Umsatz) von 2,0 Mrd. € liegt auf dem Vorjahresniveau.

Schwerpunkthemen, die die Landeshauptstadt als Investitionen für die Zukunft betrachtet, sind der Ausbau der Kinderbetreuung sowie der Schulen und die Schaffung und Modernisierung bezahlbaren Wohnraums bei steigenden energetischen Standards, die Errichtung und der Betrieb von umweltfreundlichen Energiegewinnungsanlagen und die Umsetzung eines umweltfreundlichen Verkehrskonzepts.

Der vorliegende Gesamtabschluss besteht aus dem Konsolidierungsbericht (Kapitel 1) mit der Bewertung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des gesamten Verbundes sowie einem perspektivischen Ausblick. In Kapitel 2 folgen die zusammengefasste Ergebnis- und Vermögensrechnung (Bilanz), die um eine Kapitalflussrechnung ergänzt sind. Schließlich ist in Kapitel 3 ein Anhang beigefügt, der neben den gesetzlichen Grundlagen und der Abgrenzung des Konsolidierungskreises insbesondere die Posten der in Kapitel 2 genannten Rechnungen erläutert. Kapitel 4 enthält alle Anlagen.



Axel Imholz
Stadtkämmerer

Gesamtabschluss 2018

B. Konsolidierter Gesamtabschluss zum 31.12.2018¹

1. Konsolidierungsbericht

1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden

1.1.1 Einführung

Wiesbaden ist die Hauptstadt des Landes Hessen. In der zweitgrößten Stadt Hessens wohnen Ende 2018 rund 290.000 Einwohner². Hinzu kamen noch ca. 20.000 Mitglieder der US-Heeresgarnison. Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist eine weltoffene, grüne Stadt im Herzen des Rhein-Main-Gebietes, ein wirtschaftliches, kulturelles und soziales Zentrum. Eine moderne Stadtentwicklung, der Umwelt- und Naturschutz, die Gesundheitsförderung sowie eine ausgeprägte Willkommenskultur gehören zu den weiteren Stärken der Stadt.

Wiesbaden zeichnet sich durch ein vielfältiges Kulturleben aus. Vom Hessischen Staatstheater, dem Museum Wiesbaden, Konzerten im Kulturzentrum Schlachthof und im Kurhaus, dem Rheingau Musik Festival über die Caligari FilmBühne bis hin zu zahlreichen Filmfestivals, dem Literaturhaus, Galerien und Kleinkunsthöfen. Wiesbaden bietet die gesamte Bandbreite lebendiger und moderner Kultur. Zusätzlich besticht Wiesbaden durch das umfangreiche Angebot im Breitensport.

Das wirtschaftsfreundliche Klima in der Landeshauptstadt sorgt beständig für einen vorderen Platz im Ranking der deutschen Städte. Neben bekannten Großunternehmen prägt eine Vielzahl von mittleren und kleinen Unternehmen das Bild. Zudem ist Wiesbaden ein pulsierendes Dienstleistungszentrum mit zukunftsfähigen Branchenschwerpunkten und einer hohen Lebensqualität.

Die Stadt zählt, neben Frankfurt am Main, Mainz und Darmstadt, zu den Kernstädten des Rhein-Main-Gebiets. Die Landeshauptstadt Wiesbaden rangierte in 2019 (Stand: 5/2019) mit einem Kaufkraftindex von 110,4 % des Bundesdurchschnitts bzw. mit rd. 27 Tsd. € Ausgaben für Konsum pro Einwohner auf einem der vorderen Plätze der wohlhabendsten Städte Deutschlands.³

1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Wachstum der deutschen Volkswirtschaft ist im Berichtszeitraum rückläufig. Neben einer geringeren Exportnachfrage wirkt sich der Arbeitskräftemangel in vielen Branchen auf die Entwicklung aus.

Aus diesen Gründen passte der Sachverständigenrat seine Wachstumsprognose für die Jahre 2019 und 2020 nach unten an. Es werden jahresdurchschnittliche Zuwachsraten des realen

¹ Bei der Verwendung von gerundeten Beträgen oder Prozentangaben kann es zu geringfügigen Differenzen kommen (kaufmännische Rundung).

² Daten des Amtes für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der Landeshauptstadt Wiesbaden

³ Daten der IHK Wiesbaden 5/2019

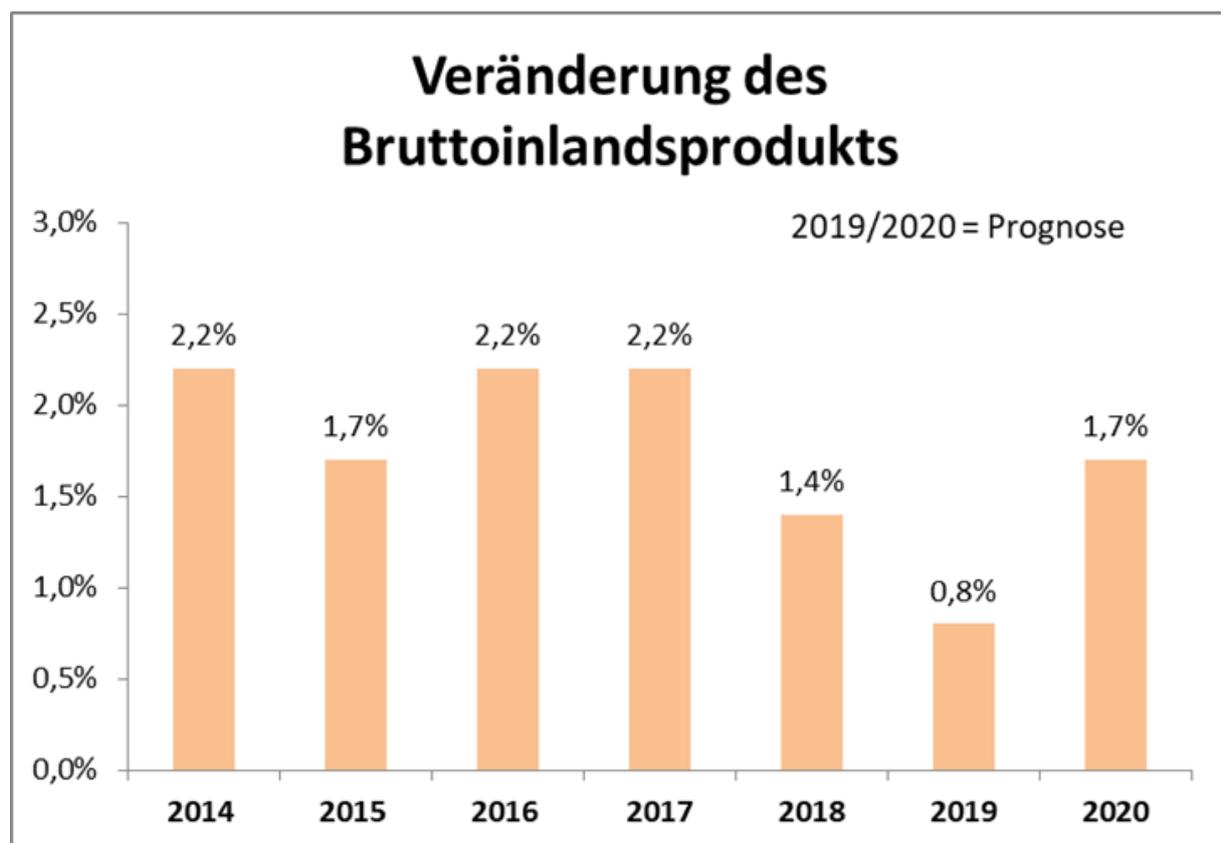
Gesamtabschluss 2018

Bruttoinlandsprodukts (BIP) für 2019 in Höhe von 0,8 % und für 2020 von 1,7 % erwartet. Die niedrige Prognose für 2019 ist vor allem auf das schwache letzte Quartal 2018 zurückzuführen.

Die bisherige Überauslastung der deutschen Wirtschaft geht zurück und die Produktion passt sich dementsprechend an. Damit ist der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre vorerst vorüber. Eine Rezession ist nach aktueller Ansicht jedoch nicht zu erwarten. Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2018 um 1,4 %. Jedoch wird die Wachstumsdynamik in Deutschland, in der Eurozone und weltweit 2019 etwas nachlassen.

Weltweite Handelskonflikte, der drohende harte Brexit und das sich abschwächende Wachstum in China stellen Risiken für die Wirtschaft dar. Der Verlauf der Binnenkonjunktur ist positiv, was sich günstig auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Steigender privater Konsum ist die Folge. Vor allem die Baubranche und Dienstleistungsunternehmen profitieren von der guten Lage.

Der Arbeitsmarkt ist geprägt von steigender Beschäftigung und hoher Lohndynamik. Wachstumsimpulse dürften im Jahr 2019 vom privaten Konsum, dem Bausektor und der staatlichen Auftragsvergabe ausgehen.⁴



Quelle: Eurostat, Online-Datenbank, Wachstumsrate des realen BIP (Stand: 05/2019)

⁴ Konjunkturprognose 2019 und 2020 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Gesamtabschluss 2018

Die Hessische Konjunktur erhält einen kleinen Dämpfer. So bewerten nur noch 41 % der hessischen Unternehmen ihre Geschäftslage als gut und 49 % als zufriedenstellend.

Der Geschäftsklimaindex für die hessische Wirtschaft sinkt auf 116 Punkte (ein Wert von 100 Zählern bildet die Grenze zwischen positiver und negativer Grundstimmung). Damit liegt er nur noch leicht über dem langjährigen Durchschnitt von 110 Punkten. Den aktuellen Personalstand möchten noch 68 % der hessischen Unternehmen halten oder aufstocken.⁵

Der Geschäftsklimaindikator geht seit Anfang 2018 weiter zurück auf nunmehr 127.

Für Wiesbaden wird die aktuelle Geschäftslage von den Unternehmen, zwar weniger gut als zuletzt, aber insgesamt weiterhin als sehr gut bewertet, 51 % der Unternehmen beschreiben ihre Lage als gut, 7 % als schlecht und 42 % als befriedigend.

Die Einschätzung der Lage spiegelt sich auch in der Einstellungsbereitschaft wieder. 22 % der Wiesbadener Unternehmen planen die Vergrößerung ihrer Belegschaft in den kommenden 12 Monaten, lediglich 10 % wollen Stellen abbauen.⁶ Die Arbeitslosenquote in Wiesbaden ist rückläufig aber dennoch im Vergleich zu anderen hessischen Städten hoch. Im Jahr 2018 betrug sie zum Stichtag 6,5 %. In ganz Hessen ist die Arbeitslosenquote zum 31.12.2018 durchschnittlich 4,3%. Ursache ist unter anderem der Arbeitsmarkt in Wiesbaden, der durch eine geringe Aufnahmefähigkeit von geringqualifizierten bzw. ungelerten Kräften und einem hohen Bedarf an qualifizierten Fachkräften gekennzeichnet ist.⁷

⁵ Konjunktur in Hessen - Frühsommer 2019

⁶ Wirtschaftlicher Lagebericht der IHK Wiesbaden - Frühsommer 2019

⁷ Statistik der Arbeitsagentur für Hessen auf „statistik.arbeitsagentur.de“

Gesamtabschluss 2018

1.1.3 Geschäftsverlauf

Der finanzielle Geschäftsverlauf des Verbundes der Landeshauptstadt Wiesbaden war im Berichtsjahr nicht so erfreulich wie im Vorjahr. Das konsolidierte Jahresergebnis wies einen Rückgang von 105,6 Mio. € auf 53,7 Mio. € auf. Hierzu hat insbesondere die verschlechterte Ergebnissituation der Kernverwaltung durch geringere Gewerbesteuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen beigetragen.

Steuern und Schlüsselzuweisungen

in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung
Gewerbesteuer (vor Gewerbesteuerumlage)	314,5	336,7	-22,2 ↓
Einkommensteuer	173,3	178,0	-4,7 ↓
Schlüsselzuweisungen	157,9	194,1	-36,2 ↓
Grundsteuer (A + B)	60,8	59,6	1,2 ↑

Die Gewerbesteuererträge im Berichtsjahr lagen konsolidiert mit 314,5 Mio. €⁸ 22,2 Mio. € unter denen des Vorjahres.

Trotz der rückläufigen Gewerbesteuerentwicklung ist die Konjunkturlage weiterhin gut und zeichnet sich durch die hohe Beschäftigungsquote und steigende Löhne und Gehälter aus Tarifabschlüssen aus. Jeweils mit der Steuerkraft korrelieren auch die Schlüsselzuweisungen. Aufgrund der hohen Steuerkraft der Stadt Wiesbaden in den vorherigen Jahren, errechnet sich ein geringerer Bedarf an Schlüsselzuweisungen im Jahr 2018. Somit fallen die Schlüsselzuweisungen entsprechend niedriger aus.

Die LHW beschäftigte in ihrem Verbund im Berichtsjahr durchschnittlich 8.027 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für diese fielen Personal- und Versorgungsaufwendungen von 528,8 Mio. € an. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betragen 614,2 Mio. € und die Abschreibungen 138,8 Mio. €.

Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Die **WVV Holding** erzielt neben ihrer Holdingfunktion Umsatzerlöse aus der Vermietung eigener Liegenschaften in Wiesbaden.

Seit Dezember 2018 ist Herr Ralph Schüler nicht mehr Geschäftsführer der WVV, GWI und WJW.

⁸ Die Gewerbesteuererträge stehen nicht vollumfänglich zur Verfügung. Sie sind jeweils um die Gewerbesteuerumlage zu bereinigen.

Gesamtabschluss 2018

Die im August 2016 erworbene Liegenschaft Citypassage besteht aus den räumlich getrennten bebauten Flächen der Einkaufspassage Citypassage mit den benachbarten Grundstücken (City I) und der gegenüberliegenden Fläche mit dem Parkhaus City II und dem angrenzenden vermieteten Ärztehaus. Die Teilfläche City II wurde in den Immobilienbestand der WVV Holding übernommen und soll dauerhaft vermietet werden. Die Teilfläche City I, soll zur städtebaulichen Weiterentwicklung des Quartiers bzw. der Fußgängerzone an einen Erwerber veräußert werden. Das EU-weite Ausschreibungsverfahren wurde mittlerweile erfolgreich abgeschlossen. Gemäß Beschluss der Stadtverordneten vom 27.06.2019 Nr. 0272 wird „Development Partner“ der künftige Erwerber. Vorgesehen ist, dass die Citypassage ihren bisherigen Charakter vollkommen verändern wird mit offenen, verbindenden Achsen zwischen Mauritius- und Faulbrunnenstraße sowie zwischen Kirchgasse und Schwalbacher Straße, die sich an einem Quartiersplatz in der Mitte kreuzen. Der Entwurf geht von einer gemischten Nutzung von Handel, Dienstleistungen, Gastronomie, Büro und Wohnen aus. Der endgültige Vertragsabschluss sowie die Zahlung des Kaufpreises sind abhängig von einem vorherigen Aufstellungsbeschluss für die notwendige Änderung des Bebauungsplans. Aus Sicht des Stadtentwicklungsdezernats und des Stadtplanungsamtes ist eine solche Beschlussfassung bis Ende 2019 angestrebt und realistisch. Die Geschäftsführung ist zuversichtlich, dass die Erlöse die von der Gesellschaft getätigten Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Erwerb der Liegenschaft voraussichtlich übersteigen werden.

Der Immobilienkomplex Mauritiusgalerie wurde im Jahr 2010 erworben. Die Umbauarbeiten betrafen eine Neugestaltung des gesamten Immobilienkomplexes, zu dem neben dem Gewerbebereich auch ein Hotel und ein Parkhaus gehören. Die Umbauten zum Teilprojekt „Mauritiusgalerie - Umbau Gewerbe“ (Stadtpolizei und Systemgastronomie) sowie die Sanierung des Parkhauses wurden im 1. Quartal 2018 abgeschlossen.

Die Wohnungsgesellschaften im Verbund nehmen eine bedeutende Rolle auf dem Wohnungsmarkt wahr. Sie versorgen im Interesse der Stadt breite Bevölkerungsschichten mit Wohnraum. Durch die Aktivitäten der Gesellschaften im Bereich der energetischen Sanierung der Objekte und des Einsatzes von erneuerbaren Energien im Neubaubereich findet neben der Betriebskostensenkung ebenso der Klimaschutz seine Berücksichtigung. Der Geschäftsverlauf im Bereich der Immobilienwirtschaft und Stadtentwicklung ist weiterhin positiv zu beurteilen. Mit rd. 13.000 Wohnungen - davon rd. 4.000 Sozialwohnungen - gelten die GWV und die GeWeGe als größte Anbieter auf dem Wiesbadener Wohnungsmarkt.

Das Geschäftsfeld der städtebaulichen Projektentwicklung wird insbesondere durch die Aktivitäten der **Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG)** geprägt. Sie stellt die Verbindung zwischen den städtebaulichen Zielen der Stadt und den entsprechenden Flächennachfragern bzw. Nutzern dar. Der Tätigkeitsschwerpunkt der SEG, die städtebauliche Projektentwicklung, ist weiterhin mit stark schwankenden Umsätzen und vergleichsweise hohen Risiken verbunden, dem wird jedoch durch die Vermietung des eigenen Immobilienbestandes mit konstanten Mittelzuflüssen und der Übernahme von Dienstleistungsaufträgen gegengesteuert. Die Umsatzerlöse fielen im Berichtszeitraum deutlich höher als prognostiziert aus, da sich die Veräußerung der Grundstücke des Entwicklungsgebietes Hainweg positiv ausgewirkt hat. Die damit verbundenen Deckungsbeiträge konnten die höheren Personal- und Sachkosten, die im Rahmen der arbeitsintensiven Entwicklung der Projekte anfielen, abdecken und auch die Segmentverluste des Geschäftsbereiches „städtebauliche Projektentwicklung“ aus den letzten Jahre überkompensieren.

Gesamtabschluss 2018

Im Juni 2018 erwarb die SEG im Rahmen des Erstzugriffsrechts der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) nach langen Verhandlungen die ehemalige US-Liegenschaft an der Frankfurter Straße für über 20 Mio. €. Nach dem Abriss des markanten sternförmigen Gebäudes 2019 ist ein neues Wohnquartier mit einem Nutzungsmix aus geförderten und frei finanzierten Wohnungen sowie einem Nahversorger vorgesehen. In 2019 wurde die rückwärtige Fläche zwischen Viktoria- und Martinstraße von der SEG an die Deutsche Invest Immobilien (DII) verkauft, die hier bis zu 90 Eigentumswohnungen bauen möchte. Die SEG hat mit dem Verkauf die wirtschaftliche Grundlage geschaffen um den zur Frankfurter Straße gewandten Teil, selbst zu entwickeln. Derzeit wird eine Konzeption erarbeitet, die unter anderem die Errichtung von bis zu 110 geförderten Mietwohnungen vorsieht.

Der Geschäftsverlauf der **WiBau** ist in 2018 gekennzeichnet durch den zeitgerechten Abschluss der baulichen Maßnahmen bei den Objekten Theodor-Fliedner-Schule, Peter-Rosegger-Schule und Diesterwegschule. Aufgrund von Verzögerungen bei der Beschlussfassung durch die Gremien ließ sich die geplante Fertigstellung eines weiteren Bauabschnittes der Brückenschule im Jahr 2018 nicht mehr realisieren.

Weiterhin baute die Gesellschaft WiBau ihre erarbeiteten Kompetenzen im Bereich Vergabe von Leistungen aus.

Der Geschäftsverlauf der **WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG** ist in 2018 gekennzeichnet durch erhöhte Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Grundstücken und niedrigeren Umsatzerlösen aus der Hausbewirtschaftung, bedingt durch die Entmietung der inzwischen abgerissenen Liegenschaft „Ellenbogengasse 3 / 7“. Neben der Verwaltung des Immobilienbestandes war ein Schwerpunkt die Vorbereitung der Neubaumaßnahmen in der Karl-Glässing-Straße und der Ellenbogengasse sowie die Generalsanierung des historischen und unter Schutz stehenden Industriedenkmals „Walkmühle“.

Versorgung

Die ESWE Versorgungs AG, die SW Netz GmbH sowie die WLW übernehmen im Verbund die Aufgabe der Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Gas, Fernwärme und Wasser.

Die Entwicklung des Unternehmensergebnisses im Bereich **Energieversorgung** im Geschäftsjahr 2018 verlief wieder ausgesprochen positiv. Insbesondere außerhalb des angestammten Versorgungsgebietes konnten Erfolge erzielt werden. Mittlerweile werden deutlich mehr als 200.000 Stromkunden national beliefert. Dies ist nur möglich, da bereits frühzeitig wesentliche Prozesse weitgehend digitalisiert wurden. Die Umsatzerlöse im Bereich Energieversorgung haben sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht. Dabei stiegen mengenbedingt die Stromerlöse gegenüber dem Vorjahr, während sich die Gaserlöse im Wesentlichen aufgrund des sehr milden Winters mengenbedingt verminderten. Die Erlöse aus Wärme lagen in etwa auf Vorjahresniveau. Das Ergebnis aus direkten assoziierten Unternehmen der ESWE Versorgung (4,6 Mio. €) beinhaltet im Wesentlichen neben dem positiven anteiligen Jahresergebnis der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW) die negativen Ergebnisse aus Windbeteiligungen und der CityBahn GmbH.

Gesamtabschluss 2018

Unklar ist weiterhin die Zukunft des geplanten **Windparks** auf dem Taunuskamm. Nachdem die Genehmigungsbehörde den Antrag nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) Ende 2016 abgelehnt hatte, wurde gegen diesen Ablehnungsbescheid Klage beim Wiesbadener Verwaltungsgericht eingereicht. Hierzu wird es erst im Herbst 2019 einen ersten Verhandlungstermin geben. Die Energie- und Klimaschutzziele der Stadt, bis zum Jahr 2020 ein Fünftel der in Wiesbaden verbrauchten Energie aus regenerativen Quellen zu erzeugen, sind ohne den geplanten Windpark nicht zu erreichen.

Das Thema **Elektromobilität** gewann im Berichtsjahr an Bedeutung. Die Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge wurde von der ESWE Versorgung um 20 neue Ladesäulen verstärkt. Die ESWE Versorgung übernimmt Installation, Betrieb, Wartung, Instandhaltung und Abrechnung der öffentlichen Ladesäulen. Im Bereich der Elektromobilität kooperiert die ESWE Versorgung aber auch eng mit der Kernverwaltung der LHW und den örtlichen Wohnungsbaugesellschaften.

Seit 2012 wird die Wasserversorgung in der Landeshauptstadt Wiesbaden in öffentlich-rechtlicher Form durch den städtischen Eigenbetrieb **WLW** wahrgenommen. Die ESWE Versorgung ist jedoch weiterhin Eigentümerin des Wassernetzes, das an den Eigenbetrieb verpachtet wird und übernimmt die Betriebsführung des Wassernetzes. Die Umsatzerlöse im Rahmen der Wasserversorgung gegenüber dem Vorjahreszeitraum sind nahezu unverändert. Die gesamte Netzeinspeisung - der Wasserbezug - betrug im Jahr 2018 16,1 Mio. m³ (Vorjahr 15,4 Mio. m³). Unter Berücksichtigung von Netzverlusten und Messdifferenzen belief sich die nutzbare Wasserabgabe im Jahr 2018 auf 15,1 Mio. m³ (Vorjahr 15,0 Mio. m³).

Die **WITCOM** konnte das Bestandskundengeschäft mit der Bereitstellung von Datendiensten, Kabelinfrastruktur, Standortbindungen, IT-Infrastruktur sowie DataCenter-Dienstleistungen weiter ausbauen und Neukunden hinzugewinnen.

Entsorgung

Für die fachgerechte Beseitigung der im Stadtgebiet anfallenden Abfälle und Abwässer sowie für die Gewährleistung der Straßenverkehrssicherungspflicht im Winter sind der Eigenbetrieb **ELW** sowie seine Beteiligungen zuständig.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Leistungsentgelte im Bereich Entsorgung mit rund 80 Mio. € nahezu unverändert. Der größte Anteil an den Leistungsentgelten wird im Bereich Abwasser mit 42 Mio. € erwirtschaftet.

Die gebührenpflichtige Frischwassermenge, die der Maßstab für die Berechnung der Schmutzwassergebühr ist, hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich erhöht. Die versiegelte Fläche, die die Basis zur Ermittlung der Niederschlagswassergebühr darstellt, ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben. Jährlich neu hinzu kommende versiegelte Flächen einerseits und Entsiegelungsmaßnahmen andererseits haben sich in ihren Auswirkungen auf die Gebührenhöhe gegenseitig neutralisiert.

Das Restabfallvolumen, gemessen über die Summe der Restabfallbehälter unter Berücksichtigung des Fassungsvermögens in Liter und der Leerungshäufigkeit, ist nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr 2017.

Gesamtabschluss 2018

Da die Ablagerungskapazitäten auf der Deponie begrenzt sind und die Genehmigungsverfahren für die Erweiterung eher schleppend verlaufen, wurden restriktive Maßnahmen ergriffen um die Mengen zu reduzieren. Somit sind die bereits im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr rückläufigen Mengen im Jahr 2018 erneut um 10 % auf nunmehr 293.835 Tonnen reduziert worden.

Im Berichtsjahr gab es in der Abfallwirtschaft und in der Straßenreinigung Gebührenanpassungen. In der Abfallwirtschaft sind lediglich die Sondergebührentatbestände, hierzu zählen insbesondere die Gebühren für die Annahme von Abfällen auf der Deponie und an den Wertstoffhöfen, angepasst worden. Mit der Änderung der Straßenreinigungs-Systematik zum sogenannten „GIB-Modell“ haben sich die Art (Gehweg und/oder Fahrbahnreinigung) und die Häufigkeit (Anzahl pro Woche) der einzelnen Straßen Wiesbadens erheblich verändert. Parallel dazu wurden die Gebührensätze an die neue Straßenreinigungssystematik und die zu erwartenden Kosten angepasst. Zur Vermeidung einer Kostenunterdeckung ist das Gebührenvolumen zum 01.01.2018 um durchschnittlich 8 % angehoben worden.

Der Verlauf des Geschäftsjahres 2018 der **MBA Wiesbaden GmbH** - die insbesondere für Abfälle, die nicht aus privaten Haushalten kommen und der Verwertung zuzuführen sind, zuständig ist - gestaltete sich positiver als geplant. Bedingt durch die im Vorfeld getroffenen Maßnahmen und die Weitergabe der Preisveränderungen an gewerbliche Abfallerzeuger konnten die geplanten Ergebnisse übertroffen werden.

Verkehr

Die **ESWE Verkehrsgesellschaft mbH** (ESWE Verkehr) stellt die Beförderung von Personen und Gütern sicher und übernimmt die damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen. Im Geschäftsjahr 2018 konnten die Fahrgastzahlen im Verkehrsgebiet auf 59,4 Mio. Fahrgäste und die Umsatzerlöse im Linienverkehr auf 53 Mio. € gesteigert werden. So wurden beispielsweise im Berichtsjahr das Schülerticket Hessen und das Landesbediensteten-Ticket eingeführt. Überproportional zu den Umsätzen sind die Aufwendungen gestiegen. Es kam u. a. zu erhöhten Planungs- und Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der City Bahn. Bedingt dadurch fiel das Jahresergebnis schlechter als im Vorjahr aus.

Eine wesentliche Rolle im Berichtsjahr spielte der Green City Plan der Kernverwaltung der LHW, der einen emissionsfreien Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu Gunsten des Klimaschutzes beinhaltet. Im Rahmen dessen wurde der Masterplan „Wi-Connect“ ausgearbeitet, mit dem Ziel den gesamten öffentlichen Nahverkehr bis 2022 emissionsfrei zu betreiben und somit die Schadstoff- und Lärmbelastung in der Luft zu reduzieren. Das Verkehrskonzept basiert auf 4 Säulen: Planung eines Schienenkonzeptes (CityBahn), Übernahme kurzer Linienstrecken von Elektrobussen, Einführung von Bussen mit Brennstoffzellenantrieb und Umstellung aller Hilfsfahrzeuge auf Elektroantrieb.

Neben dem Ausbau der Elektromobilität soll der Radverkehr gesteigert werden. Diesbezüglich wurde im Berichtsjahr das Fahrradvermietsystem „meinRad“ eingeführt. Seitdem stehen Fahrräder an 57 Standorten in der Stadt zur Verfügung.

Gesamtabschluss 2018

Um die „multimodalen Verkehrsangebote“ sinnvoll und kundenfreundlich miteinander zu verknüpfen, entstehen an zentralen Stellen im Wiesbadener Stadtzentrum sogenannte Mobilitätsstationen, die den direkten Umstieg zum Beispiel vom Bus aufs Mietfahrrad oder von der CityBahn auf ein Carsharing-Auto ermöglichen. Im Berichtsjahr wurde die erste zentrale Mobilitätsstation eröffnet.

Von der **Kernverwaltung der LHW** wurde im Berichtsjahr als weitere Maßnahme des Green City Masterplans u. a. der Aufbau eines digitalen Systems zur Erhebung, Bereitstellung und Nutzung von Mobilitäts-, Umwelt- und Meteorologie-Daten als Basis für ein aktives Verkehrsmanagement in Angriff genommen. Dadurch wird eine innovative intelligente Steuerung des fließenden und ruhenden Verkehrs möglich. Darüber hinaus wurde ein Maßnahmenfortpaket zur Abwendung eines Dieselfahrverbots aufgestellt.

Zur Realisation des Projektes CityBahn wurde am 03.08.2017 die Gesellschaft **CityBahn GmbH** gegründet. Gegenstand des Unternehmens sind die Planung, der Bau und der spätere Betrieb der CityBahn Mainz - Wiesbaden - Bad Schwalbach in Verbindung mit dem vorhandenen Mainzer Straßenbahnnetz. Als ehrenamtliche Geschäftsführung wurden Eva Kreienkamp, Geschäftsführerin der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH, und Professor Dr.-Ing. Hermann Zemlin, Geschäftsführer der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH, bestellt. Seit 07.12.2018 ist auch Herr Günter Fernando Döring (ÖPNV Dezernent des Rheingau-Taunus-Kreises) Geschäftsführer.

Soziales

Durch soziale Leistungen entstanden Transferaufwendungen i. H. v. 398 Mio. € (Vj. 395 Mio. €). Diese entfallen mit 226 Mio. € auf Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) mit 79 Mio. € auf Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB XII (u. a. Grundsicherung im Alter) und mit 94 Mio. € auf sonstige soziale Leistungen.

Seit Veräußerung der Betriebsgrundstücke der **Feierabendheim Simeonhaus GmbH** an die GWW zum 01.10.2014 beschränkt sich die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft auf das Erbringen von Serviceleistungen für die Bewohner. Der Servicevertrag ist seit dem 01.01.2018 unbefristet und erstmals ab 01.01.2019 mit einer Frist von 3 Monaten kündbar. Investitions- und Instandhaltungskosten fallen nicht an, da das Simeonhaus weder Grundstücke noch Aufbauten mehr besitzt.

Es ist beabsichtigt, den Servicegedanken für Seniorinnen und Senioren im Sinne eines selbständigen Wohnens im Alter auszubauen und der Gesellschafterin Landeshauptstadt Wiesbaden eine Konzeption zur Beschlussfassung vorzulegen, welche gleichzeitig Beschäftigungsmöglichkeiten für Bezieher von SGB II Leistungen bieten soll.

Im August 2018 schied Frau Tanja Weis aus der Geschäftsführung der **Altenhilfe GmbH (AHW)** aus. Neue Geschäftsführer sind Frau Ilona Ott und Herr Uwe Ortseifen. Der Geschäftsverlauf war bestimmt durch leicht gestiegene Umsätze bei nahezu unveränderten Aufwendungen. Durch die Aufgabe der Asylunterkunft konnten zwar weniger Umsatzerlöse im Bereich der Vermögensverwaltung nebst Catering erzielt werden. Im Bereich der vollstationären Pflege

Gesamtabschluss 2018

und Kurzzeitpflege, konnten aber - aufgrund der besseren Belegungsstruktur mehr Umsätze generiert werden. Es ist dennoch ein sich fortsetzender Auslastungsrückgang sichtbar.

Während im Toni-Sender-Haus die Auslastung im Jahr 2018 auf Vorjahresniveau bleibt, wird im Moritz-Lang-Haus eine Verschlechterung deutlich.

Unter dem Dach der Holding „**EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH**“ (EGW) werden die HSK Pflege GmbH sowie die HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH geführt. Ziel ist, unter strategischer Steuerung der EGW einzelne Aktivitäten der Landeshauptstadt Wiesbaden im Bereich Gesundheit zu bündeln und zu koordinieren, um die Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesundheitsstadt zu profilieren und zu stärken. Am 01.03.2018 wurde neben dem bisherigen Geschäftsführer Ralf Jäger mit Herrn Ludwig-Franz Hammerschlag ein weiterer Geschäftsführer bestellt. Die Veränderungen der Ertragslage gegenüber dem Vorjahr sind im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im vorliegenden Jahresabschluss die Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung der Jahre 2010 bis 2012 sowie der Auswirkung dieser auf 2005 bis 2009 berücksichtigt wurden.

Die **HSK Pflege GmbH** ist derzeit operativ nicht tätig, die Planungen für das Neubauvorhaben am Standort der HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken wurden b. a. w. eingestellt. Die Ertragslage der HSK Pflege ist geprägt durch betriebliche Aufwendungen, denen keine betrieblichen Erträge gegenüberstehen.

Ende Juni 2018 ist einer der drei Geschäftsführer der **HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH** (HSK), Herr Kristian Gäbler ausgeschieden. Seine Nachfolge übernahm Frau Sandra Henek zum 01.07.2018. Für den Klinik-Neubau der HSK erfolgte die Grundsteinlegung im November 2016. Der siebenstöckige Neubau soll rd. 1.100 Betten aufnehmen und eine Bruttogeschossfläche von knapp 100.000 Quadratmetern aufweisen. Das Richtfest fand am 15.03.2019 statt. Im Jahr 2021 soll der Neubau bezogen werden.

Die **Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH** (WJW) stellt für die berufliche Integration und Reintegration arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen geeignete Angebote im Bereich der Berufsvorbereitung, Ausbildung/Umschulung und Beschäftigung bereit. Die Domäne Mechtildshausen ist das Aushängeschild der WJW. Der Verlauf des (abweichenden) Geschäftsjahres 2017/2018 war wiederum durch die Auswirkungen der wie in den Vorjahren reduzierten Kapazitätsauslastung geprägt. Die Ausbildung der WJW umfasst insgesamt 30 Berufsfelder mit unterschiedlichen Ausbildungsgruppenstärken. Die angebotene Bandbreite führt aber zu einer entsprechenden Kostensituation, da die Personal- und Infrastruktur auch bei wenig nachgefragten Berufen vorgehalten werden muss. Wenngleich also erste Verbesserungsmaßnahmen greifen und die operativen Kosten verringert wurden, konnten die gesamten Aufwendungen (inkl. Zuführung Rückstellung Pachtzahlung Domäne) im Berichtsjahr nicht durch entsprechende Erträge gedeckt werden. Insofern entstand wieder ein deutlicher Jahresfehlbetrag.

Gesamtabschluss 2018

Tourismus und Sonstiges

Der Eigenbetrieb **TriWiCon** bildet das Dach über die Messe-, Kongress- und Veranstaltungsaktivitäten. Die TriWiCon legt die strategische Gesamtausrichtung der Aufgabenwahrnehmung fest und steuert nach diesen Grundsätzen die Gesellschaften Rhein-Main-Hallen GmbH (RMH), Kurhaus Wiesbaden GmbH und Wiesbaden Marketing GmbH.

Im Geschäftsjahr wurde das RheinMain CongressCenter fertiggestellt, was zu einem entsprechenden Rückgang der Anlagen im Bau und einen Anstieg des übrigen Sachanlagevermögens führte. Den Aktiva stehen entsprechend Passiva in Form von langfristigen Darlehen gegenüber. Aufgrund von Anlaufschwierigkeiten nach der Eröffnung des neuen Kongresszentrums schließt das Geschäftsjahr bei Betrachtung aller 4 Unternehmen (TriWiCon, Rhein-Main-Hallen GmbH, Kurhaus Wiesbaden GmbH, Wiesbaden Marketing GmbH) insgesamt mit einem Verlust ab.

Die **Rhein-Main-Hallen GmbH** ist für die Nutzung und die Verwaltung des RheinMain CongressCenters (RMCC) in Wiesbaden zuständig. Das Geschäftsjahr 2018 ist entscheidend geprägt von der Inbetriebnahme des RMCC zum 13. April 2018 nach mehrjähriger Bauzeit.

Die **Kurhaus Wiesbaden GmbH** zeichnet für die Vermarktung und Bewirtschaftung des Kurhauses verantwortlich. Die denkmalgeschützte Bausubstanz des Kurhauses stellt dabei ein Herausstellungsmerkmal gegenüber anderen Destinationen dar.

Wiesbaden Marketing GmbH ist für die Außendarstellung und die nationale sowie internationale Vermarktung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Tourismusziel und Veranstaltungsort zuständig. Die Wiesbaden Marketing GmbH betreibt fünf Geschäftsfelder (Tourismus Marketing, Märkte & Events, Grafik & Design, Internet, Tourist Service inkl. Tourist Information). Auch im Jahr 2018 bildeten das nationale und internationale Tourismusmarketing für die Stadt Wiesbaden sowie die Umsetzung von Stadtmarketingaktivitäten auf lokaler Ebene die wesentlichen Aufgaben der Gesellschaft. Zur zielgerichteten Verfolgung und Umsetzung dieser Aktivitäten forcierte die Gesellschaft weiterhin die Zusammenarbeit in Kooperationen in den unterschiedlichsten Segmenten. Als ein Beispiel hierfür steht die enge Zusammenarbeit mit der Werbegemeinschaft Wiesbaden e.V.. Des Weiteren erfolgt eine ganzheitliche Vermarktung der Kongress- und Tagungsdestination Wiesbaden über die Wiesbaden Kongressallianz, die sich aus den Veranstaltungshäusern, Hotels sowie weiteren Partnern zusammensetzt.

Der Eigenbetrieb **Mattiaqua** betreibt die städtischen Einrichtungen in den Bereichen Gesundheit / Wellness und Freizeit sowie Frei- und Hallenbäder. Darüber hinaus obliegt ihm die Sicherstellung der Nutzung von Thermalquellen und der Versorgung des Stadtgebietes mit Thermalwasser. Wesentliche Teile der Einnahmen werden in dem Segment Gesundheit & Wellness mit den Einrichtungen Thermalbad Aukammtal und Kaiser-Friedrich-Therme erzielt. Erfreulicherweise konnten sich bei den Umsatzerlösen aus Besuchen alle Segmente im Jahr 2018 verbessern. Aufgrund des überdurchschnittlich guten Sommers ist diese positive Entwicklung im Segment Freizeit besonders stark ausgeprägt. Dies spiegelt sich im Besucheraufkommen insbesondere in den Freibädern Kallebad und Maarauw wider. Die im letzten Jahr aufgestellte Prognose leicht steigender Umsätze aus Besuchen bei deutlich steigenden Kosten der Leistungserbringung konnte übertroffen werden. Aufgrund des außerordentlich guten Sommers 2018 konnten die Umsatzerlöse deutlich verbessert und dennoch die Kosten der Leistungserbringung auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden.

Gesamtabschluss 2018

1.1.4 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Unternehmen und Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden erfüllen den öffentlichen Zweck der Daseinsvorsorge. In den Darstellungen auf den folgenden Seiten werden der Unternehmenszweck der einzelnen Sparten beschrieben und die dazu gehörenden Gesellschaften aufgeführt.

WVV

WVV

Erwerb, Verwaltung und Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie die Erbringung von Dienstleistungen für verbundene Unternehmen.

- WVV Wiesbaden Holding GmbH*
- Beteiligungsgesellschaft WVV Wiesbaden Holding GmbH*

Versorgung

Versorgung

Versorgung mit Energie (Wärme, Gas, Strom) und Wasser sowie Betrieb und Bau der dafür notwendigen Anlagen und Netze.

- Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (WLW)
- ESWE Versorgungs AG*
- Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH*
- ESWE BioEnergie GmbH*
- ESWE Taunuswind GmbH*
- ESWE Windpark GmbH*
- ESWE Windpark Uettingen GmbH & Co. KG*
- Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW)*
- Windpark Bad Camberg GmbH & Co. KG*
- Windkraft Kahlenberg GmbH & Co. KG*
- Bürgersolaranlagen Wiesbaden GmbH
- THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG*
- THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH*

**Gesellschaften innerhalb des WVV-Teil Konzerns*

Entsorgung

Entsorgung

Fachgerechte Beseitigung der im Stadtgebiet anfallenden Abfälle und Abwässer, die Behandlung und Verwertung von Abfällen sowie die Gewährleistung der Straßenverkehrssicherungspflicht im Winter.

- Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW)
- MBA Wiesbaden GmbH
- DBW Recycling GmbH & Co. KG
- DBW Recycling Verwaltungs GmbH
- Abwasserverband Flörsheim

Verkehr

Verkehr

Beförderung von Personen und Gütern bzw. Erstellung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Beförderung von Personen und Gütern.

- ESWE Verkehrsgesellschaft mbH*
- Verkehrs-Verbund Mainz-Wiesbaden GmbH*
- CityBahn GmbH*

**Gesellschaften innerhalb des WVV-Teilkonzerns*

Wohnbau

Wohnbau

Sichere und sozial verantwortbare Wohnraumversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung sowie Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsnormen. Erwerb, Belastung und Veräußerung von Grundstücken sowie die Ausgabe von Erbbaurechten.

- GeWeGe Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH*
- GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH*

Gewerbeimmobilien, Stadtentwicklung & Bau

Gewerbeimmobilien, Stadtentwicklung & Bau

Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der Stadtentwicklung auf der Grundlage städtebaulicher Entwicklungskonzepte sowie die Besorgung der städtebaulichen Planung.

Erwerb, Veräußerung, Verwaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken sowie die Durchführung von Baumaßnahmen durch Dritte auf eigenen Grundstücken, die Betreuung von Bau- und Sanierungsvorhaben der Stadt und Übernahme entsprechender Projektmanagementaufgaben.

Des Weiteren die Entwicklung, Projektierung, Erstellung und das Facility-Management von Immobilien.

- SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH*
- WiBau GmbH*
- EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH*
- GWI Gewerbeimmobilien GmbH*
- WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG*

**Gesellschaften innerhalb des WVV-Teil Konzerns*

Kliniken und Altenpflege

Kliniken und Altenpflege

Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Altersfürsorge durch das Errichten bzw. Betreiben von Alten- und Pflegeheimen sowie eines Großklinikums.

Erbringung stationärer und ambulanter Krankenhausleistungen sowie bedarfs- und leistungsgerechte stationäre bzw. teilstationäre Pflege bzw. Betreuung alter oder pflegebedürftiger Menschen.

- Altenhilfe Wiesbaden GmbH (AHW)
- EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH
- Feierabendheim Simeonhaus GmbH
- HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH
- HSK Pflege GmbH

Messe & Kongress

Messe & Kongress

Betrieb des Kurhauses, der Rhein-Main-Hallen, Konzeption, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, insbesondere von Messen und Kongressen in Wiesbaden. Stärkung des Tourismus und der Wettbewerbsfähigkeit der LHW gegenüber anderen Städten und Regionen sowie als Messe- und Kongressstandort.

- Kurhaus Wiesbaden GmbH
- Rhein-Main-Hallen GmbH
- TriWiCon Eigenbetrieb für Messen, Kongresse und Tourismus
- Wiesbaden Marketing GmbH

Soziales und Andere

Ausbildung und Beschäftigung

Förderung von Existenzgründung durch Qualifizierung von Existenzgründungswilligen aus benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes sowie Integration/Reintegration arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen durch Bereitstellung von Angeboten im Bereich Berufsvorbereitung, Ausbildung/Umschulung, Beschäftigung und Unterstützung beim Übergang in den Beruf.

- WJW - Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH
- EXINA GmbH

Informationstechnik

Erbringung von Leistungen der elektronischen Datenverarbeitung und Telekommunikationsdienstleistungen sowie hiermit zusammenhängende Leistungen.

- WIVERTIS Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH
- WiTCOM Wiesbadener Informations- und Telekommunikationsgesellschaft mbH*

Andere

Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege durch Betrieb der städtischen Einrichtungen in den Bereichen „Gesundheit/Wellness“, „Frei- und Hallenbäder“ und „Freizeit“ sowie die Sicherstellung der Nutzung von Thermalquellen und der Versorgung im Stadtgebiet mit Thermalwasser.

- - mattiaqua - Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden für - Quellen - Bäder - Freizeit

Führung und Betrieb des Stadtmuseums. Bewahrung und Erweiterung der historischen Sammlungen. Auswertung der Museumsbestände und deren geschichtliche Zusammenhänge durch Forschung, Dokumentation und Publikation mit dem Ziel der Allgemeinheit Kenntnisse hierüber zu vermitteln.

- Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden

*Gesellschaften innerhalb des WVV-Teilkonzerns

Gesamtabschluss 2018

Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks lässt sich anhand der folgenden Kennzahlen nachvollziehen. Weitergehende Informationen können dem Beteiligungsbericht für 2018 entnommen werden.

Kennzahlen	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2016
Ver- und Entsorgung, Verkehr			
Versorgung:			
Nutzbare Abgabe Vertrieb Strom (MWh)	988.328	960.486	978.691
Nutzbare Abgabe Vertrieb Gas (MWh)	2.014.586	2.097.701	2.053.419
Netzausspeisung Wasser (Tm ³)	15.066	14.968	14.464
Durchschnittlicher Wasserverbrauch je Einwohner (m ³)	57,7	57,4	56,0
Nutzbare Abgabe Fernwärme (MWh)	239.852	250.537	250.280
Länge des Fernwärmenetzes (km)	113	109	108
Entsorgung:			
Abwasserbeseitigung (Tm ³)	26.759	27.962	30.089
Straßenreinigung (Berechnungsmeter)	847.710	609.167	612.095
Deponie- Anlieferung und Ablagerung (Tonnen)	293.835	326.329	405.104
Verkehr:			
Linienlänge (km)	665	660	635
Beförderungsfälle (Tsd.)	59.390	55.640	55.360
Platzkilometer im Linienverkehr (Mio. km)	1.015	1.017	1.014
Platzausnutzung im Linienverkehr (%)	29,3	27,4	27,3
Stadtentwicklung und Wohnungsbau			
Anzahl Wohnungen	13.067	13.007	13.036
Wohnfläche in m ²	843.157	837.520	837.523
Soziales, Altenpflege, Ausbildung und Beschäftigung			
Auslastung Altenhilfe (%)	92	92	93
Auszubildende inkl. Umschüler	367	360	408
Sonstiges			
Anzahl Besucher Mattiaqua	1.431.000	1.247.000	1.309.000

Gesamtabschluss 2018

1.1.5 Vermögenslage:

	31.12.2018		31.12.2017	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktivseite				
Langfristig				
Immaterielle Vermögensgegenstände	35		37	
Sachanlagevermögen	<u>3.391</u>		<u>3.302</u>	
	3.426	72	3.339	71
Finanzanlagen, NASPA	665	14	699	15
Forderungen und sonstige VG	33	1	34	1
	<u>4.124</u>	<u>87</u>	<u>4.072</u>	<u>87</u>
Kurzfristig				
Vorräte	104	2	110	2
Forderungen und ARAP	156	3	187	4
Flüssige Mittel	381	8	321	7
	<u>641</u>	<u>13</u>	<u>618</u>	<u>13</u>
	<u>4.765</u>	<u>100</u>	<u>4.690</u>	<u>100</u>
	=====	=====	=====	=====
Passivseite				
Langfristig				
Eigenkapital einschl. Sonderposten	1.976	42	1.984	42
Rückstellungen	679	14	659	14
Verbindlichkeiten	1.492	31	1.480	32
	<u>4.147</u>	<u>87</u>	<u>4.123</u>	<u>88</u>
Kurzfristig				
Verbindlichkeiten, Rückstellungen und PRAP	618	13	567	12
	<u>618</u>	<u>13</u>	<u>567</u>	<u>12</u>
	<u>4.765</u>	<u>100</u>	<u>4.690</u>	<u>100</u>
	=====	=====	=====	=====

Gesamtabschluss 2018

Die Bilanzsumme ist mit 4.765 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 75 Mio. € gestiegen.

Das Vermögen des Verbundes ist mit einem Anteil von 87 % durch Investitionen in langfristige Sach- und Finanzanlagen geprägt. Die Sachanlagen haben sich im Vergleich zu 2017 erhöht. Netto, das heißt unter Berücksichtigung der Abgänge, wurden im Berichtsjahr 213,5 Mio. € (Vj. 217,1 Mio. €) in Sachanlagen investiert. Dies entspricht einer Investitionsquote von 3,5 % und einer Reinvestitionsquote von 173 %.⁹

Die Passiva zeigen die Finanzierung des städtischen Vermögens. Die Finanzierung erfolgte mit einem Anteil von 87 % (Vj. 88 %) langfristig.

Langfristig gebundenes Vermögen wird durch langfristiges Kapital finanziert.

Die Eigenkapitalquote unter Einschluss der Sonderposten beträgt 41 % (Vj. 42%).

Die Gesellschaften und Eigenbetriebe tragen einen Anteil von 81 % (Vj. 79 %) an den Kreditverbindlichkeiten des Verbundes.

Die Pro-Kopf-Verschuldung - bezogen auf die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen - betrug zum Stichtag 5.798 € und erhöhte sich damit im Vergleich zum Vorjahr (5.643 Mio. €) um 2,7 %.¹⁰

⁹ Diese Kennzahlen werden in Anlage 7 erläutert.

¹⁰ Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

Gesamtabschluss 2018

1.1.6 Vermögensvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabschluss

Die folgende Gegenüberstellung zeigt einen vermögensorientierten Vergleich aus dem Erstellungsprozess des Gesamtabschlusses. In der ersten Spalte sind die Bilanzwerte des Einzelabschlusses der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aufgeführt. In Spalte zwei stehen die kumulierten Einzelabschlüsse aller einbezogenen Gesellschaften und Eigenbetriebe einschließlich des WVV-Teilkonzerns. Der Summenabschluss in Spalte drei besteht aus den addierten Bilanzwerten vor der Konsolidierung. In der letzten Spalte sind die konsolidierten Werte des Gesamtabschlusses aufgeführt.

in Mio. €	Einzel - abschluss Kernverwaltung	Einzel - abschlüsse Gesellschaften	Summen - abschluss	Gesamt - abschluss
Aktiva	2.776	2.670	5.446	4.765
Anlagevermögen	2.367	2.326	4.693	4.091
Umlaufvermögen	380	339	719	640
Rechnungsab- grenzungsposten	29	5	34	34
Passiva	2.776	2.670	5.446	4.765
Eigenkapital	1.523	656	2.179	1.713
Sonderposten	210	102	312	263
Rückstellungen	584	275	859	852
Verbindlichkeiten	423	1.626	2.049	1.891
Rechnungsab- grenzungsposten	36	11	47	46

Die Tabelle zeigt, dass knapp die Hälfte des Vermögens des Verbundes in den städtischen Unternehmen verwaltet wird. Neben dem Vermögen sind aber auch Verbindlichkeiten i. H. v. rd. 1,6 Mrd. € ausgegliedert worden.

Im Vergleich zur Bilanzsumme des Einzelabschlusses der Kernverwaltung LHW (rd. 2,8 Mrd. €) erhöht sich im Verbund nach Berücksichtigung aller Konsolidierungsmaßnahmen die Bilanzsumme auf rd. 4,8 Mrd. €.

Während sich im Einzelabschluss der Kernverwaltung LHW aufgrund einer Gesamtverschuldung (Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten) von rd. 1,0 Mrd. € eine Eigenkapitalquote (inkl. Sonderposten) von 62 % ergibt, beträgt die Eigenkapitalquote des Verbundes „nur“ 41 % aufgrund der Gesamtverschuldung von rd. 2,8 Mrd. €.

Gesamtabschluss 2018

1.1.7 Ergebnissituation

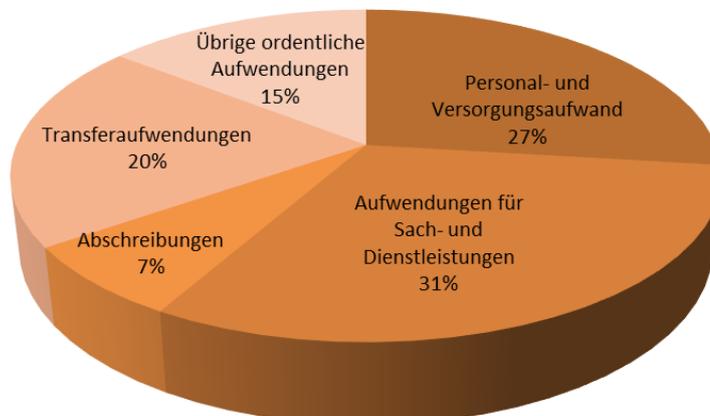
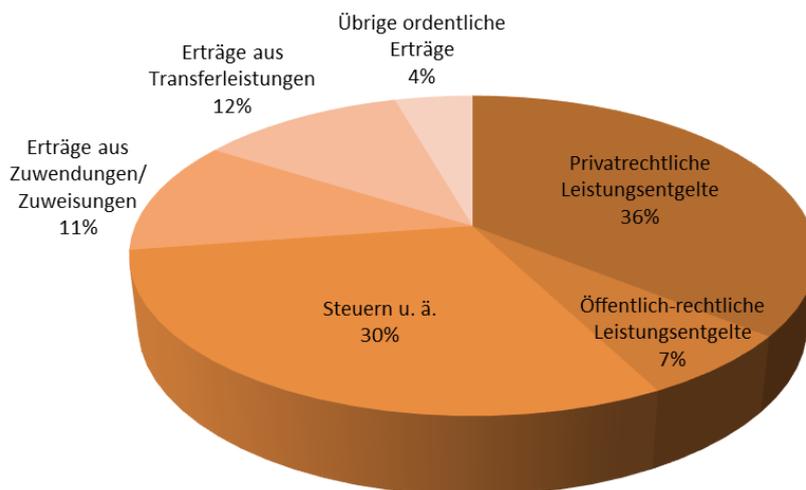
	2018	2017	Ver- änderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Privatrechtliche Leistungsentgelte	726	643	83
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	132	127	5
Steuern u. ä.	611	630	-19
Erträge aus Zuwendungen/ Zuweisungen	232	267	-35
Erträge aus Transferleistungen	233	231	2
Übrige ordentliche Erträge	89	107	-18
Ordentliche Erträge	2.023	2.005	18
Personal- und Versorgungsaufwand	529	512	17
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	614	583	31
Abschreibungen	139	134	5
Transferaufwendungen	398	395	3
Übrige ordentliche Aufwendungen	283	263	20
Ordentliche Aufwendungen	1.963	1.887	76
Verwaltungsergebnis	60	118	-58
Finanzergebnis	-25	-21	-4
Außerordentliches Ergebnis	19	9	10
Jahresfehlbetrag/-überschuss	54	106	-52

Gesamtabschluss 2018

Im Berichtsjahr konnte ein Jahresüberschuss von 54 Mio. € erzielt werden (Vj. 106 Mio. €). Hierzu hat insbesondere das Verwaltungsergebnis i. H. v. 60 Mio. € beigetragen. Die ordentlichen Erträge sind geprägt durch die privatrechtlichen Leistungsentgelte (36 %), und die Steuern (30 %). Bei den ordentlichen Aufwendungen sind die größten Positionen die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (31 %) sowie die Personal- und Versorgungsaufwendungen (27 %). Der Aufwandsdeckungsgrad beträgt 103 %.¹¹

Das Finanzergebnis ist mit rd. - 25 Mio. € negativ, da die Zinsaufwendungen die Zins- und Beteiligungserträge übersteigen. Die Zinslastquote beläuft sich auf 3,0 % (Vj. 3,5 %).¹²

Das außerordentliche Ergebnis ist insbesondere aufgrund von Bewertungsgewinnen durch die Grundstücksumlegungen der Grundstücke Hainweg bei der Kernverwaltung gestiegen.



¹¹ Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

¹² Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

Gesamtabschluss 2018

1.1.8 Ergebnisvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabschluss

Die folgende Gegenüberstellung zeigt analog zur Bilanz in Abschnitt 1.1.6 den ergebnisorientierten Vergleich aus dem Erstellungsprozess des Gesamtabschlusses.

In der ersten Spalte sind die Werte der Ergebnisrechnung des Einzelabschlusses der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aufgeführt.

In Spalte zwei stehen die kumulierten Einzelabschlüsse aller einbezogenen Gesellschaften und Eigenbetriebe einschließlich des WVV-Teilkonzerns.

Der Summenabschluss in Spalte drei besteht aus den addierten Ergebnisrechnungswerten vor der Konsolidierung.

In der letzten Spalte sind die konsolidierten, um interne Leistungsbeziehungen bereinigten Werte des Gesamtabschlusses aufgeführt.

in Mio. €	Einzel - abschluss Kernverwaltung	Einzel - abschlüsse Gesellschaften	Summen - abschluss	Gesamt - abschluss
Ordentliche Erträge	1.226	1.000	2.226	2.023
Ordentliche Aufwendungen	1.241	930	2.171	1.963
Verwaltungsergebnis	-15	70	55	60
Finanzergebnis	19	-22	-3	-25
Ordentliches Ergebnis	4	48	52	35
Außerordentliches Ergebnis	17	-7	10	19
Jahresüberschuss	21	41	62	54

Sowohl die ordentlichen Erträge (1,2 Mrd. €) als auch die ordentlichen Aufwendungen (1,2 Mrd. €) des Einzelabschlusses erhöhen sich durch die Einbeziehung der Aufgabenträger auf gerundet 2 Mrd. €. Damit steuern die Gesellschaften ca. 45 % zu den ordentlichen Erträgen und 43% zu den ordentlichen Aufwendungen der operativen Geschäftstätigkeit des Verbundes (bei der Betrachtung ohne Konsolidierungsmaßnahmen) bei.

Im Vergleich zum Jahresüberschuss der Kernverwaltung (21 Mio. €) erhöht sich im Verbund nach der Durchführung aller Konsolidierungsmaßnahmen der Jahresüberschuss auf 54 Mio. € (Vj. 106 Mio. €). Zu den Konsolidierungsmaßnahmen zählt u. a. das Herausrechnen der erhaltenen Ausschüttungen innerhalb des Verbundes.

Gesamtabschluss 2018

1.1.9 Finanzlage

in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	289	311
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-210	-234
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-19	-39
Liquide Mittel am Ende der Periode	381	321

Im Berichtsjahr wurde in der Kapitalflussrechnung gemäß dem Deutschen Rechnungslegungsstandard 21 (DRS 21) ein positiver Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 289 Mio. € ermittelt. Dieser wurde teilweise zur Finanzierung von Investitionen in Höhe von 210 Mio. € verwendet. Obwohl zusätzliche Kreditmittel - u. a. für das neue RheinMain CongressCenter sowie den Wohnungsbau - aufgenommen wurden, die höher als die Tilgungen waren, liegt der Finanzierungscashflow durch die Zins- und Dividendenzahlungen bei minus 19 Mio. €.

Die liquiden Mittel haben sich zum 31.12.2018 auf 381 Mio. € erhöht (Vj. 321 Mio. €).

Gesamtabschluss 2018

1.2 Bewertung des Gesamtabschlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit, Chancen und Risiken sowie perspektivischer Ausblick

Die **Landeshauptstadt Wiesbaden** zählt zu den Wanderungsgewinnern bis 2035¹³. Die Bevölkerungsprognose geht von einem Anstieg der Einwohnerzahl Wiesbadens, insbesondere der Personen im Rentenalter sowie der Personen mit Migrationshintergrund bis 2035 aus. Die Bevölkerungszahl zählt zu den Verteilungsfaktoren des kommunalen Finanzausgleichs, insofern begünstigt dies die Teilhabe an den Mitteln zur Kommunalfinanzierung. Während andere Kommunen gezwungenermaßen von Leistungseinschränkungen betroffen sind, zeigt die Prognose für die Landeshauptstadt die Chance auf, eine stetige wirtschaftlich positive Entwicklung als leistungsstarke Kommune zu nehmen. Durch die Anziehungskraft des Rhein-Main-Gebietes als Ballungsraum und der hohen Attraktivität Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsort besteht nach wie vor ein hoher Bedarf an Wohnraum. Die LHW und ihre Wohnungsbaugesellschaften verfolgen ein ambitioniertes Wohnungsbauprogramm, damit Wohnen in Wiesbaden auch in Zukunft für breite Bevölkerungsschichten attraktiv und bezahlbar bleibt und sichern somit die Zukunftsfähigkeit Wiesbadens in diesem Sektor. Die Zunahme der Personen, insbesondere der Personen im Rentenalter birgt aber auch Risiken. Ältere Personen verfügen in der Regel über ein geringeres Einkommen als Erwerbspersonen, somit besteht das Problem der sinkenden Einkommensteuereinnahmen sowie steigender Sozialtransfers.

Zu weiteren strategischen Handlungsfeldern zählen - jeweils unter Finanzierungsvorbehalt - Investitionen in Schulen, der Ausbau der Kinderbetreuung, des Nahverkehrs, der Energieversorgung, der medizinischen und sozialen Einrichtungen sowie die Schaffung von Bedingungen, die einen weiteren Zuwachs an Arbeitsplätzen gewährleisten. Weitere Ziele sind die kommunale Offensive für den Klimaschutz, die Steigerung der Energieeffizienz sowie die kontinuierliche Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit in der Landeshauptstadt. Die Integration von Flüchtlingen ist eine zusätzliche gesellschaftspolitische Herausforderung für den städtischen Verbund, insbesondere die Aufnahme von Menschen mit hoher Bleibeperspektive in den Arbeitsmarkt.

Die Ertragslage der Kernverwaltung der LHW ist stark abhängig von der Gewerbesteuer. Das Risiko besteht insbesondere darin, dass sowohl die Gewerbesteuer als auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf bzw. dem Erfolg einzelner großer Unternehmen bestimmt sind. Insofern sind Ergebnisprognosen für die Zukunft schwierig und mit Unsicherheiten behaftet.

Risiken erwachsen aus den Jahressteuergesetzen, die regelmäßig Auswirkungen auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil aus der Einkommenssteuer haben.

Darüber hinaus ergeben sich Risiken durch die neue Gesetzgebung zur Umsatzsteuer aus § 2b Umsatzsteuergesetz, welche die Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand erheblich ausweitet. Die Auswirkungen auf die Kernverwaltung der LHW sind derzeit noch nicht absehbar.

Finanzielle Risiken können durch die Aufgabenverlagerung von Bund und Ländern an die Kommunen erwachsen, aber auch durch Leistungsgesetze, deren Finanzierung zu großen

¹³ Wiesbadener Stadtanalysen, Vorausberechnung der Wiesbadener Bevölkerung und Haushalte, Wiesbaden, Juni 2017

Gesamtabschluss 2018

Teilen den Kommunen obliegt. Mit dem neuen, ab dem 01.01.2020 gültigen Bundesteilhabegesetz, kommen aufgrund eines durch den Gesetzgeber beschlossenen Leistungszuwachses und geänderter Zuständigkeiten Mehraufwendungen in Höhe von ca. 1,8 Mio. € auf die Kernverwaltung der LHW zu.

Ab 1. August 2018 ist beispielsweise in Hessen der Kita-Besuch für alle Kinder ab drei Jahren bis zur Einschulung an sechs Stunden pro Tag kostenfrei. Bislang war nur das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung für fünf Stunden von den Gebühren befreit. Die Kommunen erhalten zur Finanzierung eine Pauschale pro Kind. Die Pauschale soll, nach Ansicht des Landes Hessen, die vollständigen Kosten decken. Das wird zu beobachten sein.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wirkt allen diesen Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

Im Rahmen des Beteiligungscontrollings wird die unternehmerische Planung der Aufgabenträger durch das Beteiligungsmanagement überwacht. Das Beteiligungsmanagement stellt sicher, dass die vorgegebenen Kontrollmechanismen beachtet werden. Ziel ist es, zeitnah zuverlässige Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung und die Risiken der einzelnen Gesellschaften, der Unternehmensbereiche sowie letztendlich des städtischen Beteiligungsportfolios treffen zu können.

Das Beteiligungsmanagement prüft ferner die Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften mit Blick auf den Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätze-gesetz¹⁴ (nach dem Institut der Wirtschaftsprüfer¹⁵ PS 720). Zu beachten ist dort vor allem der Fragenkreis 4 „Risikofrüherkennungssystem“, der bei den Mehrheitsgesellschaften der LHW angemessene Beachtung findet. Die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften haben in ihren Gesellschaften Maßnahmen ergriffen und Frühwarnsignale definiert, mit denen bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

Das Prüfungsfeld wurde um das EU-Beihilfenrecht erweitert. Die IDW Richtlinie beinhaltet auch das in Kraft getretene Legislativpaket der EU-Kommission (Almunia-Paket). Das Paket verschärft die Definition der Daseinsvorsorge und beeinflusst den neuen Prüfungsstandard des Abschlussprüfers. Dieser beinhaltet die Überprüfung beihilferechtlicher Sachverhalte nach Artikel 107 AEUV, insbesondere zugunsten öffentlicher Unternehmen (IDW EPS 700). Das Beteiligungscontrolling hat sich des Sachverhalts angenommen und ein Projekt zur Verifizierung des Beihilfetatbestandes in den städtischen Beteiligungen initiiert.

Die langanhaltende Niedrig- und Nullzinspolitik bedeutet für Körperschaften mit beträchtlichen langfristigen Verpflichtungen ein stetig wachsendes Risiko. Im Gesamtabschluss des Verbundes der LHW mit langfristigen unmittelbaren und mittelbaren Pensionsverpflichtungen sowie Deponienach-sorgeverpflichtungen äußert sich das stetig wachsende Risiko darin, dass das Volumen der Rückstellungen für unmittelbare Pensionsverpflichtungen und Deponienach-sorge durch immer niedrigere Abzinsungssätze deutlich ansteigt und der Ertrag aus langfristigen Kapitalanlagen, die zur Deckung dieser langfristigen Verpflichtungen dienen sollen, dau-

¹⁴ Im Folgenden HGrG

¹⁵ Im Folgenden IDW

Gesamtabschluss 2018

erhaft niedrig ausfällt. Auch soweit nur mittelbare Pensionsverpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern bestehen, steigt das Risiko, dass Zusatzversorgungskassen ihre satzungsrechtlich zugesagten Leistungen nicht mehr in vollem Umfang erfüllen können und die fehlende Deckung zu Lasten ihrer Mitglieder bspw. über noch höhere Umlage-/ Sanierungsbeiträge kompensieren. Zur nachhaltigen Finanzierung der Pensionszahlungen insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Risiken (steigende Lebenserwartung) und der Zinsrisiken überführt die Kernverwaltung LHW ab 2020 Zug um Zug liquide Mittel i. H. v. 50 Mio. € in einen langfristig ausgerichteten Spezialfonds.

Aufgrund der Aufgaben und der Leistungsstruktur der Landeshauptstadt Wiesbaden existieren eine Reihe von allgemeinen Organisationsrisiken. Als solche sind beispielsweise zu nennen: Korruption, Veruntreuung, Entscheidung zugunsten unwirtschaftlicher Handlungsalternativen, Vermögens- oder Personenschäden aufgrund fahrlässiger Handlungen, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Vertragsgestaltung, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Leistungserbringung Dritter. Zur Reduzierung dieser Risiken hat die Landeshauptstadt Wiesbaden geeignete Maßnahmen ergriffen und das Verwaltungshandeln durch interne Vorschriften geregelt.

Für die **Energiewirtschaft** ergeben sich aus der Digitalisierung der Energiewende sowohl Chancen als auch Risiken. Zum einen sind hiermit erhebliche Effizienzvorteile sowie die Bereitstellung neuer Dienstleistungen verbunden. Themen sind Smart Grid, Smart Mobility, Smart Home und Smart Building. Zum anderen verursacht die Digitalisierung einen immensen zeitlichen und finanziellen Aufwand. Bisherige Prozesse und Strukturen bedürfen einer vollständigen Überarbeitung. Diesem Risiko wirkt die ESWE Versorgung seit einiger Zeit entgegen, indem viele Prozesse bereits automatisiert wurden.

Daneben wird seit Jahren das Portfolio an energienahen Dienstleistungen wie Energieaudits, Wärmeanlagen-Contracting, Beleuchtungs-Contracting für Kunden ausgebaut. Neu eingeführt wurden Produkte, wie die „Smart daheim“-Produkte und das ESWE Familien ASSIST. Hierbei handelt es sich um ein Fürsorgesystem für alleinlebende Menschen. Für Geschäftskunden entwickelt die ESWE Versorgung neben maßgeschneiderten Energielieferverträgen Ideen und Versorgungskonzepte, die langfristig Energieverbräuche und damit Kosten senken. Hier sieht die ESWE Versorgung mittelfristig die Chance, die Kernkompetenzen auszubauen.

Um dem Risiko aus gesetzlichen und regulatorischen Veränderungen zu entsprechen, wurde im Berichtsjahr ein Compliance Management System (CMS) etabliert, das Regelungen zu Anti-Korruptions-Maßnahmen, zur EU-Datenschutz-Grundverordnung, zum Kartellrecht und zum Geldwäschegesetz enthält. Für den Bereich Steuern wird derzeit ein Tax Compliance Management System erarbeitet.

Das derzeitige Risikoszenario im Stromnetzbereich weist als Hauptrisiko weiterhin den Preisdruck auf die Netznutzungsentgelte durch die Regulierungsbehörde im Rahmen der seit 01.01.2009 geltenden Anreizregulierung aus. Trotz der bereits realisierten Effizienzsteigerungen im Netzbereich bedarf es auch in den folgenden Regulierungsperioden eines permanenten Optimierungsprozesses, um die Effizienzvorgaben der Bundesnetzagentur auch weiterhin zu erreichen.

Gesamtabschluss 2018

Durch die Novellierung der Anreizregulierung für die dritte Regulierungsperiode (ab 2019) wurden verschiedene Rahmenbedingungen festgelegt, so beispielsweise die unverzügliche Berücksichtigung von Investitionen im Netzentgelt. Mit Blick auf die Obergrenzen der zulässigen Gesamterlöse der SW Netz aus den Netzentgelten (Erlösobergrenzen) steht zwar der finale Bescheid der Bundesnetzagentur noch aus, jedoch sind die wesentlichen Ausgangspunkte durch die Behörde bereits festgelegt.

Im Jahr 2019 plant die ESWE Versorgung Investitionen in das Versorgungsnetz bzw. in den Fernwärmeausbau in der Innenstadt in Höhe eines zweistelligen Millionenbetrages.

Im Frühjahr 2018 hat die Firma Knettenbrech + Gurdulic den Zuschlag erhalten, von Januar 2019 an zunächst 50.000 Tonnen Wiesbadener Restmüll und von 2024 an insgesamt 70.000 Tonnen entsorgen zu dürfen. Dafür errichtet das Unternehmen auf einem vormals kommunalen Grundstück nahe der Deponie Dyckerhoffbruch ein privates Müllheizkraftwerk mit einer Jahreskapazität von 190.000 Tonnen, das Strom und Fernwärme erzeugt. Die ESWE Versorgung und die Darmstädter Entega beteiligen sich an dem neu zu errichtenden Müllheizkraftwerk in Wiesbaden „MHKW Wiesbaden GmbH“ mit je 24,5 %. Dieser Beteiligung wird hohe strategische Bedeutung beigemessen. Es werden enorme Chancen gesehen, die im Rahmen der Energiewende so wichtige Fernwärme ökologisch und ökonomisch sinnvoll auszukoppeln und so den zunehmenden Wärmebedarf in Wiesbaden ortsnah zu erzeugen.

Im Rahmen der in 2017 abgeschlossenen steuerlichen Außenprüfung vertritt das Finanzamt weiterhin die Auffassung, dass die in der Sparte Verkehr bis zum 31.12.2009 aufgelaufenen Verlustvorträge nicht mehr nutzbar seien. Dies hätte zur Folge, dass die in den Jahren seit 2010 vorgenommenen Verlustverrechnungen nicht mehr zulässig sind, so dass sich für die Gesellschaft Steuernachzahlungen ergeben würden. Die Geschäftsführung vertritt diese Auffassung nicht und hat deswegen in Abstimmung mit dem steuerlichen Berater gegen die im ersten Quartal 2018 ergangene Veranlagung für die Jahre 2009 bis 2011 entsprechende Rechtsmittel eingelegt und am 06.08.2018 Klage beim hessischen Finanzgericht eingereicht. Dem Risiko wurde mit der Bildung einer Rückstellung bzw. mit der Erhöhung dieser entsprochen.

Ein weiteres signifikantes Risiko besteht in dem Ausgang des Verfahrens mit der Kartellbehörde wegen in den Jahren 2007 bis 2011 vermeintlich überhöhter Wasserpreise. Die hessische Landeskartellbehörde hat Ende 2016 eine Abschöpfungsverfügung in Höhe von 46,3 Mio. € ausgesprochen. Gegen diese Verfügung wurde fristgerecht Beschwerde eingelegt, da die Verfügung als sachlich ungerechtfertigt angesehen wird. Eine erste mündliche Verhandlung vor dem Landgericht Frankfurt am Main hat im November 2018 stattgefunden. Der Richter hat beide Parteien aufgefordert nochmals in Vergleichsverhandlungen zu treten. Derzeit befindet sich die Gesellschaft in Gesprächen mit der Kartellbehörde. Die für dieses Risiko in den Vorjahren gebildete Rückstellung besteht in unveränderter Höhe fort.

Der Eigenbetrieb **Wasserversorgung** ist operativen Risiken ausgesetzt, wie dem möglichen Ausfall von Versorgungsleitungen und sonstigen Anlagen, die zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit erforderlich sind. Eine sachgerechte Instandhaltung und Wartung reduziert diese Risiken. Das Hauptrisiko bei den Wasserversorgungsbetrieben besteht darin, dass steigende Wasserbezugspreise durch die derzeit gültigen Wassergebühren nicht mehr gedeckt sind und dass aufgrund politischer Vorgaben die Kostensteigerungen nicht an die Gebührenpflichtigen weitergegeben werden könnten. Da die Stadt Wiesbaden als Einrichtungsträger

Gesamtabschluss 2018

jedoch verpflichtet ist, für eine ausgeglichene Ergebnis- und Liquiditätssituation zu sorgen, wird dieses Risiko auch für die Zukunft als nicht wesentlich eingestuft. Der Eigenbetrieb geht für die Wirtschaftsjahre 2019 und 2020 von einem zunächst negativen und dann leicht positiven Ergebnis aus.

Risiken für die ESWE **BioEnergie** können sich aus technischen Störungen oder ungeplanten Produktionsausfällen beim Betrieb des Biomasse-Heizkraftwerks mit Auswirkung auf Umsatz und Jahresergebnis ergeben. Eine sachgerechte Instandhaltung und Wartung des Kraftwerks reduziert diese Risiken. Darüber hinaus sind die Risiken aus technischen Mängeln und den daraus resultierenden Vermögensschäden, soweit sinnvoll, durch den Abschluss entsprechender Versicherungsverträge teilweise abgedeckt. Die Vergütung für den jährlich produzierten und eingespeisten Strom orientiert sich an den Stromgroßhandelspreisen. Daher können sich durch weiter sinkende Stromgroßhandelspreise ungeplante Ergebnisbelastungen ergeben. Umgekehrt besteht bei steigenden Preisen die Chance, zusätzliche Ergebnisbeiträge zu realisieren.

Die Chancen und Risiken der **ESWE Verkehr** ergeben sich aus der Entscheidung zum Ausbau eines emissionsfreien ÖPNV und der damit verbundenen Projekte (wie Austausch der Dieselflotte, CityBahn, Digi-V, evtl. 365 € Ticket), die nicht in vollem Umfang von Fördermittelgebern getragen werden. Aufgrund dessen ist künftig mit einer deutlich erhöhten Belastung des Jahresergebnisses zu rechnen (im zweistelligen Millionenbereich). Chancen bestehen in der Bewältigung der steigenden Beförderungszahlen sowie in der Senkung der Schadstoffbelastung.

Bezüglich des Ausbaus des Radverkehrs ist als Nächstes geplant, die beiden Fahrradvermietungssysteme der Landeshauptstädte unter dem Dach von „Mein Rad“ zusammenzubringen. Des Weiteren sollen an vier Stationen jeweils zwei Elektro-Lastenräder verfügbar sein.

Vor der Sommerpause 2020 soll der Bürgerentscheid zur CityBahn stattfinden. Diese soll nach Fertigstellung zwischen Mainz Hauptbahnhof und der Hochschule RheinMain verkehren und täglich bis zu 100.000 Fahrgäste transportieren. Unmittelbar darauf soll die Linie über Taunusstein bis nach Bad Schwalbach verlängert werden.

Für die Zukunft wird der eingeschlagene Weg zur kontinuierlichen Optimierung der Unternehmensstrukturen und -prozesse weiterverfolgt, um unter den weiter wachsenden Herausforderungen hochwertige Verkehrsleistungen anbieten zu können. Für das Jahr 2019 geht die Geschäftsführung der ESWE Verkehr von einem negativen Jahresergebnis aus.

Unverändert ergeben sich für die **WVV Holding** Chancen aus den **Beteiligungen** und der Bündelung der **immobilienwirtschaftlichen Aktivitäten**.

Mit den von der **Beteiligungsgesellschaft WVV** gehaltenen Anteilen an der Kom9 GmbH & Co. KG, Freiburg im Breisgau (Kom9 KG), ist die Erwartung verknüpft, dass auch künftig eine nachhaltige Rendite erzielt werden kann, die die Finanzierungsaufwendungen übersteigt. Der Anteil ist unverändert zum Vorjahr. Die Kom9 KG hält eine Beteiligung an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA (Thüga Holding). Aus der Ausschüttung der Thüga Holding aus dem Bilanzgewinn 2018 erwartet die Beteiligungsgesellschaft WVV mit dem durchgerechneten Beteiligungsanteil von rund 5 % eine Bruttodividende von ca. 13 Mio. € im Jahr 2019.

Gesamtabschluss 2018

Die Liegenschaften, die die **WVV Holding** seit Jahren im Bestand hat, führen auch weiterhin aufgrund der nachhaltigen Mietauslastung zu einem stabilen Ergebnisbeitrag. Ziel ist nach wie vor, auch für die übrigen Immobilienobjekte der WVV Holding eine Marktreife der Objekte und damit eine nachhaltige Ertragssicherheit zu gewährleisten. Dem ist die WVV Holding durch den Abschluss der Revitalisierungsmaßnahmen des Objektes Mauritiusgalerie (Parkhaus, Gewerbe, Gastronomie) näher gekommen. Für das Objekt Walhalla sind die Planungen zur Revitalisierung im abgelaufenen Jahr vorangeschritten. Gemäß einer vorliegenden Kostenindikation belaufen sich die Kosten auf ungefähr 40 Mio. €. Es sind mehrere Szenarien hinsichtlich der zukünftigen Nutzung denkbar. Zum einen Vermietung an einen kulturellen Nutzer, unter der Voraussetzung der Bezuschussung. Zum anderen die wirtschaftliche Verwertung jenseits einer kulturellen Nutzung. Derzeit läuft die politische Entscheidungsfindung.

Die Zusammenarbeit der in Wiesbaden ansässigen **Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsgesellschaften** GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH, GeWeGe Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mit beschränkter Haftung, SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH und WiBau GmbH unter dem Dach der GWI Gewerbeimmobilien GmbH wird beständig weiterentwickelt, wohnungswirtschaftliche Kompetenzen werden gebündelt und der bisher verfolgte Weg der Zusammenfassung immobilienwirtschaftlicher Dienstleistungen in Wiesbaden wird weiterhin zur Ertragssicherung beitragen. Risiken bestehen in der ungebrochenen Nachfrage nach preiswertem Wohnraum. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung wird sich dies, gerade in Metropolregionen künftig weiter verschärfen, wenn es nicht gelingt zeitnah Baulandflächen für die Entwicklung größerer Wohnungsneubauvorhaben bereitzustellen. Bis 2030 wird von einem Wohnungsbedarf von 184.000 Einheiten für die 75 Mitgliedskommunen des Regionalverbands Frankfurt Rhein Main ausgegangen.

Ziel der GWW ist es in den nächsten 10 Jahren rund 4000 Wohnungen in Wiesbaden neu zu errichten, davon rund 3000 die dauerhaft vermietet werden sollen.

Für das Geschäft der **Wohnungsverwaltung** besteht ein finanzielles Risiko in der aktuellen Diskussion der Einführung einer Mietpreisbremse. In diesem Fall würden Mindereinnahmen zu einem geringeren Ergebnis führen. Darüber hinaus besteht das Risiko unvorhergesehener Kostensteigerungen sowie zeitlicher Verzögerungen bei Großsanierungen und Neubaumaßnahmen. Chancen ergeben sich durch die Anhebung der für die Gesellschaft relevanten Quadratmetermieten auf Basis des Mietspiegels und der Reduzierung von Leerständen durch Sanierung und Aufwertung der Wohnungsbestände. Des Weiteren ergeben sich Chancen im Rahmen des Vertriebs von Bestandsimmobilien.

Die **SEG** wird in ihren Geschäftsfeldern „Städtebauliche Projektentwicklung“, „Bauträgergeschäft“, Immobilienbewirtschaftung“ und „Städtebauförderung/Wohnbauförderung“ weiterhin gute Erträge erzielen, die sich aufgrund von längeren Investitions- und Bauphasen jedoch teilweise erst in den Folgejahren ergebniswirksam niederschlagen werden. Die konstant sehr hohe Nachfrage nach Wohnimmobilien, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet, wird dazu führen, dass die gesetzten Erlösziele aus dem Verkauf von Flächen im Rahmen der Tätigkeit in dem Kerngeschäftsbereich „städtebauliche Projektentwicklung“ der SEG erreicht und übertroffen werden können. Aus dem noch auf niedrigerem Preisniveau erfolgten Flächeneinkauf in Kombination mit der hohen Kompetenz bei der Flächenentwicklung werden sich bei dem vorherrschenden Nachfragedruck weiterhin positive Entwicklungen bei den Deckungsbeiträgen ergeben.

Gesamtabschluss 2018

Für das Geschäftsjahr 2019 sollen Umsätze aus dem Verkauf der Entwicklungsgebiete Hainweg und Parkfeld sowie einer Teilfläche aus der erworbenen Liegenschaft „American Arms“ generiert werden. Der eigentlich schon für 2018 budgetierte Verkauf von Teilflächen aus der Liegenschaft „American Arms“ an Bauträger für die Realisierung der vorgesehenen Eigentumswohnungen wird sich erst 2019 umsetzen lassen. Ziel ist es weiterhin, die entsprechenden Teilflächen schnellstmöglich zu veräußern, da eine Umsetzung baulicher Maßnahmen auf der Basis des bestehenden, rechtskräftigen Bebauungsplanes für dieses Gebiet kurzfristig möglich ist. Zuvor wird der Abbruch der Bestandsgebäude durchgeführt. Die Umsatzerlöse aus der Vermietung des eigenen Immobilienbestandes bleiben mit leicht steigender Tendenz auf hohem Niveau und sichern neben anderen Erträgen die Liquidität. Durch den erfolgten Zukauf von weiteren Entwicklungsgrundstücken sieht die Gesellschaft gute Chancen weitere Erträge zu erwirtschaften. Darüber hinaus ist die SEG bei verschiedenen Projekten als Dienstleister tätig und erwartet auch aus diesen Aktivitäten entsprechende Erlöse.

Im Bereich der städtebaulichen Projektentwicklung bestehen aufgabentypische Risiken, die sich u. a. aus den langen Projektlaufzeiten, den schwer abzuschätzenden Kosten und der Notwendigkeit, zahlreiche unterschiedliche Beteiligte einbinden zu müssen, ergeben. Weiterhin ergeben sich im Hinblick auf zukünftig anstehende Erschließungsmaßnahmen Kostenrisiken, die zum Zeitpunkt der Grundstücksankäufe nicht vollumfänglich ausgeschlossen werden können. Bei baulichen Aktivitäten der SEG, sei es für den eigenen Bestand oder im Falle der Übernahme von Dienstleistungsaufträgen, bestehen Risiken im Hinblick auf die Einhaltung des budgetierten Kostenrahmens, zugesagter Fertigstellungstermine und der Lieferung der vereinbarten Qualitäten. Im Hinblick auf die jahrelange Erfahrung und die entsprechende interne Organisation sieht sich die SEG auf diese Risiken vorbereitet.

Die **WiBau**, die im städtischen Verbund Leistungen im Bereich des Baumanagements und Facilitymanagements erbringt, hat ihr wesentliches Betätigungsfeld im Bereich der Sanierung und baulichen Betreuung von Wiesbadener Schulen. Mit den im eigenen Bestand befindlichen Objekten erzielt sie langfristig Umsatzerlöse aus Vermietung. Für das Geschäftsjahr 2019 erwartet die WiBau im Hinblick auf aktuelle zusätzliche Investitionen eine grundsätzlich positive Fortsetzung der Entwicklung aus den Vorjahren. Auch wenn die Gesellschaft für 2019 deutlich geringere Umsatzerlöse geplant hat, was durch zunächst arbeitsintensive planerische Vorbereitungen von zukünftigen Baumaßnahmen begründet ist, soll damit der Grundstein für deutlich umsatzstärkere Folgejahre gelegt werden. Das geplante Unternehmensergebnis wird für 2019 aus aktueller Sicht zunächst deutlich niedriger ausfallen als im Vorjahr.

Finanzielle Risiken bestehen nicht nur durch die steigenden Verkehrsverluste (siehe ESWE Verkehr), sondern auch in Bezug auf geplante Entscheidungen der Stadt im Bereich der Wohnungsbaugesellschaften. Sollten sich die städtischen Gremien etwa für eine sogenannte Mietpreisbremse entscheiden, sind die Gewinne der Wohnungswirtschaft deutlich geringer und belasten zusätzlich das Ergebnis. Aber auch im Bereich der Energieversorgung ist nicht mit weiterhin hohen Gewinnen zu rechnen. Allein durch die Liberalisierung und die Netzregulierung ist die künftige Ertragskraft geschmälert. Die WVV reagiert mit dem Aufbau von personellen Ressourcen, um die Tochtergesellschaften noch engermaschiger wirtschaftlich führen zu können.

Vor dem Hintergrund, der sinkenden Spartenergebnisse im Immobilien- und Verkehrsbereich sieht der Prognosebericht der WVV Holding GmbH für das Geschäftsjahr 2019 einen rückläufigen Jahresüberschuss vor. Künftig sinkende Gewinne der Versorgung stehen steigenden

Gesamtabschluss 2018

Verlusten des Verkehrs gegenüber, u. a. aufgrund von diversen Großprojekten. Im Immobiliensektor sind vor allem die projektorientierten Gesellschaften SEG und WiBau GmbH mit Risiken behaftet, während die GWW durch den Nachfrageüberhang auf dem Wohnungsmarkt ein solides Ergebnis erwirtschaften wird und damit über eine stabile Ertragskraft verfügt.

Im **Entsorgungsbereich** bestehen wie in den Vorjahren Risiken wegen des erheblichen Ablagerungsdruckes bei den Deponiemengen. Auch vor dem Hintergrund der strukturellen Änderungsprozesse hinsichtlich der im Umland zur Verfügung stehenden Deponiekapazitäten, verschärfte sich der Ablagerungsdruck auf die Deponie Dyckerhoffbruch erheblich. Die ELW verfolgt weiterhin mit Hochdruck die Erweiterungsplanung des Deponieabschnittes III und die Neuplanung des Deponieabschnittes IV. Die im Deponieabschnitt III ab 2019 noch zur Verfügung stehende restliche Ablagerungskapazität ist mit ca. 530.000 Mg jedoch sehr gering.

Trotz erheblicher Anstrengungen und Unterstützung durch das Hessische Umweltministerium konnte das Genehmigungsverfahren zur Osterweiterung der Deponie III noch nicht abgeschlossen werden. In Anbetracht der Verfahrenslaufzeiten kann frühestens im ersten Halbjahr 2020 mit der Erteilung des Planfeststellungsbeschlusses für die Osterweiterung gerechnet werden. Die Planfeststellungsanträge für die Norderweiterung - Deponieabschnitt III/4 und Neuerrichtung des Deponieabschnittes IV wurden im II. Quartal 2019 bei der Behörde eingereicht. Die Planfeststellungsbeschlüsse müssten bis Mitte 2020 erteilt werden, um nach den entsprechenden Ausführungsbeschlüssen der Stadtverordnetenversammlung (für den DA III/4 liegt dieser schon vor) die jeweilige Fertigstellung der ersten Bauabschnitte bis November 2021 zu erreichen. Damit wäre dann die Entsorgungssicherheit der Landeshauptstadt Wiesbaden für 30 bis 40 Jahre, bei einer jährlichen Ablagerungsmenge von 100.000 Mg bis 150.000 Mg in dieser Deponie der Klasse DK II, gesichert.

Durch die zeitlichen Verzögerungen bei den Genehmigungsverfahren und der begrenzten Ablagerungskapazitäten der Deponie III entsteht ein erhebliches Risiko, dem entgegengewirkt wurde, indem Vereinbarungen mit externen Deponien zur Absteuerung von mineralischen Abfällen getroffen wurden.

Der Rückgang der erfassten Deponiegasmengen betrug 2018 gegenüber 2017 ca. 13 % und bewegte sich somit außerhalb der erwarteten Größenordnung (prognostizierter Rückgang von ca. 7% pro Jahr). Ursache hierfür war u.a. der lange und trockene Sommer in 2018. Ende 2020 wird auch nach 20 Jahren das Gesetz zur Förderung der erneuerbaren Energien (EEG-Förderung) bei der Stromeinspeisung für die Blockheizkraftwerke (BHKWs) auf der Deponie auslaufen. Dies wird Auswirkungen auf die Umsatzerlöse haben, auch wenn weitere Nachverhandlungen mit dem Energieversorgungsunternehmen erfolgen. Die wirtschaftliche Deponiegasnutzung wird noch etwa 5 bis 10 Jahre lang möglich sein.

Durch die steigende Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter ergeben sich Risiken bei der Umsetzung der operativen Aufgaben. Hier ist mit zusätzlichen Personalaufwendungen zu rechnen. Auch werden weiterhin Leiharbeitskräfte eingesetzt, aber nur in dem Umfang in dem auch Mitarbeiter ausscheiden.

Das grundsätzliche Problem der rückläufigen Entwicklung bei den Abfallgebühren wird durch die Aktivitäten von privaten Abfallberatungsunternehmen, vor allem bei den Großwohnanla-

Gesamtabschluss 2018

gen, verschärft. Diese Umsatzeinbußen konnten nur teilweise durch die eingeleiteten Optimierungsmaßnahmen aufgefangen werden. Hinzu kommen erhebliche Kosten für den Transport des Hausmülls zu den Behandlungsanlagen.

Aufgrund der Erfahrungen aus mehreren strengen Wintern in den vergangenen Jahren wurde der Winterdienst bei den ELW neu geplant und strukturiert sowie auf die östlichen Vororte ausgeweitet. Zudem beteiligen sich die ELW an einem gemeinsamen zentralen Streusalzlager, welches seit dem Jahr 2012 von acht Kommunen aus Südhessen betrieben wird.

Die Arbeiten zur Vorhaltung einer Notstromversorgung für die Sparte Entwässerung im Falle eines flächenhaften Ausfalls der Stromversorgung wurde 2013 gestartet und Ende 2016 für das Hauptklärwerk (HKW) erfolgreich beendet. Die Außenstandorte werden nach derzeitigem Stand bis Ende 2020 abgeschlossen sein.

Für das HKW soll eine Sicherung des zukünftigen Flächenbedarfs bei weitergehenden Reinigungsanforderungen erreicht werden. Durch die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange kann es zu Auflagen bezüglich weiterer Maßnahmen im Bereich der Emissionsminderung bzw. des Immissionsschutzes sowie hinsichtlich naturschutzrechtlicher Belange kommen. Zudem müssen Standortalternativen untersucht werden. Es werden auch Alternativstandorte außerhalb des festgelegten Geltungsbereichs des Bebauungsplans betrachtet. Die Träger öffentlicher Belange wurden im Frühjahr 2019 informiert. Ein Rücklauf seitens der Träger soll in dem Jahr 2019 erfolgen. Ziel ist es, dass B-Plan-Verfahren Ende 2019/Anfang 2020 abzuschließen. Für den Standort Biebrich soll 2019 ein Immissionsgutachten erstellt werden, um zu prüfen, ob zur Sicherung des Standortes weitere Maßnahmen erforderlich sind.

Der Vertrag mit der Fa. Henkell zur Überlassung von stark organisch belastetem Abwasser zum Hauptklärwerk wurde im Januar 2018 für eine Laufzeit von 15 Jahren geschlossen. Der Anschluss wurde am 17.12.2018 in Betrieb genommen. Damit ist die Zufuhr von Co-Substraten mit entsprechender Energieausbeute gesichert.

Weitere Risiken bestehen durch den Ausfall von Anlagen aufgrund zum Beispiel unsachgemäßer Behandlung, Sabotage, Vandalismus oder nach einem Wassereinbruch.

Auf dem HKW soll eine Pilotanlage errichtet und betrieben werden, die durch den Einsatz von Pulveraktivkohle und Membranen neben der Elimination von Spurenstoffen (Medikamentenreste u. a.), multiresistente Keime sowie Mikroplastik eliminiert. Die Pilotanlage hat das Ziel, essentielle Erkenntnisse zu den spezifischen Bemessungsansätzen für das Wiesbadener Abwasser zu gewinnen. Bei einer zukünftigen gesetzlichen Forderung, Spurenstoffe, multiresistente Keime und Mikroplastik aus dem Abwasser zu eliminieren, wäre eine solche Technik voraussichtlich wesentlich wirtschaftlicher als ein stufenweiser Ausbau zunächst mit einer vierten Reinigungsstufe und im Anschluss mit einer fünften Reinigungsstufe. Eine Projektgruppe bestehend aus dem Projektpartner Technische Universität Darmstadt, Hochschule Darmstadt und Micodyn Nadir erstellt eine Versuchsanlage.

Die Errichtung der Blockheizkraftwerk (BHKW)-Anlage auf dem HKW ist nahezu abgeschlossen. Der elektrische Wirkungsgrad der BHKWs liegt bei Werten über 40 %. Hierzu wurde Mitte 2019 eine Wirtschaftlichkeitsstudie beauftragt. Eine Umsetzung könnte dann bis Mitte 2021 erfolgen.

Gesamtabschluss 2018

Die ELW sind nach langen Verhandlungen mit der TVM (Thermische Verwertung Mainz GmbH) übereingekommen, dass die Stadt Mainz Gesellschaftsanteile abtritt und der LHW zur Verfügung stellt. Hauptgesellschafter sind der Wirtschaftsbetrieb Mainz und die Stadtentwässerung Kaiserslautern. Damit besteht die Chance, die Wiesbadener Klärschlämme über die Klärschlammverbrennung und über das gesicherte Phosphorrecycling einem sicheren und zukunftsorientierten Entsorgungs- und Verwertungsweg zuzuführen. Die Unterzeichnung der Gesellschaftsanteile ist im Frühjahr 2018 erfolgt. Geplant ist im Jahr 2019 nur den Klärschlamm des Klärwerks Biebrich bei Inbetriebnahme der Verbrennungsanlage zuzuführen. Mit dem Entfall der Zuleitung industrieller Schlämme von InfraServ Wiesbaden wird dann auch die Option in Erwägung gezogen, den gesamten Schlamm des Hauptklärwerkes der TVM zuzuführen.

Die Analyse des Risikopotenzials der **MBA** Wiesbaden lässt sowohl für das laufende Jahr als auch für die kommenden Jahre keine Risiken erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten. Für das Jahr 2019 wird ebenfalls mit einem positiven Jahresergebnis gerechnet.

Gemäß Grundlagenbericht zur **Altenhilfeplanung** des Amtes für Soziale Arbeit leben gegenwärtig 54.000 ältere Menschen über 65 Jahre in Wiesbaden. Gemäß den aktuellen Bevölkerungsprognosen soll sich die Anzahl bis zum Jahr 2030 auf 62.000 erhöhen. Der stärkste Zuwachs wird bei den Hochbetagten (über 80-Jährigen) erwartet. Deren Zahl soll von derzeit 14.500 auf knapp 20.000 ansteigen. Um den erwarteten Mehrbedarf im Bereich der vollstationären Pflege sicherstellen zu können wird davon ausgegangen, dass bis zum Jahr 2020 rund 200 zusätzliche Pflegeplätze sowie bis zum Jahr 2030 insgesamt 400 zusätzliche Pflegeplätze in Wiesbaden benötigt werden. Die Berichte der WHO lassen zudem erkennen, dass sich die Anzahl der an Demenz erkrankten Menschen bis zum Jahr 2030 verdoppeln könnte. Dieser Wandel stellt große Herausforderungen an die Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung und ihre Finanzierung.

Zur nachhaltigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit hat die Stadtverordnetenversammlung bereits 2015 beschlossen, eine tragfähige - insbesondere bauliche Perspektive - für die Altenpflege in städtischer Trägerschaft unter dem Dach der **Altenhilfe Wiesbaden GmbH** zu entwickeln. Favorisiert wird ein Neubau mit 90 Einzelzimmern auf drei Geschossflächen als Ersatz für das Moritz-Lang-Haus am gleichen Standort. Aufgrund der nunmehr politisch abgestimmten Neubauvariante am Standort des Moritz-Lang-Hauses erachtet die Geschäftsführung die Anteilsübertragung auf die EGW für obsolet und eine entsprechende Rücknahme des Beschlusses seitens der Stadtverordnetenversammlung für geboten. Parallel dazu werden bereits seit 2014 Renovierungstätigkeiten am Toni-Sender-Haus vorgenommen. Nach einer Begehung durch das Hessische Amt für Versorgung und Soziales Wiesbaden, stellte sich aber heraus, dass trotz der laufenden Renovierungsarbeiten - mangels einer konzeptionellen Perspektive - die erheblichen baulichen Mängel nicht zufriedenstellend beseitigt werden können. Insofern hat die Geschäftsführung Maßnahmen ergriffen, die zum einen der kurzfristigen Mängelbeseitigung und zum anderen der konzeptionell baulichen Machbarkeit am Standort dienen. Die Geschäftsführung prüft derzeit, welche baulichen Optionen sich unter Beachtung der Seveso-Richtlinie ergeben, um noch in 2019 ein tragfähiges Konzept zu erarbeiten. Für das Geschäftsjahr 2019 plant die Geschäftsführung ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

Gesamtabschluss 2018

Das Feierabendheim **Simeonhaus** GmbH geht für die folgenden Geschäftsjahre davon aus, dass die Erträge aus Serviceleistungen die anfallenden Aufwendungen decken und somit ausgeglichene Ergebnisse in 2020 und 2021 erwirtschaftet werden können. Gegenüber der Feierabendheim Simeonhaus GmbH wurde seitens der Zusatzversorgungskasse (KDZ) im März 2018 vom Recht der Kündigung der Mitgliedschaft Gebrauch gemacht. Etwaige Abfindungsansprüche zu Gunsten der KDZ, sind durch die Landeshauptstadt Wiesbaden durch Verpflichtungserklärung gesichert und im Abschluss 2018 in Form einer Rückstellung berücksichtigt.

Die Entwicklung der **EGW** Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH ist abhängig von der Entscheidung der Gremien der Landeshauptstadt und der Umsetzung der Konzepte zur Umstrukturierung. Dazu gehört unter anderem die Profilierung und Stärkung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesundheitsstadt sowie die Förderung des Gesundheitswesens in Wiesbaden durch geeignete Projekte und Maßnahmen. Chancen ergeben sich aus dem Aufbau eines ganzheitlichen integrierten Versorgungssystems im Sinne eines Lotsensystems zur schnelleren und besseren Behandlung von Patienten (medAQ). Damit verfolgt die EGW die Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0100 vom 15. März 2018, eine moderne digitale Lösung für den Gesundheitsstandort Wiesbaden zu schaffen, die sowohl eine schnellere und bessere Behandlung der Patienten gewährleistet, als auch unnötige Kosten reduziert.

Für die **Wiesbadener Jugendwerkstatt** GmbH (WJW) bestehen bestandsgefährdende Risiken in der Änderung der gesetzlichen Grundlagen und einer möglichen Verringerung der Inanspruchnahme der Leistungen durch die Zielgruppen. Die Gesellschaft muss sich diesen Herausforderungen stellen, indem sie Ihre Kapazität dem Bedarf und der Nachfrage entsprechend anpasst. So wurde ein umfassendes Konzept in Zusammenarbeit mit der Kernverwaltung LHW erstellt, um eine nachhaltig erfolgreiche Entwicklung der Gesellschaft sicherzustellen. Dementsprechend soll künftig eine Konzentration auf die Wiesbadener Standorte erfolgen. Diese wären Domäne Mechtildshausen als Erlebnis- und Ausflugsziel für Familien und praxisorientierte Ausbildungsstätte, Standort Hasengartenstr. als moderner, attraktiver Ausbildungsbetrieb und Standort Klarenthal als Ort für das Berufstraining (BiTZ).

Risiken die sich aus der Produktion ergeben, werden in Zukunft durch die Konzentration auf neue Produkte und Werbemaßnahmen vermieden.

Weitere Risiken bestehen, sofern jugendliche Teilnehmer Maßnahmen vorzeitig abbrechen oder geplante Maßnahmen zur Kostenoptimierung nicht greifen. Darüber hinaus ist der Ausgang der Entscheidung zum geplanten Beitritt in die Tarifgemeinschaft mit Risiken behaftet.

Abschließend ist die Verhandlung mit dem Landeswohlfahrtsverband über die Beendigung des Pachtverhältnisses des Hofgutes in Idstein zu erwähnen. Hieraus könnten vertragsbezogene Verpflichtungen zu finanziellen Konsequenzen führen.

Für den Geschäftsverlauf 2018/2019 ist mit einer besseren aber dennoch defizitären Ergebnissituation zu rechnen. Zum jetzigen Zeitpunkt geht die Geschäftsführung von steigenden Umsatzerlösen aus der Ausbildung und Qualifizierung aus.

Im Berichtsjahr erfolgten Verhandlungen zur Anpassung der Pacht- und Erbbaurechtsverträge der durch die Gesellschaft genutzten Liegenschaften, insbesondere der Domäne Mechtildshausen. Die abschließende Sicherung der Pachtflächen der Domäne Mechtildshausen steht

Gesamtabschluss 2018

aber immer noch aus. Sowohl Erbbaurechts- wie auch Pachtvertrag konnten bislang wegen einzelner, durch den Verpächter zu erbringenden Vorleistungen nicht abgeschlossen werden. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass der Abschluss des Pachtvertrages zwischen dem Land Hessen und der WJW GmbH nunmehr im Verlauf des Jahres 2019 erfolgen wird. Die in diesem Zusammenhang anstehenden Anpassungs- und Ausgleichszahlungen wurden seitens der WJW durch Bildung einer Rückstellung i. H. v. 610 T€ im Jahresabschluss berücksichtigt.

Der Focus der **Wiesbaden Marketing GmbH** liegt in der Akquise von Veranstaltungen für das neue RMCC. Die Vermarktung des Tourismus- und Kongressstandorts Wiesbaden konzentriert sich auf fünf Geschäftsfelder Tourist Service, Tourismus Marketing, Online Redaktion, Grafik & Design und Märkte & Events. Grundsätzlich hängt die touristische Entwicklung von den nationalen und internationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab.

Die Bauarbeiten für das neue **RheinMain-CongressCenter** sind bis auf einige nachlaufende Arbeiten termingerecht abgeschlossen. Somit hat die Landeshauptstadt Wiesbaden wieder einen konkurrenzfähigen Messebau modernster Ausstattung und Bauweise. Einerseits bieten sich bei guter Auslastung Chancen für die Entwicklung der Kaufkraft durch die Umsätze, welche die Messebesucher in Wiesbaden tätigen. Andererseits ist der Neubau des RheinMain-CongressCenters jedoch mit wesentlichen finanziellen Auswirkungen verbunden. Bei Baukosten von knapp 200 Mio. € betragen die daraus resultierenden Kapitalkosten (Abschreibungen und Zinsen) über 8 Mio. € jährlich. Es besteht ein Vermarktungsrisiko in Form der nicht ausreichenden Vermietung der Hallen. Diesem Risiko wird durch intensive Akquise- und Marketingaktivität begegnet.

Das Geschäft der **Kurhaus Wiesbaden GmbH** wird durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und auch durch die Preis- und Leistungs politik des gastronomischen Partners im Haus mit beeinflusst.

Im Mai 2019 wurden die **Kurhaus Wiesbaden GmbH** und die **Rhein-Main-Hallen GmbH** rückwirkend zum 01.01.2019 auf die **Wiesbaden Marketing GmbH** verschmolzen. Die neue Gesellschaft wird unter der Firma **Wiesbaden Congress & Marketing GmbH** geführt. Durch die Verschmelzung werden Synergieeffekte erwartet. Die Zusammenarbeit unter der Dachgesellschaft **TriWiCon** wird in der Zukunft weitere Umsatzpotentiale generieren. Die Betriebsleitung sieht derzeit keine Risiken, die den Bestand der TriWiCon und ihrer Beteiligungen gefährden könnten. Für die Folgejahre werden ein planmäßiger Geschäftsverlauf und eine weitere Steigerung der Übernachtungszahlen erwartet.

Aus der Positionierung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Sportstadt und die in diesem Zusammenhang stattfindenden attraktivitätssteigernden Maßnahmen können sich Chancen auf steigende Besuchszahlen, insbesondere im Segment Sport, sowie durch Maßnahmen im Touristiksektor im Segment Gesundheit und Wellness ergeben. Der Eigenbetrieb **mattiaqua** ist sehr stark abhängig von der uneingeschränkten Funktionsfähigkeit seiner Einrichtungen. Technische oder bauliche Probleme und der hohe Sanierungsbedarf in den Einrichtungen können daher erhebliche Auswirkungen auf die Ertragslage des Eigenbetriebs haben. Alle Wiesbadener Bäder leiden unter Sanierungsstau und sind stark renovierungsbedürftig. Insgesamt liegt der geschätzte Investitions- und Instandhaltungsbedarf in mittlerer zweistelliger Millionenhöhe. Insbesondere im Hallenbad Mainzer Straße ist ein erheblicher Instandhaltungsstau entstanden. In dieser Einrichtung werden rund 8 % der Umsatzerlöse aus Besuchen erwirtschaftet; damit ist das Hallenbad Mainzer Straße einer der stärksten Umsatztreiber außerhalb des

Gesamtabschluss 2018

Segments Gesundheit und Wellness. Durch den Instandhaltungsstau besteht in dieser Einrichtung ein erhöhtes Risiko von technischen oder baulichen Ausfällen, wodurch es zu deutlichen negativen Auswirkungen auf die Ertragslage durch Einschränkungen und/oder Teil- oder Vollschießungen kommen kann. Dies gilt grundsätzlich für alle Einrichtungen, in denen Instandhaltungsstau besteht.

In der Planungsphase befindet sich der Neubau einer Schwimm- und Eissporthalle in Wiesbaden, mit einem voraussichtlichen Investitionsvolumen von über 60 Mio. €. Die künftig laufenden Kosten allein durch Abschreibung und Zinsen werden die Erlöse voraussichtlich übersteigen. Eine Beschlussfassung zum Bau steht noch aus, aber die Planung hat bereits begonnen. Das Beteiligungscontrolling überwacht das geplante Projekt über die Sitzung der Betriebskommission und versucht darüber Einfluss auf die wirtschaftliche Ausgestaltung zu nehmen.

Mattiaqua ist ebenfalls dem Risiko von Katastrophen wie Hochwasser und Sturm, aber auch vermehrtem Schädlingsbefall ausgesetzt. Der Eintritt solcher Katastrophen kann insbesondere in dem Segment Freizeit zu erheblichen ungeplanten Aufwendungen und Teilschließungen des Betriebs führen. Auch der Ausfall der Informationstechnologie kann zu massiven Einschränkungen im Segment Gesundheit und Wellness führen.

In den Einrichtungen besteht das Risiko von Unfällen und Verletzungen von Gästen. Auch wenn diesem Risiko durch geeignete und den Normen entsprechende Maßnahmen begegnet wird, kann nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass es zu leichten und schweren Unfällen kommt.

Auf der Grundlage von durchschnittlichen Sommern erwartet die Betriebsleitung für die nächsten beiden Jahre im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2018 wieder rückläufige Umsätze aus Besuchen. Auch ist davon auszugehen, dass aufgrund des zu behebenden Instandhaltungsstaus und zu erwartenden Entgelterhöhungen die Kosten der Leistungserbringung wieder deutlich ansteigen werden.

In einem sehr dynamischen Markt liegen die Chancen für **WITCOM** in kundenindividuellen Angeboten für Unternehmen, Carrier und Service-Provider, Sicherheitslösungen auf Basis eigener Infrastruktur, einer projektorientierten Ausbaustrategie sowie einer hohen Fachkompetenz und Servicequalität. Geschäftskunden streben weiterhin eine längerfristige, professionelle und qualitativ hochwertige Zusammenarbeit an. Zusätzliche Potentiale und Erweiterung der Dienstleistungen ergeben sich durch die Zusammenarbeit mit leistungsfähigen, spezialisierten Partnern.

Ein wesentlicher Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg von WiTCOM ist die eigene gut ausgebaute Glasfaser Netzinfrastruktur, den Einsatz neuester Technologien sowie hohes fachliches Mitarbeiterwissen. Der Netzausbau wird projektorientiert durchgeführt und eröffnet somit zahlreiche Chancen für die Umsetzung neuer Projekte. Verschiedene Marktstudien belegen den steigenden Bedarf in allen Bereichen der Datenkommunikation und im Rahmen der Digitalisierung. Die alternativen Netzbetreiber und Versorgungsunternehmen sind hierbei wichtige Faktoren für einen flächendeckenden Glasfaserausbau. WiTCOM wird deshalb als professionelles, infrastrukturbasiertes Unternehmen an dieser Entwicklung in hohem Maße partizipieren.

Gesamtabschluss 2018

Risiken durch Marktentwicklungen ergeben sich durch den Preisverfall für Standardprodukte und Flatrate-Angebote. Der Ausbau der DSL-Vectoring Technologie durch die Deutsche Telekom für den Massenmarkt kann gebietsweise Potentiale im unteren Mittelstandskundensegment bedrohen. Weiterhin wird der Glasfaserausbau, neben der Deutschen Telekom, auch durch alternative Netzanbieter in der Region vorangetrieben. Daher ist bei Anbindungsthemen ebenfalls mit stärkerem Wettbewerb zu rechnen. Der Preiskampf im Markt wird weiter zunehmen und mit Marktkonsolidierungen ist zu rechnen.

Sowohl Chancen als auch Risiken ergeben sich durch den Rückkauf der Anteile i. H. v. 50,1 % an der WIVERTIS GmbH von der Atos SE. Als Zeitpunkt des Eigentumsübergangs wurde vom Magistrat der Landeshauptstadt der 01.07.2020 festgelegt. Der Kaufpreis soll rd. 1 Mio. € betragen. Damit wird WIVERTIS künftig eine 100 prozentige Tochter der LHW.

Der **Verbund der Landeshauptstadt Wiesbaden** wird regelmäßigen Betriebsprüfungen durch das Finanzamt Wiesbaden unterzogen. Hierbei bestehen Risiken, wenn die Prüfung das Erfordernis von Steuernachzahlungen ergibt. Soweit bezifferbar, wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Der Verbund ist gut aufgestellt, um die stetige Erfüllung seiner Aufgaben dauerhaft zu sichern. Die langfristige Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich aktuell als stabil dar, die Eigenkapitalquote von 41 % ist eine solide Basis um grundsätzlich auch rückläufige Entwicklungen aufzufangen zu können. Die Finanz- und Ergebnissituation ist stark abhängig von der Gewerbesteuer der Kernverwaltung der LHW und den Leistungsentgelten, welche die Gesellschaften erwirtschaften, aber auch von politischen Entscheidungen bzw. bereits getroffenen Festlegungen im Hinblick auf die nächsten Jahre. Dies sind zum Beispiel Entscheidungen für einen emissionslosen ÖPNV -mit Elektrobussen und evtl. Citybahn, dem Bau des neuen RMCC, dem Bau eines neuen Schwimmbades, dem Bau von Wohnungen (Sozialbau, Mietpreisbremse) bzw. ganzen Wohngebieten und den damit verbundenen Infrastrukturkosten (Kita, Schule, Straßen betreffend). Diese Entscheidungen bzw. damit verbundenen Investitionen bergen Risiken für die Zukunft. Neue bzw. steigende Betriebskosten belasten das Ergebnis in der Zukunft und bilden damit potentiell ein strukturelles Risiko. Solchen Risiken kann nur mit entsprechend umsichtigen Beschlussfassungen entgegnet werden.

In nahezu allen Gesellschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden stehen weiterhin Strukturveränderungen und notwendige Optimierungsprozesse an, um das Leistungsspektrum für die Bürgerinnen und Bürger nachhaltig aufrechtzuerhalten und den städtischen Haushalt zu entlasten.

Für den Verbund kann auch für das Jahr 2019 mit einem positiven Gesamtergebnis gerechnet werden. Die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Verbundes ist für die Zukunft gewährleistet.

Gesamtabschluss 2018

1.3 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres

Neuer Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden ist seit 02.07.2019 Gert-Uwe Mende.

Für das mit rd. 270 ha größte Flächenentwicklungsprojekt „Ostfeld/Kalkofen“ im Südosten der Innenstadt wurde von der Stadtverordnetenversammlung der Einleitungsbeschluss einer „städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme“ gefasst. Damit wird der Bodenwert aller Grundstücke im Areal eingefroren. Der Bericht zur Beurteilung dieser städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme liegt vor. Bis Ende 2019 soll eine Grundsatzentscheidung fallen. Der Planungsprozess soll eine umfassende Bürgerbeteiligung beinhalten und wird inhaltlich offen mit der Zielsetzung gestartet, einen ausgewogenen Mix von Wohnen, Arbeiten und Freiflächen herzustellen sowie eine optionale Erweiterung der Deponie zu ermöglichen.

Herr Ludwig-Franz Hammerschlag hat seinen Vertrag als Geschäftsführer der Wiesbadener Helios-Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken aus persönlichen Gründen bis Ende Mai 2019 aufgelöst.

Mit Wirkung zum 01.01.2019 wurde Herr Thomas Keller zum Geschäftsführer der GWW und der GeWeGe bestellt.

Der Vertrag für den GWI Geschäftsführer Torsten Tollebeek wurde für weitere 5 Jahre ab 01.11.2019 verlängert.

Zum 01.03.2019 hat Herr Werner Backes seine Tätigkeit als Geschäftsführer der WJW aufgenommen. Der Anstellungsvertrag von Herrn Winfried Kühnl als Interims-Geschäftsführer endete zum 31.05.2019 nach Einarbeitung von Herrn Werner Backes.

Gemäß Beschluss der Stadtverordneten Nr. 0366 vom 12.09.2019 wird die Firma der Gesellschaft WJW - Wiesbadener Jugendwerkstatt - GmbH in WJW - Wiesbadener Jugendwerkstatt - **gemeinnützige** GmbH umbenannt und das bisher abweichende Geschäftsjahr auf ein kalendergleiches Wirtschaftsjahr geändert.

Mitte 2019 hat das Architektenbüro ASP/ Planungsbüro Deyle mit seinem Entwurfskonzept für den Sportpark Rheinhöhe am Konrad-Adenauer-Ring das Auswahlverfahren gewonnen. Das Konzept beinhaltet ein Hallenbad mit mehreren Schwimmbecken, eine Kunsteisbahn, eine Saunalandschaft, Raum für Gastronomie sowie Tiefgarage und wurde im Rahmen einer Bürgerversammlung präsentiert. Damit beginnen jetzt die Detailplanungen.

Nach Ablauf seines Vertrages im Frühjahr 2020 wird Herr Lars Eigenmann - aktuell Vorstandsvorsitzender der KMW AG - das Unternehmen verlassen.

Gesamtabschluss 2018

2. Konsolidierte Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung

2.1 Konsolidierte Vermögensrechnung

AKTIVA Position	31.12.2018 €	31.12.2017 €	Veränderung Mio.€ %	
1 ANLAGEVERMÖGEN				
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände				
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	6.405.727,39	6.180.079,24	0,2	3,7
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	27.930.615,00	30.869.279,00	-2,9	-9,5
1.1.3 Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	0,00	0,0	0,0
1.1.4 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	280.973,00	0,00	0,3	100,0
	34.617.315,39	37.049.358,24	-2,4	-6,6
1.2 Sachanlagevermögen				
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	2.279.044.198,97	2.036.568.247,77	242,5	11,9
1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	815.327.216,26	823.033.163,88	-7,7	-0,9
1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	72.360.225,96	67.934.490,99	4,4	6,5
1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	94.166.239,43	87.892.925,45	6,2	7,1
1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	130.620.830,41	286.827.134,40	-156,2	-54,5
	3.391.518.711,03	3.302.255.962,49	89,2	2,7
1.3 Finanzanlagevermögen				
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	2.931.156,01	42.763.713,06	-39,8	-93,1
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,0	0,0
1.3.3 Beteiligungen	308.608.714,57	313.862.772,86	-5,3	-1,7
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29.115.162,45	29.371.075,04	-0,3	-0,9
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	50.799.790,37	34.999.910,15	15,8	45,1
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	100.206.479,52	104.166.505,12	-3,9	-3,8
	491.661.302,92	525.163.976,23	-33,5	-6,4
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640.000,00	173.640.000,00	0,0	0,0
	4.091.437.329,34	4.038.109.296,96	53,3	1,3
2 UMLAUFVERMÖGEN				
2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7.570.985,25	7.189.022,02	0,4	5,3
2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	96.800.306,12	103.034.866,72	-6,2	-6,1
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	49.561.888,60	45.829.106,20	3,7	8,1
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen	30.133.937,35	37.545.138,77	-7,4	-19,7
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	40.617.651,50	41.098.969,38	-0,5	-1,2
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	661.846,42	1.064.487,19	-0,4	-37,8
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	33.339.137,72	61.374.872,35	-28,0	-45,7
	154.314.461,59	186.912.573,89	-32,6	-17,4
2.4 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,0	0,0
2.5 Flüssige Mittel	380.800.261,75	321.163.382,14	59,6	18,6
	639.486.014,71	618.299.844,77	21,2	3,4
3 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	34.167.241,29	33.881.281,20	0,3	0,8
Summe Aktiva	4.765.090.585,34	4.690.290.422,93	74,8	1,6

Gesamtabschluss 2018

PASSIVA Position	31.12.2018 €	31.12.2017 €	Veränderung Mio.€ %	
1 EIGENKAPITAL				
1.1 Netto-Position	1.259.089.688,26	1.259.089.688,26	0,0	0,0
1.2 Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital				
1.2.1 Kapitalrücklagen	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses	240.621.538,08	148.400.980,78	92,2	62,1
1.2.3 Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.4 Sonderrücklagen u. ergebnisneutrale EK-Änderungen	3.527,57	3.527,57	0,0	0,0
1.2.5 Stiftungskapital	1.883.960,87	1.883.960,87	0,0	0,0
	242.509.026,52	150.288.469,22	92,2	61,4
1.3 Gesamtbilanzgewinn/-verlust	145.516.486,71	201.341.801,46	-55,8	-27,7
1.4 Anteile Dritter am Eigenkapital	66.147.316,68	64.977.697,78	1,2	1,8
	1.713.262.518,17	1.675.697.656,72	37,6	2,2
2 SONDERPOSTEN				
2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge				
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	176.242.699,04	222.216.984,19	-46,0	-20,7
2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	18.096.478,98	18.211.157,90	-0,1	-0,6
2.1.3 Investitionsbeiträge	29.603.562,84	32.193.864,08	-2,6	-8,0
	223.942.740,86	272.622.006,17	-48,7	-17,9
2.2 Sonstige Sonderposten	38.828.759,98	35.569.636,62	3,3	9,2
	262.771.500,84	308.191.642,79	-45,4	-14,7
3 RÜCKSTELLUNGEN				
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	571.569.107,98	557.061.582,50	14,5	2,6
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	9.708.472,10	4.710.870,16	5,0	106,1
3.3 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	95.993.159,80	90.226.381,56	5,7	6,4
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	11.400.937,92	11.449.333,51	0,0	-0,4
3.5 Sonstige Rückstellungen	163.018.316,16	145.199.317,63	17,8	12,3
	851.689.993,96	808.647.485,36	43,0	5,3
4 VERBINDLICHKEITEN				
4.1 Anleihen	0,00	0,00	0,0	0,0
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen				
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.497.611.530,83	1.446.804.185,14	50,8	3,5
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	29.446.157,06	30.596.363,69	-1,2	-3,8
4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	153.428.215,54	157.048.077,37	-3,6	-2,3
4.2.4 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	4.100.000,00	5.000.000,00	-0,9	-18,0
4.2.5 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,0	0,0
	1.684.585.903,43	1.639.448.626,20	45,1	2,8
4.3 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	4.372.962,79	4.144.909,49	0,2	5,5
4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	73.646.075,23	67.491.643,81	6,2	9,1
4.5 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	18.853.676,77	19.498.762,97	-0,6	-3,3
4.6 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	6.421.348,15	6.555.420,56	-0,1	-2,0
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	103.334.025,23	114.591.872,80	-11,3	-9,8
	1.891.213.991,60	1.851.731.235,83	39,5	2,1
5 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	46.152.580,77	46.022.402,23	0,1	0,3
Summe Passiva	4.765.090.585,34	4.690.290.422,93	74,8	1,6

Gesamtabschluss 2018

2.2 Konsolidierte Ergebnisrechnung

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2018 in €	Ergebnis des Vorjahres 2017 in €	Veränderung in	
				Mio. €	%
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	725.534.400,58	642.804.346,26	82,7	12,9
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	132.454.416,31	126.985.962,50	5,5	4,3
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	16.992.843,70	14.409.883,19	2,6	17,9
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	4.310.683,22	28.652.823,22	-24,3	-85,0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	610.842.373,28	630.141.553,67	-19,3	-3,1
6	Erträge aus Transferleistungen	233.351.588,56	230.592.146,61	2,7	1,2
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	232.050.663,24	267.357.193,17	-35,3	-13,2
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	17.699.216,12	17.745.808,22	0,0	-0,3
9	Sonstige ordentliche Erträge	49.651.129,83	46.535.986,64	3,1	6,7
10	Summe der ordentlichen Erträge	2.022.887.314,84	2.005.225.703,48	17,7	0,9
11	Personalaufwendungen	468.363.217,71	438.376.197,19	29,9	6,8
12	Versorgungsaufwendungen	60.406.339,21	74.254.306,72	-13,8	-18,6
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	614.199.007,20	582.728.423,91	31,5	5,4
14	Abschreibungen	138.846.189,84	134.029.847,55	4,8	3,6
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	116.472.768,02	104.771.450,40	11,7	11,2
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	131.884.029,69	135.432.142,45	-3,5	-2,6
17	Transferaufwendungen	398.161.446,52	394.747.471,52	3,4	0,9
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	34.787.186,45	23.371.930,45	11,4	48,8
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	1.963.120.184,64	1.887.711.770,19	75,4	4,0
20	Verwaltungsergebnis	59.767.130,20	117.513.933,29	-57,7	-49,1
21	Finanzerträge	33.585.085,48	44.643.786,75	-11,1	-24,8
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	58.376.003,65	65.954.551,24	-7,6	-11,5
23	Finanzergebnis	-24.790.918,17	-21.310.764,49	-3,5	-16,3
24	Ordentliches Ergebnis	34.976.212,03	96.203.168,80	-61,2	-63,6
25	Außerordentliche Erträge	89.135.040,72	20.014.160,87	69,1	345,4
26	Außerordentliche Aufwendungen	70.451.172,35	10.643.280,49	59,8	561,9
27	Außerordentliches Ergebnis	18.683.868,37	9.370.880,38	9,3	99,4
28	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	53.660.080,40	105.574.049,18	-51,9	-49,2
29	Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	-17.264.837,85	-20.879.685,23	-3,6	-17,3
Ergebnisverwendung					
30	Ergebnisvortrag aus Vorjahren	201.341.801,46	172.101.565,08	29,2	17,0
31	Zuführung zu den Rücklagen	-92.220.557,30	-55.454.127,57	36,8	66,3
32	Gesamtbilanzgewinn/-verlust	145.516.486,71	201.341.801,46	-55,8	-27,7

Gesamtabschluss 2018

2.3 Konsolidierte Finanzrechnung

Ziffer	Rechen- vor- schrift	Posteninhalt	Ergebnis des Haushalts- jahres 2018 in €
1		Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag einschließlich Ergebnisanteile anderer Gesellschafter)	53.660.080
2	+ / -	Abschreibungen/ Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	131.523.616
3	+ / -	Zunahme/ Abnahme der Rückstellungen	37.325.452
3a	-	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionsweisungen, -beiträge u. -zuschüsse	-17.699.216
4	+ / -	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/ Erträge	-38.491.975
5	- / +	Zunahme/ Abnahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	10.108.028
6	+ / -	Zunahme/ Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-3.430.011
7	- / +	Gewinn/ Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	48.057.746
8	+ / -	Zinsaufwendungen/ Zinserträge	54.304.781
9	-	Sonstige Beteiligungserträge	-19.462.801
10	+ / -	Aufwendungen/ Erträge von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung	7.743.448
11	+ / -	Ertragsteueraufwand/-ertrag	-486.703.703
12	+	Einzahlungen im Zusammenhang mit Erträgen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung	0
13	-	Auszahlungen im Zusammenhang mit Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung	0
14	- / +	Ertragsteuerzahlungen	511.868.799
15		Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 14)	288.804.244
16	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	37.606
17	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-4.867.780
18	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	16.144.680
19	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-237.894.622
20	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	4.256.733
21	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-42.070
22	+	Einzahlungen aus Abgängen aus dem Konsolidierungskreis	0
23	-	Auszahlungen für Zugänge zum Konsolidierungskreis	0
24	+	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0
25	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0
26	+	Einzahlungen im Zusammenhang mit Erträgen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung	0
27	-	Auszahlungen im Zusammenhang mit Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung	-15.800.000
28	+	Erhaltene Zinsen	4.071.223
29	+	Erhaltene Dividenden	24.468.193
30		Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 16 bis 29)	-209.626.037

Gesamtabschluss 2018

Ziffer	Rechen- vor- schrift	Posteninhalt	Ergebnis des Haushalts- jahres 2018 in €
31	+	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	0
32	+	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von anderen Gesellschaftern	0
33	-	Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter des Mutterunternehmens	0
34	-	Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an andere Gesellschafter	0
35	+	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	166.651.860
36	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-120.614.583
37	+	Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/ Zuwendungen	12.532.340
38	+	Einzahlungen im Zusammenhang mit Erträgen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung	0
39	-	Auszahlungen im Zusammenhang mit Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung	0
40	-	Gezahlte Zinsen	-61.115.726
41	-	Gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutterunternehmens	0
42	-	Gezahlte Dividenden an andere Gesellschafter	-16.095.219
43		Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 31 bis 42)	-18.641.327
44		Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 15, 30, 43)	60.536.880
45	+ / -	Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0
46	+ / -	Konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0
47	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	316.163.382
48	=	Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 44 bis 47)	376.700.262
	+	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Liquiditätssicherung	4.100.000
	=	Flüssige Mittel	380.800.262

Gesamtabschluss 2018

3. Anhang

3.1 Allgemeine Angaben

3.1.1 Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen für die Erstellung des Gesamtabchlusses bilden die Hessische Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005, zuletzt geändert durch Artikel 6 vom 21.06.2018, und die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 02. April 2006, zuletzt geändert durch Art. 5 HessenkasseG vom 25.04.2018. Die Hinweise zur GemHVO des hessischen Staatsministeriums des Innern und für Sport wurden beachtet.

Durch den Verweis in § 112 Abs. 7 HGO auf das Handelsgesetzbuch (HGB) sind einige Konsolidierungsvorschriften des HGB auf den Gesamtabschluss anzuwenden. Der Verweis bezieht sich auf die §§ 300 bis 307 HGB (handelsrechtliche Vorschriften zur Vollkonsolidierung) sowie § 311, § 312 HGB und § 290 HGB.

Da ein Verweis auf § 308 HGB fehlt, konnte auf eine einheitliche Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden durch die LHW und die einbezogenen Aufgabenträger verzichtet werden (vgl. 3.2 Hinweise zu § 53 GemHVO).

Die Hinweise zu § 53 GemHVO sehen gem. 5.2 bei der Kapitalkonsolidierung ein Wahlrecht hinsichtlich der Bewertungsmethode vor. Dieses wurde zugunsten der Buchwertmethode ausgeübt.

Gem. 5.4 der Hinweise können (Teil-)Konzernabschlüsse einzubeziehender Aufgabenträger als Konsolidierungsbasis verwendet werden.

Aufrechnungsdifferenzen, die nicht mit vertretbarem Aufwand zu klären waren, dürfen gemäß 6.4 der Hinweise ergebniswirksam verrechnet werden.

3.1.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Im Gesamtabchluss der LHW hat die Kernverwaltung die Funktion des (obersten) Mutterunternehmens. Der Konsolidierungskreis setzt sich daher aus allen verbundenen und assoziierten Unternehmen der LHW zusammen, soweit sie nicht wegen Nachrangigkeit keine Berücksichtigung finden.

Zu den **verbundenen** zählen alle Unternehmen, auf die die LHW einen beherrschenden Einfluss ausübt, ihr also z. B. unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Stimmrechte zusteht. Hierzu zählen auch die Eigenbetriebe.

Stehen der LHW unmittelbar oder mittelbar mind. 20 % bis einschl. 50 % der Stimmrechte zu, wird von einem maßgeblichen Einfluss auf die Geschäfts- und Finanzpolitik des Unternehmens ausgegangen. Diese als **assoziiert** bezeichneten Unternehmen werden mit dem anteiligen Eigenkapital angesetzt.

Gesamtabschluss 2018

Die HGO hat zur Bestimmung des Konsolidierungskreises den Begriff des Aufgabenträgers eingeführt. Die Definition des Aufgabenträgers richtet sich nach den Bestimmungen des § 112 Abs. 5 HGO und bezeichnet eine wirtschaftlich und organisatorisch selbstständige Organisationseinheit in privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Form, die wirtschaftliche, nicht-wirtschaftliche oder hoheitliche Aufgaben der LHW erfüllt. Zu den Aufgabenträgern zählen u. a. rechtlich selbstständige Gesellschaften (z. B. GmbHs) sowie Eigenbetriebe, aber auch Anstalten des öffentlichen Rechts und Stiftungen.

Die Einbeziehung der Feierabendheim Simeonhaus GmbH erfolgte auf Basis eines vorläufigen Jahresabschlusses, da der finale Jahresabschluss zum Zeitpunkt der Erstellung des Gesamtabschlusses noch nicht vorlag.¹⁶

Auf die Einbeziehung der Nassauischen Sparkasse in den Konsolidierungskreis wurde gemäß § 112 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 HGO verzichtet. An sonstigen Anstalten des öffentlichen Rechts ist die LHW nicht beteiligt.

Für den Abwasserzweckverband Flörsheim, an dem die LHW mit 38,5 % beteiligt ist, lagen die Voraussetzungen des § 112 Abs. 5 Nr. 3 HGO grundsätzlich vor. Eine Einbeziehung at equity ist jedoch nicht erfolgt, da der Zweckverband bei der Erstellung und Prüfung seiner Jahresabschlüsse im Verzug ist. Sie würde aufgrund Nachrangigkeit voraussichtlich auch nicht erfolgen.

Bei der Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden handelt es sich um eine rechtlich selbstständige Stiftung, die von der Landeshauptstadt Wiesbaden errichtet wurde und in die 2017 Vermögen (Nassauische Altertümer) eingebracht wurde. Sie ist insofern gemäß § 112 Abs. 5 Nr. 5 HGO in den Gesamtabschluss einzubeziehen. Wegen nachrangiger Bedeutung wird aber auf die Konsolidierung verzichtet.

Aufgabenträger gem. § 112 Abs. 5 Nr. 6 HGO (dies sind Aufgabenträger mit kaufmännischer Rechnungslegung, deren finanzielle Grundlage wegen rechtlicher Verpflichtung wesentlich durch die Gemeinde gesichert wird) gibt es derzeit bei der LHW nicht.

Daher konnte der Begriff des Aufgabenträgers in der LHW auf Unternehmen reduziert werden.

Unternehmen, die zum Konsolidierungskreis zählen, jedoch von nachrangiger Bedeutung für die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LHW sind, müssen nicht in den Gesamtabschluss nach der Vollkonsolidierungsmethode einbezogen werden.

Gemäß den Hinweisen zur Gemeindehaushaltsverordnung, die durch den Erlass „Ausgestaltung der rechtlichen Vorgaben zum Gesamtabschluss“ des HMdIS vom 22.08.2016 modifiziert wurden, ist eine nachrangige Bedeutung von einzelnen Aufgabenträgern anzunehmen, wenn der auf die Gemeinde entfallende Anteil der Bilanzsumme und der auf die Gemeinde entfallende Anteil der ordentlichen Erträge eines Aufgabenträgers 5 % der Summe aller (nicht kon-

¹⁶ Der finale Jahresabschluss der Feierabendheim Simeonhaus GmbH wurde am 15.10.2019 vorgelegt. Die Abweichungen gegenüber der vorläufigen Fassung liegen wertmäßig unter 2.000,00 EUR. Eine Korrektur im Gesamtabschluss 2018 würde einen nicht mehr vertretbaren Aufwand verursachen, im Verhältnis zu den geringen Auswirkungen. Aufgrund dessen wird auf die Korrektur im Gesamtabschluss 2018 verzichtet. Die Änderungen werden im Gesamtabschluss 2019 berücksichtigt.

Gesamtabschluss 2018

solidierten) ordentlichen Erträge und 5% der (nicht konsolidierten) Bilanzsumme aller konsolidierungspflichtigen Unternehmen und der LHW nicht übersteigen. Die LHW muss die Aufgabenträger einbeziehen, wenn beide Wertgrenzen an den Abschlussstichtagen von zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren überschritten werden. Eine Überprüfung erfolgt jährlich.

Aufgabenträger von nachrangiger Bedeutung, die deshalb nicht in den Konsolidierungskreis der LHW aufgenommen wurden sind folgende:

Verbundene Unternehmen

- Exina GmbH
- Bürgersolaranlagen GmbH

Rechtlich selbständige Stiftungen

- Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden

Assoziierte Unternehmen

- DBW Recycling GmbH & Co. KG
- DBW Recycling Verwaltungs GmbH
- Abwasserzweckverband Flörsheim
- EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main GmbH

Die WVV Wiesbaden Holding GmbH wird mit ihren Tochtergesellschaften über den geprüften und testierten Konzernabschluss als Teilkonzern in den Gesamtabschluss einbezogen. Die dort ausgeübten Einbeziehungswahlrechte wurden beibehalten. Im Konsolidierungskreis der WVV ergaben sich im Berichtsjahr folgende wesentliche Veränderungen:

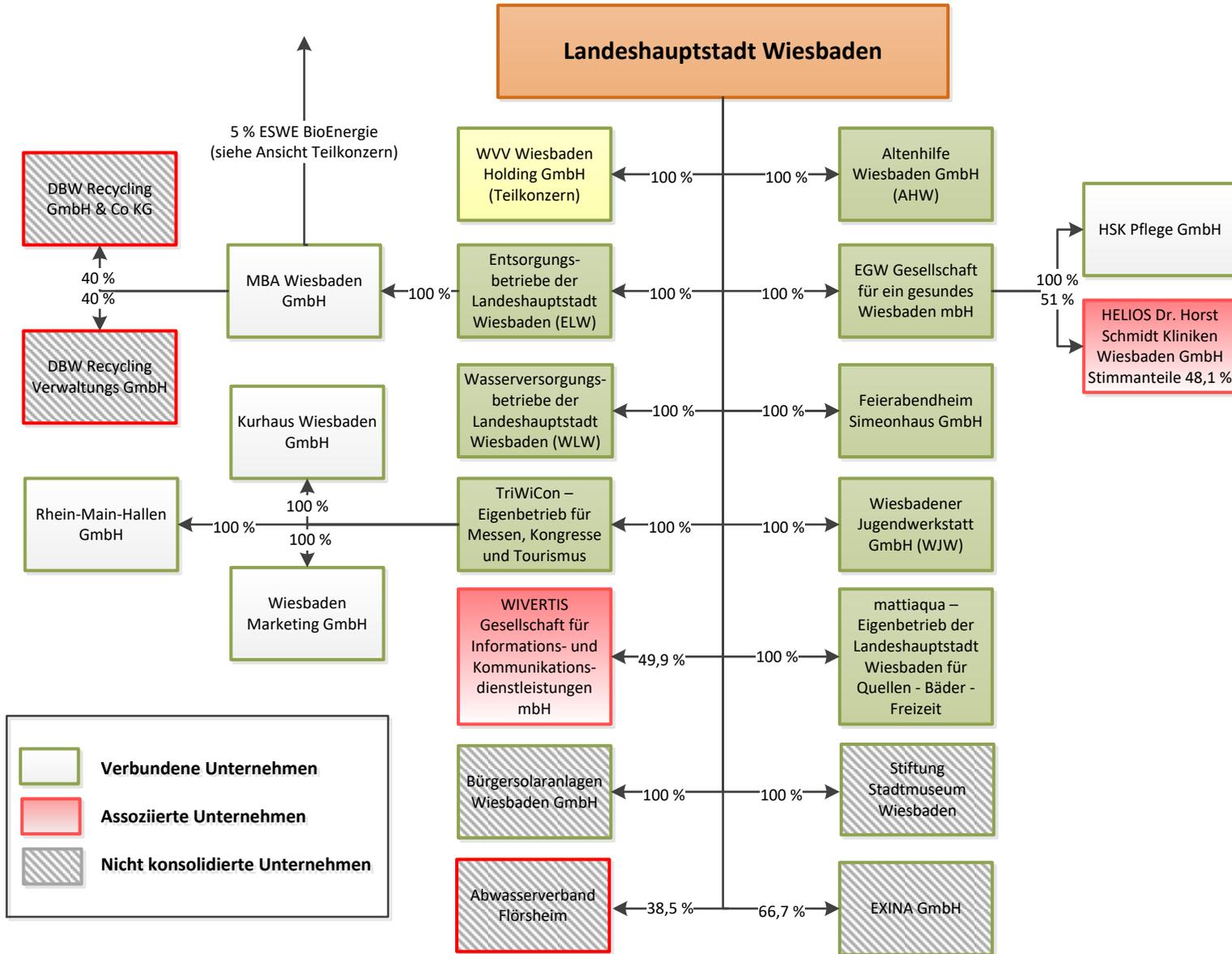
Mit notariellem Vertrag vom 07.12.2018 wurde bei der CityBahn GmbH eine Kapitalerhöhung um 27.041 € auf 77.041 € beschlossen. In diesem Zusammenhang sind der CityBahn GmbH zwei weitere Gesellschafterinnen beigetreten, die die neuen Anteile übernommen haben. Die von der WVV Wiesbaden Holding gehaltenen Anteile an der CityBahn verminderten sich damit von 50,0 % auf 32,45 %.

Die WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG wird schrittweise zunächst auf die WVV Wiesbaden Holding GmbH und anschließend auf die GWI Gewerbeimmobilien GmbH übertragen. Im Berichtsjahr wurden 94,9% der Anteile von der Kernverwaltung auf die WVV Wiesbaden Holding GmbH übertragen.

Eine Übersicht der in den Konsolidierungskreis aktuell einbezogenen Unternehmen ist der folgenden Darstellung zu entnehmen.

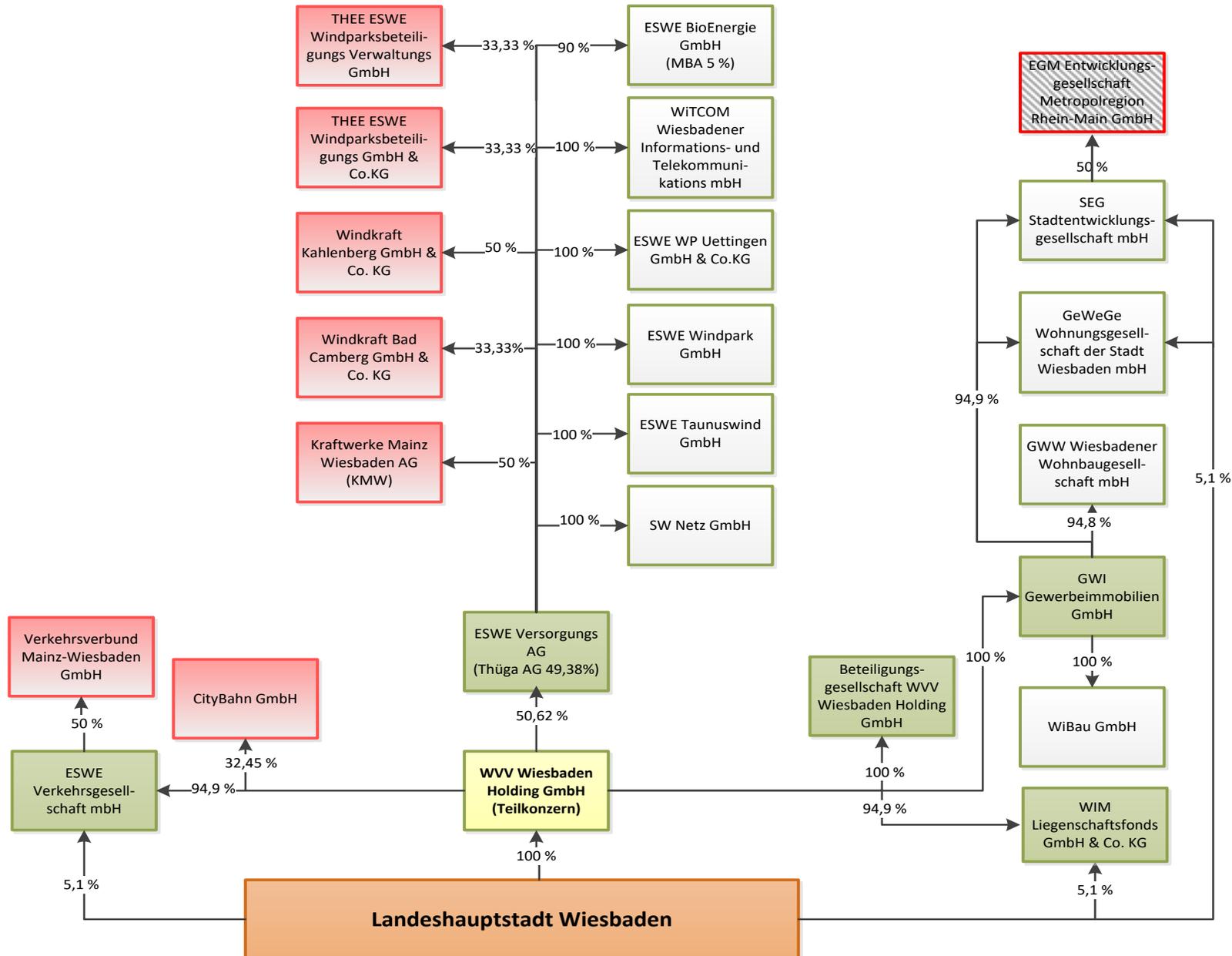
Zu weiteren Angaben gemäß § 55 Abs. 2 GemHVO wird auf den Beteiligungsbericht 2018 verwiesen.

Gesamtabschluss 2018



Ansicht Verbund

Gesamtabschluss 2018



Ansicht Teilkonzern

Gesamtabschluss 2018

3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze

Kommunen erbringen ihre Leistungen gemeinsam mit ihren Beteiligungen. Die Leistungen der LHW werden auch in einem Zusammenwirken der städtischen Ämter mit den Beteiligungen innerhalb des Verbundes erbracht. In einem Gesamtabschluss sind die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gemäß § 297 Abs. 3 HGB nun so darzustellen, als ob die LHW und ihre Aufgabenträger insgesamt ein einziger Aufgabenträger wären. Dazu sind im Rahmen der Gesamtabschlussstellung die internen Verflechtungen zu eliminieren und die Gesamtleistung des Verbundes an Dritte darzustellen. Die Eliminierung erfolgt durch die Kapital-, Schulden-, Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie durch die Zwischenergebniseliminierung.

Kapitalkonsolidierung

Bei der Kapitalkonsolidierung werden die Beteiligungsbuchwerte der Anteile an den einbezogenen Aufgabenträgern mit dem auf diese Anteile entfallenden Eigenkapital der Aufgabenträger verrechnet. Diese Verrechnung ist notwendig, da eine einfache Addition der Buchwerte zu einer Doppelerfassung führen würde.

At-Equity-Konsolidierung

Die at-Equity einbezogenen Aufgabenträger werden mit dem anteiligen Eigenkapital zu Buchwerten angesetzt. Die Wertansätze der Beteiligungen sind nach § 312 Abs. 4 HGB in den Folgejahren um den Betrag der anteiligen Eigenkapitalveränderungen zu erhöhen oder zu vermindern; auf die Beteiligung entfallende Gewinnausschüttungen sind abzusetzen.

At-Equity angesetzte Aufgabenträger	Stand 01.01.2018 in €	anteilige Eigenkapital- veränderung in €	Stand 31.12.2018 in €
HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH*	0	0	0
WIVERTIS Wiesbadener Informations- u. Telekommunikationsgesellschaft mbH	300.566	122.855	423.421

*Ausweis mit 0 € wegen anhaltender Verluste

Die Ansätze sind entsprechend der Entwicklung des Eigenkapitals auf den Stichtag fortgeschrieben.

Gesamtabschluss 2018

Schuldenkonsolidierung

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung gem. § 303 HGB werden gewährte und erhaltene Investitionszuwendungen, Anzahlungen, Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Gesamtabschluss einbezogenen verbundenen Unternehmen einschließlich der LHW sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten eliminiert.

Aufwands- und Ertragskonsolidierung

In der zusammengefassten Ergebnisrechnung werden entsprechend § 305 HGB alle Erträge aus Beziehungen zwischen verbundenen Unternehmen mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet, soweit sie nicht als Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen oder als andere aktivierte Eigenleistungen ausgewiesen werden.

Zwischenergebniseliminierung

§ 304 HGB verlangt, dass in den Gesamtabschluss aufzunehmende Vermögensgegenstände, die ganz oder teilweise auf Lieferungen oder Leistungen zwischen in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträgern beruhen, in der zusammengefassten Vermögensrechnung mit einem Betrag angesetzt werden, zu dem sie angesetzt werden könnten, wenn die in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträger auch rechtlich eine Einheit bilden würden.

Entstandene Gewinne aus Grundstücksverkäufen zwischen den zu konsolidierenden Aufgabenträgern sind neutralisiert worden.

Wesentlichkeit

§ 303 Abs. 2, § 304 Abs. 2 und § 305 Abs. 2 HGB erlauben einen Verzicht auf Konsolidierungsmaßnahmen, wenn die Beträge für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbundes nur von untergeordneter Bedeutung sind. Die Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport zu § 53 GemHVO gehen in 6.5, 7.2, 7.3 und 8.3 auf eine mögliche Quantifizierung ein und verweisen auf die Regelung aus Nr. 2.11 ff. der Hinweise. Die Hinweise sind durch den Erlass vom 22.08.2016 des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport modifiziert. Die hier zugrunde gelegte Wesentlichkeitsgrenze bewegt sich im Rahmen dieser Vorgaben.

Gesamtabschluss 2018

3.1.4 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Auf eine einheitliche Bewertung wurde verzichtet, da gemäß Nr. 3.2 der Hinweise des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport zu § 53 GemHVO von den Aufgabenträgern auch bei abweichenden Ansatz- und Bewertungsvorschriften grundsätzlich keine Anpassung der Posten für den Gesamtabschluss vorgenommen werden muss. Im Folgenden werden daher lediglich kurzfristig die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der LHW, des WVV Konzerns und der ELW wiedergegeben, die am Stichtag 46 % (LHW), 40 % (WVV) und 8 % (ELW) also insgesamt rd. 94 % zum Gesamtvermögen des Verbundes der LHW und ihrer Aufgabenträger beitrugen. Im Übrigen wird auf die jeweiligen Darstellungen in den Einzelabschlüssen verwiesen.

AKTIVA

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet und werden linear nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Investitionszuschüsse an Dritte sind als immaterielle Vermögensgegenstände ausgewiesen und werden grundsätzlich über den Zeitraum der Zweckbindung abgeschrieben.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Für die Eröffnungsbilanzwerte der Kernverwaltung der LHW wurden die entsprechenden Sonderregelungen zugrunde gelegt. Die Nutzungsdauer für die Vermögensgegenstände der Kernverwaltung der LHW orientiert sich grundsätzlich an der kommunalen Abschreibungstabelle Hessen, für die Aufgabenträger an den handelsrechtlichen Vorschriften. Für den Deponiekörper findet die leistungsabhängige Abschreibung nach § 7 Abs. 1 Satz 6 EStG Anwendung.

Finanzanlagen

Bei der Bewertung der Eigenbetriebe kommt in der Kernverwaltung die fortgeführte Eigenkapitalspiegelbildmethode zur Anwendung, bei den sonstigen Aufgabenträgern sind die Finanzanlagen zu Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls - bei voraussichtlich dauerhafter oder vorübergehender Wertminderung - unter Absetzung außerplanmäßiger Abschreibungen.

Umlaufvermögen

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden - soweit keine Verbrauchsfiktion unterstellt und folglich kein Wert angesetzt wurde - zu durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen bewertet. Zudem wurde das strenge Niederstwertprinzip beachtet. Fertige und unfertige Erzeugnisse und Leistungen werden zu Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten bewertet. Bestandsrisiken aufgrund langer Lagerdauer oder verminderter Verwertbarkeit wird grundsätzlich durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

Gesamtabschluss 2018

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und flüssige Mittel sind grundsätzlich zum Nennbetrag angesetzt. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Ausfallrisiken durch angemessene Einzelwertberichtigungen sowie durch pauschale Wertberichtigungen berücksichtigt worden.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Aktive latente Steuern

Gem. § 274 HGB wurde bei den Aufgabenträgern von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die aktiven latenten Steuern nicht in der Bilanz auszuweisen. Auf eine gesonderte Ermittlung von aktiven latenten Steuern auf Ebene des Gesamtabschlusses wird entsprechend der Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport verzichtet.

PASSIVA

Eigenkapital

Die Nettoposition (Basiskapital) ergab sich als Saldo von Vermögen mit (zweckgebundenen) Rücklagen, Sonderrücklagen und Schulden in der Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung zum 01.01.2007. Diese verändert sich nur, wenn ein Verlustvortrag durch die Ergebnisse der folgenden 5 Jahre nicht ausgeglichen werden kann. Dies war bisher nicht erforderlich.

Sonderposten

Erhaltene Zuschüsse für Investitionen, Zuweisungen und Beiträge sind als Sonderposten ausgewiesen und werden, soweit sie einem einzelnen Vermögensgegenstand zuzuordnen sind, grundsätzlich ertragswirksam über den gleichen Zeitraum wie der bezuschusste Vermögensgegenstand aufgelöst. In allen anderen Fällen erfolgt die Auflösung linear über die durchschnittliche Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögenskategorie. Pauschale Investitionszuwendungen werden über 20 Jahre aufgelöst (z. B. Schulbaupauschale, allgemeine Investitionspauschale und Baukostenzuschüsse, soweit diese nicht aktivisch abgesetzt sind).

Mit Einführung des Gesamtabschlusses wurde die Bilanzierung der Sonderposten im Verbund grundsätzlich vereinheitlicht. Zuwendungen für Investitionen wurden bei den Aufgabenträgern vor dem 01.01.2012 teilweise von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Die Auflösung des Kanalbeitragsfonds erfolgt linear über 33 Jahre.

Gesamtabschluss 2018

Rückstellungen

Die Berechnung der **Pensions- und Beihilferückstellungen** erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG. Den nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten liegt unter Verwendung der Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck¹⁷ für die **Kernverwaltung der LHW** ein Rechnungszinsfuß von 4,5 % zugrunde. Dieser liegt über dem nach handelsrechtlichen Grundsätzen zum 31.12.2018 anzusetzenden Zinsfuß von 3,21 %, aber deutlich unter dem in § 41 Abs. 6 GemHVO vorgesehenen Rechnungszins von 6 %.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen der **Aufgabenträger** sind nach der Anwartschaftsbarwertmethode unter Berücksichtigung künftiger Entwicklungen sowie vereinfachend gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB ermittelt. Für die Bewertung der Pensionsrückstellungen kommt der zehnjährige Durchschnittszinssatz von Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 15 Jahren zur Anwendung. Dieser beträgt zum 31.12.2018 3,21%.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle bis zur Bilanzerstellung bekannt gewordenen ungewissen Schulden sowie sonstige Risiken, die das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen. Sie sind in Höhe der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Ausgaben zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag bewertet. Leibrenten wurden mit ihrem Barwert (Kapitalwert) bilanziert.

Passive Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Passive latente Steuern

Passive latente Steuern werden weder von der Kernverwaltung der LHW noch von den Aufgabenträgern ausgewiesen. Auf eine gesonderte Ermittlung von passiven latenten Steuern wird auf der Ebene des Gesamtabschlusses verzichtet.

¹⁷ Die Heubeck Richtwerttafeln beinhalten die errechnete Lebenserwartung. Im Gesamtabschluss 2018 kamen erstmals die neu herausgegebenen Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck zur Anwendung. Im Gesamtabschluss 2017 wurden für die Berechnung der Pensionsrückstellungen die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck verwendet. Den aktuellen Heubeck Richttafeln liegen die neuesten Statistiken der gesetzlichen Rentenversicherung und des Statistischen Bundesamtes hinsichtlich Entwicklung der Sterblichkeit zu Grunde.

Gesamtabschluss 2018

KAPITALFLUSSRECHNUNG:

Auf die Kapitalflussrechnung findet gemäß § 54 GemHVO der Deutsche Rechnungslegungsstandard (DRS) 21 Anwendung.

Während im DRS 2 die Angabe der Vorjahreswerte verpflichtend geregelt war, ist dies gemäß DRS 21 nur noch empfohlen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden macht von diesem Wahlrecht Gebrauch.

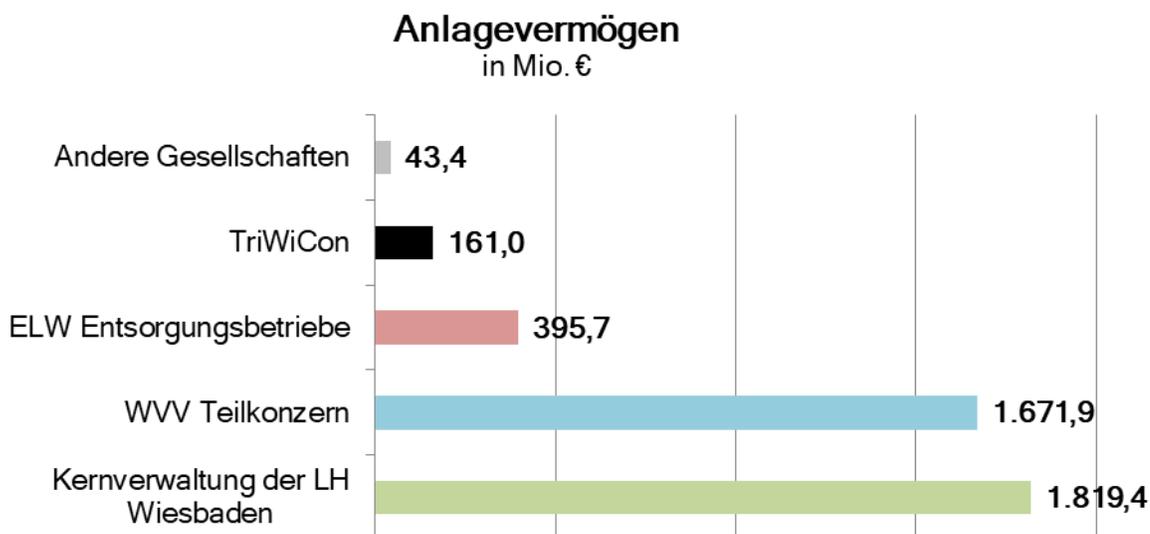
Gesamtabschluss 2018

3.2 Erläuterungen zu den Posten der konsolidierten Vermögensrechnung

3.2.1 Anlagevermögen

Das Anlagevermögen ist im Berichtszeitraum auf 4.091,4 Mio. € (VJ 4.038,1 Mio. €) gestiegen.

Es verteilt sich auf die LHW und ihre Aufgabenträger wie folgt:



Die detaillierte Entwicklung des Anlagevermögens im Gesamtabschluss zeigen die folgenden Erläuterungen sowie der Anlagenspiegel (Anlage 1).

Immaterielle Vermögensgegenstände

Im Berichtsjahr sind die immateriellen Vermögensgegenstände leicht gesunken und belaufen sich auf 34,6 Mio. €.

Materiell wichtigste Position sind die von der Kernverwaltung i. H. v. 27,9 Mio. € geleisteten Investitionszuschüsse, insbesondere für die Bereiche Kultur, Sport, Kinderbetreuung und Umwelt.

Gesamtabschluss 2018

Sachanlagevermögen

Im Berichtsjahr erhöhte sich das Sachanlagevermögen insgesamt um 89,2 Mio. €.

Die folgende Tabelle verdeutlicht die Veränderungen:

Sachanlagevermögen in Mio. €	
Stand Sachanlagevermögen zum 01.01.2018	3.302,3
Zugänge	237,9
Abschreibungen (abzgl. Zuschreibungen)	-123,4
Umbuchungen	-0,9
Konzernkreisveränderungen	0,0
Abgänge (abzgl. Abschreibungen auf Abgänge)	-24,4
Stand Sachanlagevermögen zum 31.12.2018	3.391,5

Die Zusammensetzung der Zugänge zeigt die folgende Tabelle:

Gesamtabschluss 2018

Zugänge Sachanlagevermögen in Mio. €	
Grundstücke Hainweg	36,0
Bau u. Sanierung von Wohngebäuden	52,4
Schulen / Kindertagesstätten	24,3
Neubau RheinMain CongressCenter Wiesbaden (RMCC)	22,2
Betriebs- und Verwaltungsgebäude einschl. Bürgerhäuser	5,0
Energieverteilungsanlagen	18,7
Abwassersammelungs- und -reinigungsanlagen	6,8
Citybahn / ESWE Verkehr	1,8
Sonstiges Infrastrukturvermögen (Straßen, Beleuchtung, LSA etc.)	10,9
Technische und andere Anlagen	7,3
Fuhrpark (einschl. Personennahverkehrsfahrzeuge)	9,1
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5,9
Sonstiges	37,5
Summe	237,9

Abgänge aus dem Sachanlagevermögen sind im Wesentlichen unbebaute Grundstücke Hainweg. Aufgrund der Rechtskraft des Baulandumlegungsplanes für das Baulandumlegungsverfahren „Hainweg U 99“ wurden die Grundstücke neu bewertet und gingen in diesem Zusammenhang mit 12,9 Mio. € ab und mit 36,0 Mio. € wieder zu. Der Buchwert erhöhte sich somit um 23,1 Mio. €.

Gesamtabschluss 2018

Das Sachanlagevermögen ist zum einen geprägt durch bebaute und unbebaute Grundstücke, zum anderen durch das Infrastrukturvermögen.

in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	2.279,0	2.036,6	242,4 ↑
Wohngebäude (einschließlich Grund und Boden)	815,1	773,4	41,7
Schulgebäude (einschließlich Grund und Boden)	501,1	479,0	22,1
Sonstige Betriebsgebäude (einschließlich Grund und Boden)	269,9	108,3	161,6
Verwaltungs- und Bürogebäude (einschließlich Grund und Boden)	120,3	125,8	-5,5
Unbebaute Grundstücke	201,3	182,5	18,8
Sonstiges	371,3	367,6	3,7

Im Berichtsjahr erhöhte sich diese Bilanzposition um 242,4 Mio. € auf 2.279,0 Mio. €. Zusammen mit den Schulgebäuden (501,1 Mio. €) bilden die Wohngebäude (815,1 Mio. €) die bedeutendsten Positionen in diesem Segment.

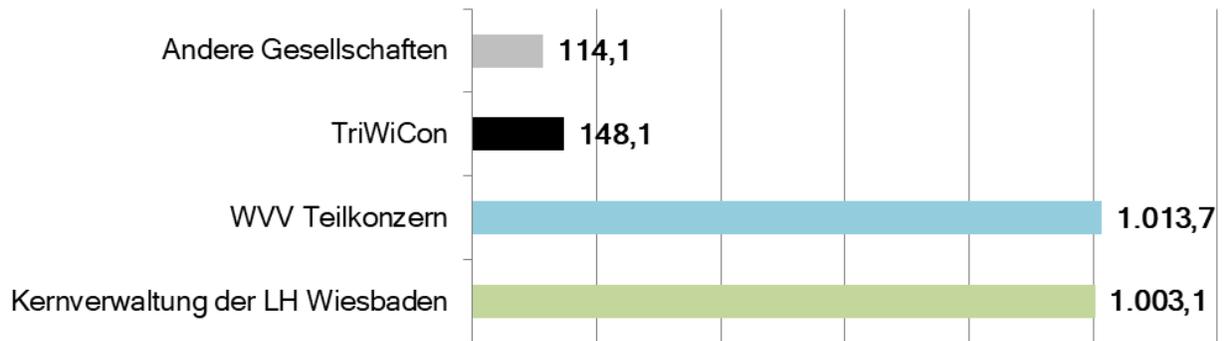
Die Steigerung ist im Wesentlichen auf die Bilanzposition sonstige Betriebsgebäude zurückzuführen, in welche die Fertigstellung des RMCC einfließt.

Den wertmäßig größten Anteil haben die Kernverwaltung der LHW und der WVV-Teilkonzern, darüber hinaus erlangt die TriWiCon durch den Bau des RMCC mehr Bedeutung. Aus diesem Grund wird die TriWiCon an dieser Stelle mit aufgeführt.

Gesamtabschluss 2018

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken

in Mio. €



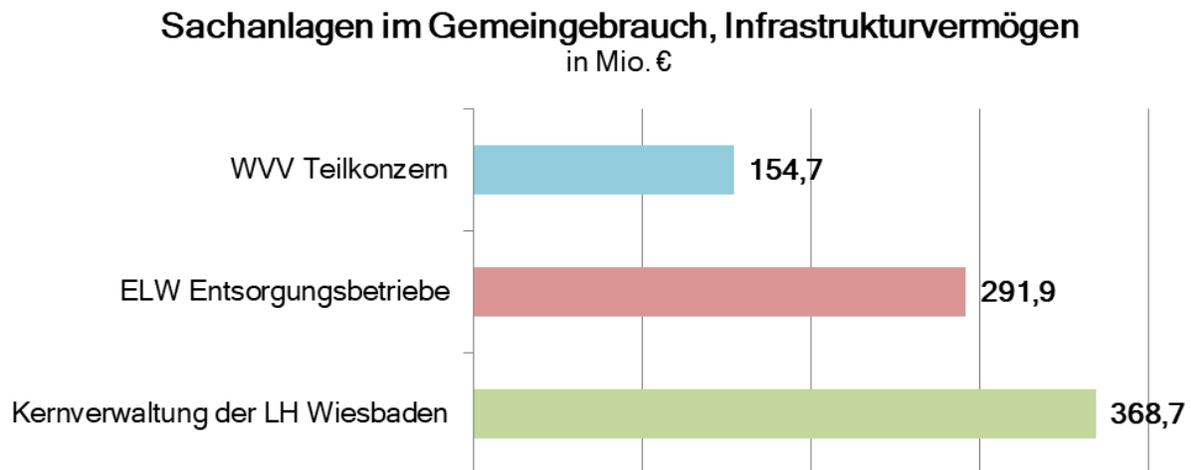
Die Sachanlagen im Gemeingebrauch und das Infrastrukturvermögen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung
Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	815,3	823,0	-7,7 ↓
Kanalisation, Kläranlagen	283,5	287,2	-3,7 ↓
Straßen, Wege, Plätze	173,8	183,7	-9,9 ↓
Energieversorgungsnetz	154,7	148,2	6,5 ↑
Kultur- u. Naturgüter, öffentliche Grünflächen, Friedhofsanlagen	65,2	65,2	0,0 →
Wald	50,1	48,2	1,9 ↑
Sonstiges	88,0	90,5	-2,5 ↓

Im Berichtsjahr beträgt das Infrastrukturvermögen 815,3 Mio. €. Wesentliche Positionen sind die Kanalisation und Kläranlagen mit 283,5 Mio. €, Straßen, Wege und Plätze mit 173,8 Mio. € sowie das Energieversorgungsnetz mit 154,7 Mio. €. Der Werteverzehr bei den Straßen spiegelt das subjektive Gefühl bei der Benutzung des öffentlichen Straßennetzes.

Gesamtabschluss 2018

Das Infrastrukturvermögen verteilt sich auf die Kernverwaltung der LHW, die ELW und den WVV-Teilkonzern:



Gesamtabschluss 2018

Finanzanlagen und sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen

Im Berichtsjahr ist insgesamt ein Rückgang des Finanzanlagevermögens um 33,5 Mio. € auf 491,7 Mio. € (Vorjahr 525,2 Mio. €) zu verzeichnen. Dies ist auf die Ausgliederung der rechtlich selbständigen Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden (-39,8 Mio. € s.o.) zurückzuführen und wird durch den Kauf weiterer Anteile am Spezialfonds bei der Deka Bank (+15,8 Mio. €) kompensiert. In dem Spezialfonds ist ein Teil der Erlöse aus dem Teilverkauf der ESWE Versorgungs AG an die Thüga AG aus dem Jahre 2001 angelegt.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen beinhalten die nicht konsolidierten Aufgabenträger von nachrangiger Bedeutung sowie die fiduziarischen Stiftungen der Landeshauptstadt.

Den größten Anteil am Finanzanlagevermögen tragen aber die Beteiligungen an der KMW mit 145,1 Mio. €, an der Kom9 GmbH & Co. KG (Thüga) mit 124,6 Mio. € sowie an der Nassauischen Heimstätte mit 18,1 Mio. € bei.

Die sonstigen Ausleihungen bestehen u. a. aus einem Schuldscheindarlehen in Höhe von 35,7 Mio. € bei der DZ-Bank (Anlage der Erlöse aus dem Teilverkauf der ESWE Versorgungs AG an die Thüga AG aus dem Jahre 2001). Darüber hinaus beinhalten die Ausleihungen im Wesentlichen niedrig verzinsten Darlehen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung. Zudem wird hier die stille Einlage der WVV Holding an der Nassauischen Sparkasse i. H. v. 30 Mio. € ausgewiesen.

Die Landeshauptstadt hat ihren Anteil an der Nassauischen Sparkasse aufgrund ministerieller Verfügung von 2007 ohne Passivierung eines Sonderpostens mit 173,6 Mio. € bilanziert. Der Wert des Anteils beläuft sich per 31.12.2017 auf 309,0 Mio. €. Da eine Zuschreibung über die Anschaffungskosten hinaus aber nicht möglich ist wird der Wert von 173,6 Mio. € beibehalten.

Gesamtabschluss 2018

3.2.2 Umlaufvermögen

Im Berichtsjahr ist das Umlaufvermögen (639,5 Mio. €) erneut gestiegen (VJ 618,3 Mio. €).

Die wesentlichen Positionen sind neben den flüssigen Mittel von nunmehr 380,8 Mio. € die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (154,3 Mio. €).

Die Restlaufzeiten der Forderungen sind dem Forderungsspiegel (Anlage 2) zu entnehmen.

3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert und beträgt im Berichtsjahr 34,2 Mio. €. Er beinhaltet u. a. Anspar- und Sonderbeiträge von Landesdarlehen (3,4 Mio. €) sowie im Dezember 2018 gezahlte Transferaufwendungen (20,9 Mio. €) und Beamtenbezüge (4,8 Mio. €) für den Januar des Folgejahres.

Gesamtabschluss 2018

3.2.4 Eigenkapital

Das Eigenkapital erhöhte sich im Berichtszeitraum um 37,6 Mio. € auf 1.713,3 Mio. €.

in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung
Eigenkapital	1.713,3	1.675,7	37,6 ↑
Netto-Position	1.259,1	1.259,1	0,0 →
Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital	242,5	150,3	92,2 ↑
Gesamtbilanzgewinn/-verlust	145,5	201,3	-55,8 ↓
Anteile Dritter am Eigenkapital	66,1	65,0	1,1 ↑

Die Nettosition der LHW beträgt 1.259,1 Mio. €. Da ab dem Jahr 2011 keine ergebnisneutralen Korrekturen der Eröffnungsbilanz mehr möglich sind, bleibt die Nettosition insoweit unverändert.

Zum 01.01.2018 wurde der Jahresüberschuss der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aus 2017 i. H. v. 92,2 Mio. € in die Rücklage eingestellt, so dass diese sich entsprechend erhöht hat.

In dieser Position ebenfalls enthalten ist das Stiftungskapital i. H. v. 1,9 Mio. €.

Der Gesamtbilanzgewinn reduzierte sich um 55,8 Mio. € auf 145,5 Mio. €. Er setzt sich aus dem um die Anteile Dritter reduzierten Gesamtjahresergebnis, dem Ergebnisvortrag sowie den Entnahmen bzw. Zuführungen zu den Rücklagen zusammen.

Die Anteile Dritter am Eigenkapital, die einen Ausgleichsposten für fremde Gesellschafter darstellen, sind annähernd unverändert.

Die detaillierte Entwicklung des Eigenkapitals kann dem Eigenkapitalpiegel (Anlage 3) entnommen werden.

Gesamtabschluss 2018

3.2.5 Sonderposten

Im Berichtsjahr haben sich die Sonderposten mit 262,8 Mio. € (Vorjahr 308,2 Mio. €) weiter verringert. Die detaillierte Entwicklung ist im Sonderpostenspiegel dargestellt (Anlage 4).

Die erhaltenen Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge betreffen in erster Linie mit 209,2 Mio. € die Kernverwaltung der Landeshauptstadt. Davon entfallen 176,2 Mio. € auf Zuweisungen vom öffentlichen Bereich, 8,5 Mio. € auf Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich und 24,5 Mio. € auf Investitionsbeiträge.

Die Zuweisungen vom öffentlichen Bereich beinhalten neben den zweckgebundenen Zuschüssen für Einzelmaßnahmen als größere Positionen die Schulbaupauschale mit 35,2 Mio. € (Vj. 38,9 Mio. €) sowie die allgemeine Investitionspauschale mit 23,9 Mio. € (Vj. 26,6 Mio. €).

Ab dem Jahr 2016 sind die neu erhaltenen Investitions- und Schulbaupauschalen Bestandteil des Kommunalen Finanzausgleichs und werden somit in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

Die sonstigen Sonderposten entfallen auf den WVV-Teilkonzern und beinhalten u. a. Investitionszuschüsse für Baumaßnahmen im geförderten Wohnungsbau.

Gesamtabschluss 2018

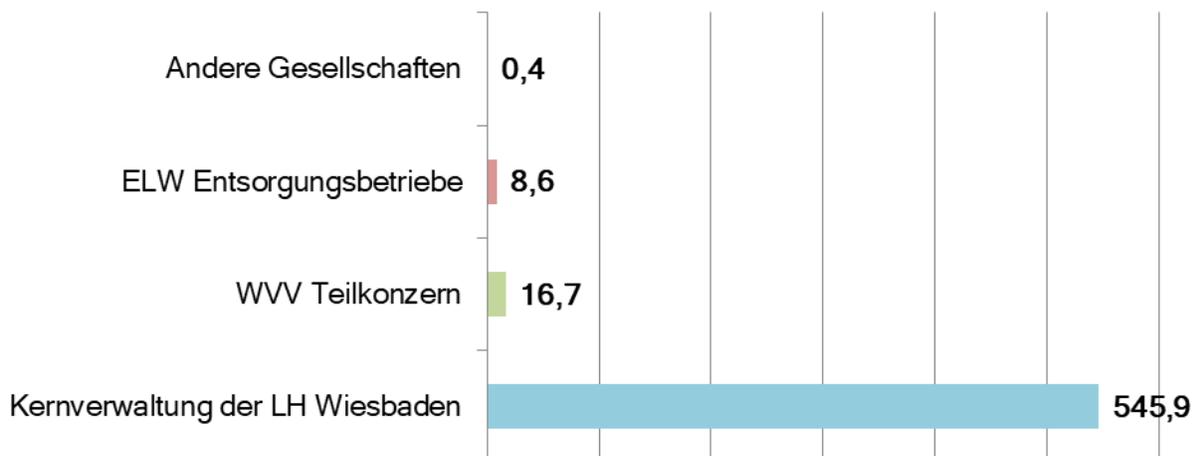
3.2.6 Rückstellungen

Im Berichtsjahr sind die Rückstellungen um 43,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf 851,7 Mio. € gestiegen. Die Entwicklung der Rückstellungen ist im Rückstellungsspiegel (Anlage 5) dargestellt.

in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung
Rückstellungen	851,7	808,6	43,1 ↑
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	571,6	557,1	14,5 ↑
Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	9,7	4,7	5,0 ↑
Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von AbfalldPONEN	96,0	90,2	5,8 ↑
Rückstellungen für die Sanierungen von Altlasten	11,4	11,4	0,0 →
Sonstige Rückstellungen	163,0	145,2	17,8 ↑

Materiell bedeutendste Position mit 571,6 Mio. € sind die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Sie betreffen im Wesentlichen die Kernverwaltung der LHW.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Mio. €



Gesamtabschluss 2018

Unter den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen werden bei der Kernverwaltung zum einen Verpflichtungen für Versorgungsansprüche von Beamtinnen/Beamten und ihren Hinterbliebenen ausgewiesen (472,0 Mio. €). Diese werden derzeit mit einem Zinssatz von 4,5% abgezinst. Unter Anwendung des zehnjährigen Durchschnittszinses nach § 253 Abs. 2 HGB (3,21%) ergeben sich hier stille Lasten in Höhe von rd. 85,5 Mio. €. Real sind diese stillen Lasten höher, da sich diese Verzinsung derzeit am Markt mündelsicher kaum erreichen lässt. Zum anderen wird gemäß der Hessischen Beihilfeverordnung aktiven und ausgeschiedenen Beamtinnen/Beamten und deren beihilfeberechtigten Angehörigen Beihilfe als Zuschuss im Krankheitsfall gewährt (72,3 Mio. €). Beim WVV-Teilkonzern bezieht sich die Rückstellung von 16,7 Mio. € auf Pensionäre und zukünftige Pensionäre.

Die Steigerung der Rückstellungen für Finanzausgleich- und Steuerschuldverhältnisse gehen im Wesentlichen auf die Bildung einer Rückstellung, aufgrund einer Betriebsprüfung bei der TriWiCon und der damit einhergehenden Steuernachzahlung in Höhe von 4,2 Mio. € zurück.

Die Rückstellung für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien i. H. v. 96,0 Mio. € betrifft die Deponie Dyckerhoffbruch und beinhaltet die Oberflächenabdichtung und Nachsorgeleistungen.

Bei der Rückstellung für die Sanierung von Altlasten handelt es sich im Wesentlichen um eine Rückstellung der Kernverwaltung für die Sanierung des Sedra-Geländes i. H. v. 10 Mio. €.

Gesamtabschluss 2018

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von 163,0 Mio. € betreffen mit 117,7 Mio. € im Wesentlichen den WVV Teilkonzern.

Die wesentlichen Posten sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Sonstige Rückstellung (in Mio. €)	31.12.2018
WVV Teilkonzern	
Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Gleitzeit, Beihilfen, Aufwendungen f. Pensionäre, Jubiläen)	20,9
Risikovorsorge für Rückzahlungsverpflichtungen wegen überhöhter Wasserpreise bei der ESWE Versorgungs AG	23,1
Steuerrückstellungen	18,3
Ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen	8,0
Bauinstandhaltungen	3,4
Netzentgelte	1,8
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	7,9
Prozesskosten	3,0
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	
Rückstellungen für den Personalbereich (Leistungsentgelte, Lebensarbeitszeitkonto)	9,3
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	1,8
Rückstellung für drohende Verluste (Simeonhaus KDZ)	3,8
ELW Entsorgungsbetriebe	
Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Überstunden, Altersteilzeit, Jubiläen)	3,4
Kostenüberdeckungen im Entsorgungsbereich	12,8
Rückstellung für Betriebsprüfung	1,3

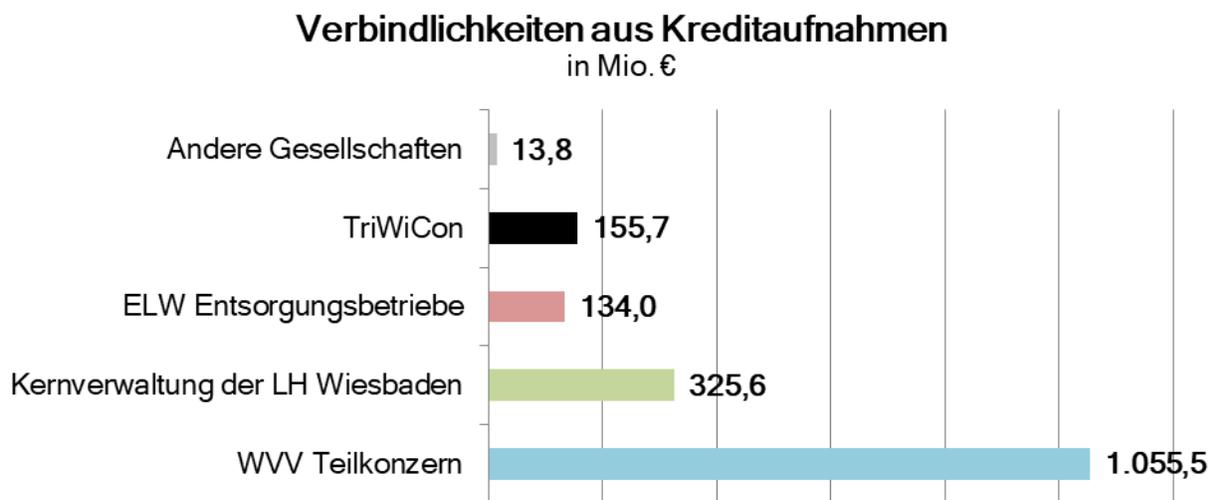
Gesamtabschluss 2018

3.2.7 Verbindlichkeiten

Im Berichtsjahr haben sich die Verbindlichkeiten in Höhe von 1.891,2 Mio. € um 39,5 Mio. € erhöht.

Wesentlich sind hier die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen in Höhe von 1.684,6 Mio. €, die im Vergleich zum Stichtag 31.12.2017 um 45,1 Mio. € gestiegen sind. Im Wesentlichen ist dies auf die Aufnahme eines weiteren Darlehens zur Finanzierung des RMCC zurückzuführen. Deshalb wird die TriWiCon in der nachfolgenden Grafik mit aufgeführt.

Die Aufteilung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen auf die Aufgabenträger ergibt folgendes Bild:



Die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** des WVV Teilkonzerns von 1.055,5 Mio. € verteilen sich auf den Immobilienbereich mit 693,3 Mio. € (Vj. 640,4 Mio. €), die WVV Holding mit 222,2 Mio. € (Vj. 227,2 Mio. €), den Versorgungsbereich mit 121,9 Mio. € (Vj. 131,3 Mio. €) und den Verkehrsbereich mit 18,1 Mio. € (Vj. 23,4 Mio. €).

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten können dem Verbindlichkeitspiegel (Anlage 6) entnommen werden.

3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beträgt im Berichtsjahr 46,2 Mio. € (Vorjahr 46,0 Mio. €). Er enthält im Wesentlichen Einnahmen für Grabnutzungsrechte der LHW i. H. v. 35,7 Mio. €, die zukünftige Jahre betreffen und über den Nutzungszeitraum zeitanteilig ertragswirksam aufgelöst werden.

Gesamtabschluss 2018

3.3 Erläuterungen zur konsolidierten Ergebnisrechnung

3.3.1 Ordentliches Ergebnis

Verwaltungsergebnis

Das Verwaltungsergebnis hat sich gegenüber 2017 auf 59,8 Mio. € verschlechtert und wird im Folgenden erläutert.

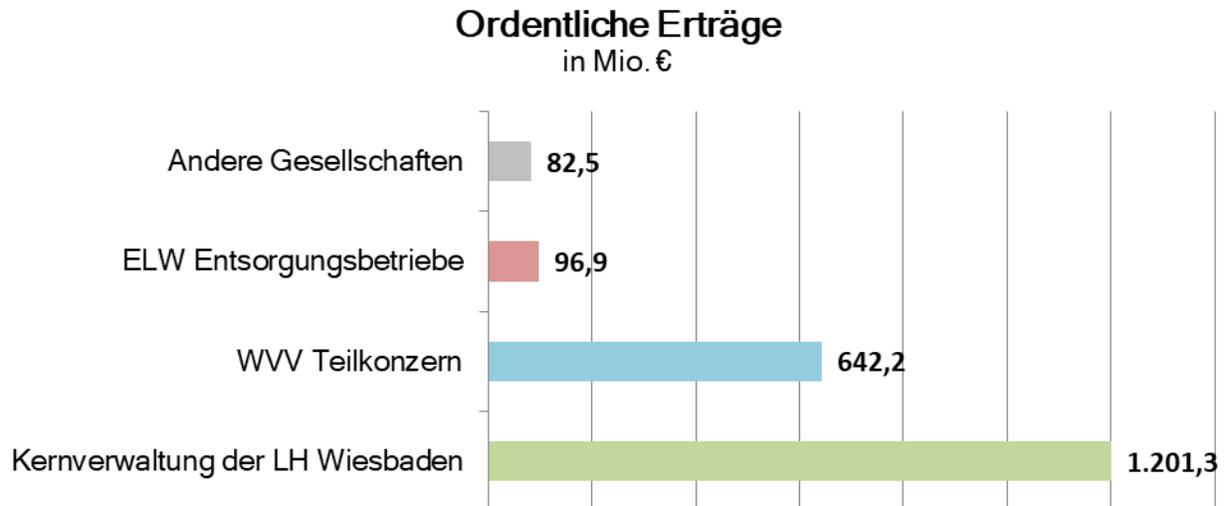
in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung
Verwaltungsergebnis	59,8	117,5	-57,7 ↓
Ordentliche Erträge	2.022,9	2.005,2	17,7 ↑
Ordentliche Aufwendungen	1.963,1	1.887,7	75,4 ↑

Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge in Höhe von 2.022,9 Mio. € sind im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. Sie setzen sich im Wesentlichen aus Leistungsentgelten und Steuern bzw. steuerähnlichen Erträgen zusammen, die gemeinsam 73 % dieser Position ausmachen. Während erstere primär in den ausgegliederten Aufgabenträgern erzielt werden, sind die Erträge aus Steuern, Transferleistungen, Zuweisungen und Zuschüssen zu großen Teilen der Kernverwaltung der LHW zuzuordnen.

Gesamtabschluss 2018

Die ordentlichen Erträge verteilen sich folgendermaßen auf die LHW und ihre Aufgabenträger:



in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung
Leistungsentgelte	858,0	769,8	88,2 ↑
Versorgung	387,9	382,7	5,2 ↑
Entsorgung	80,3	80,6	-0,3 ↓
Verkehr	52,5	47,7	4,8 ↑
Immobilien	203,1	136,1	67,0 ↑
Sonstiges	134,2	122,7	11,5 ↑

Mit Versorgungsleistungen werden rd. 45 % der privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte erzielt. Von 387,9 Mio. € entfallen 243,3 Mio. € auf die Strom- und 87,9 Mio. € auf die Gasversorgung.

Die Erhöhung der Leistungsentgelte ist insbesondere auf die Sparte Immobilien zurückzuführen. Hintergrund war im Wesentlichen der Verkauf von Grundstücken im Entwicklungsgebiet Hainweg in Wiesbaden-Nordenstadt von der SEG.

Gesamtabschluss 2018

Die **Kostenersatzleistungen und -erstattungen** i. H. v. 17,0 Mio. € (Vj. 14,4 Mio. €) sind leicht gestiegen und entfallen nahezu ausschließlich auf die Kernverwaltung. Größter Einzelposten sind die Erstattungen des Landes für Unterhaltsvorschussleistungen i. H. v. 6,0 Mio. €.

Die **Bestandsveränderungen und aktivierten Eigenleistungen** von 4,3 Mio. € entfallen im Wesentlichen auf die Wohnungs- und Projektentwicklungsgesellschaften und spiegeln den Abrechnungsprozess des Bau- und Projektgeschäftes wider. Im Berichtsjahr wird eine Bestandsminderung von 5,9 Mio. € ausgewiesen. Die aktivierten Eigenleistungen beliefen sich auf 10,2 Mio. €.

Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen betragen im Berichtsjahr 610,8 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr haben sie sich um 19,3 Mio. € verringert.

in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung
Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	610,8	630,1	-19,3 ↓
Gewerbsteuer (vor Gewerbesteuerumlage)	314,5	336,7	-22,2 ↓
Einkommensteuer	173,3	178,0	-4,7 ↓
Grundsteuer	60,8	59,6	1,2 ↑
Umsatzsteuer	36,3	31,5	4,8 ↑
Sonstiges	25,9	24,3	1,6 ↑

Den mit 51 % größten Anteil an den Steuern hat die Gewerbsteuer i. H. v. 314,5 Mio. €, die sich um 22,2 Mio. € reduziert hat. Die Gewerbesteuererträge entfallen ausschließlich auf die Kernverwaltung der LHW.

Die **Erträge aus Transferleistungen** liegen im Berichtsjahr nahezu wie im Vorjahr und betragen 233,4 Mio. € (Vj. 230,6 Mio. €). Sie entfallen auf die Landeshauptstadt Wiesbaden und unterliegen abrechnungsbedingten Schwankungen. Hier enthalten sind unter anderem die Erstattungen bzw. Kostenbeteiligungen von Bund und Land für Sozialausgaben. Den Erträgen stehen entsprechende Aufwendungen gegenüber.

Gesamtabschluss 2018

Die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen** betragen im Berichtsjahr 232,1 Mio. € (Vj. 267,4 Mio. €). Sie setzen sich im Wesentlichen aus Zuweisungen bzw. Zuschüssen von Bund und Land zusammen und beinhalten auch die Mittel aus dem Finanzausgleich (Schlüsselzuweisungen). Im Berichtsjahr erhielt die Kernverwaltung der LHW 36,2 Mio. € weniger Schlüsselzuweisungen aus dem Finanzausgleich.

Von den **Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten** (empfangenen Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen) i. H. v. 17,7 Mio. € (Vj. 17,7 Mio. €) entfallen 13,3 Mio. € auf die Kernverwaltung der LHW. Die Auflösung erfolgt zeitbezogen nach Maßgabe der Erfüllung der Verpflichtung aus dem Zuwendungsverhältnis.

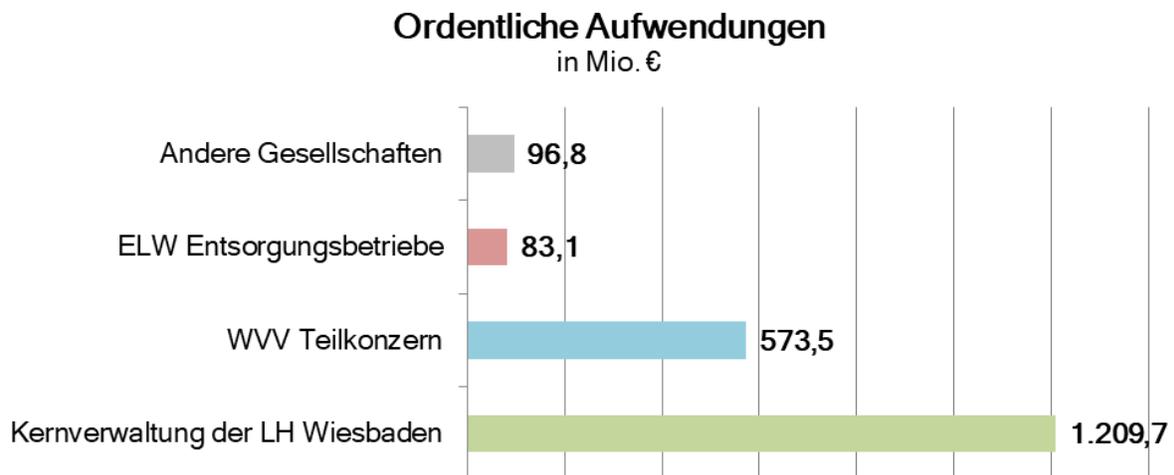
Die **sonstigen ordentlichen Erträge** i. H. v. 49,7 Mio. € (Vj. 46,5 Mio. €) beinhalten unter anderem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen i. H. v. 28,7 Mio. € (Vj. 24,6 Mio. €).

Gesamtabschluss 2018

Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen im Berichtsjahr belaufen sich auf 1.963,1 Mio. € (Vj. 1.887,7 Mio. €).

Die Verteilung auf die Aufgabenträger ist der nachstehenden Grafik zu entnehmen.



Gesamtabschluss 2018

Die **Personalaufwendungen** belaufen sich auf 468,4 Mio. €.

Die **Versorgungsaufwendungen** betragen 60,4 Mio. € und enthalten den Aufwand für die Ruhestandsbeamten und für die aktiven Beamten.

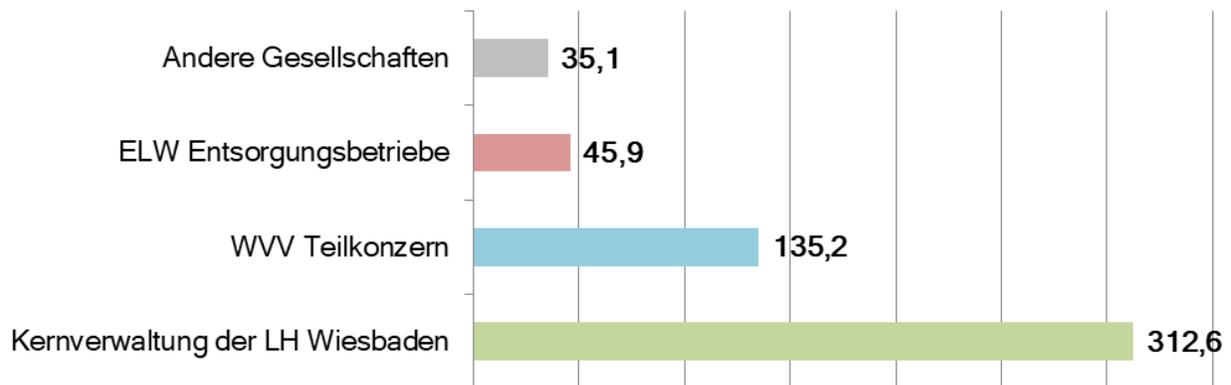
in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung
Personalaufwendungen	468,4	438,4	30,0 ↑
Versorgungsaufwendungen	60,4	74,2	-13,8 ↓
Summe	528,8	512,6	16,2 ↑
Arbeitnehmerentgelte	326,9	304,4	22,5 ↑
Beamtenbezüge (einschl. Versorgungsbezüge)	109,3	122,1	-12,8 ↓
Sozialaufwendungen (ausgenommen die Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung)	72,8	67,4	5,4 ↑
Sonstige Personalaufwendungen	19,8	18,7	1,1 ↑

Die Personalaufwendungen sind nicht zuletzt durch die gestiegenen Mitarbeiterzahlen höher als im Vorjahr ausgefallen. Die Versorgungsaufwendungen schwanken u. a. durch sich ändernde versicherungsmathematische Annahmen. Hierzu zählen beispielsweise geänderte Sterbetafeln, Änderungen der Besoldung, Ein- und Austritte sowie Beförderungen.

Auf die Aufgabenträger verteilt stellen sich die Personal- und Versorgungsaufwendungen folgendermaßen dar:

Gesamtabschluss 2018

Personal- und Versorgungsaufwendungen in Mio. €



Mit 312,6 Mio. € entfallen auf die Kernverwaltung der LHW rd. 60 % der Personalaufwendungen. Dies entspricht ungefähr dem Anteil der LHW an der Gesamtmitarbeiterzahl.

Eine Übersicht über die Anzahl und Verteilung der Mitarbeiter ist unter Punkt 3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu finden.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** betragen im Berichtsjahr 614,2 Mio. € und sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	614,2	582,7	31,5 ↑
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	328,0	300,5	27,5 ↑
Aufwendungen für bezogene Leistungen, Reparaturen und Instandhaltung	118,5	130,6	-12,1 ↓
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	107,8	95,9	11,9 ↑
Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	59,9	55,7	4,2 ↑

Enthalten sind Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe und bezogene Waren i.H.v. 328,0 Mio. €, Aufwendungen für bezogene Leistungen, Reparaturen und Instandhaltungen i. H. v. 118,5 Mio. €, Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten i. H. v. 107,8 Mio. € sowie sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen i. H. v.

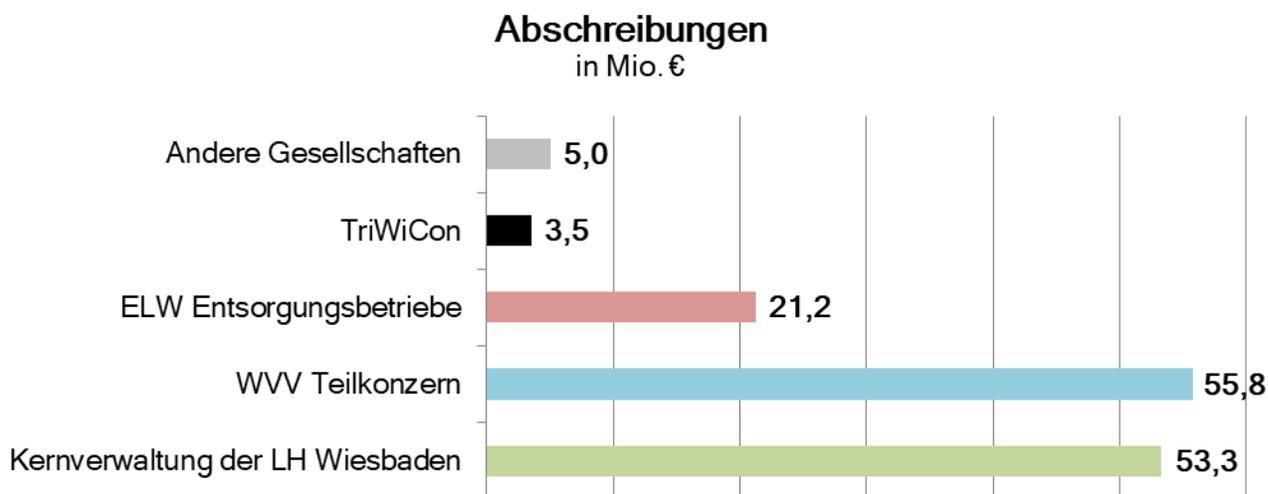
Gesamtabschluss 2018

59,9 Mio. €. Die Erhöhung der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren geht vor allem auf den Kauf der Liegenschaft American Arms durch die SEG zurück.

Die **Abschreibungen** betragen im Berichtsjahr (ohne außerplanmäßige Abschreibungen) 138,8 Mio. €. Sie sind gegenüber dem Vorjahr um 4,8 Mio. € gestiegen. Sie können im Anlagenpiegel (Anlage 1) detailliert nachvollzogen werden.

in Mio. €	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung
Abschreibungen	138,8	134,0	4,8 ↑
Abschreibungen auf aktivierte Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge	5,7	5,8	-0,1 ↓
Sonstige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	2,5	2,6	-0,1 ↓
planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	118,0	113,5	4,5 ↑
Wertberichtigungen auf Forderungen	12,6	12,1	0,5 ↑

Die Abschreibungen betreffen folgende Aufgabenträger. Die TriWiCon wird hierbei mit aufgeführt wegen der Erhöhung der Abschreibungen, bedingt durch den Bau des neuen RMCC:



Gesamtabschluss 2018

Mit **Aufwendungen für Zuweisungen, Zuschüsse und besondere Finanzaufwendungen** in Höhe von 116,5 Mio. € (Vj. 104,8 Mio. €) hat die Kernverwaltung im Berichtsjahr u. a. folgende Einrichtungen/ Institutionen unterstützt:

- das Hessische Staatstheater (19,4 Mio. €)
- Kindertagesstätten der evangelischen Regionalverwaltung Wiesbaden (17,4 Mio. €)
- den Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden in Hessen (9,7 Mio. €)
- den AWO Kreisverband Wiesbaden (7,0 Mio. €)
- den Caritasverband Wiesbaden-Rheingau (2,2 Mio. €)
- die Europa-Schule Dr. Obermayr (2,8 Mio. €)
- die gemeinnützigen Känguru Kindertagesstätten (2,9 Mio. €)
- die Wiesbadener Musik- und Kunstschule (2,5 Mio. €)
- das Nachbarschaftshaus Wiesbaden e.V. (2,2 Mio. €)

Die **Steueraufwendungen** sind mit 131,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (135,4 Mio. €) nahezu unverändert, stellen ausschließlich Umlageverpflichtungen der LHW dar und betreffen u. a. die Umlage an den Landeswohlfahrtsverband (77,1 Mio. €), die Gewerbesteuerumlage (48,0 Mio. €) sowie die Krankenhausumlage (6,8 Mio. €).

Die **Transferaufwendungen** i. H. v. 398,2 Mio. € (Vj. 394,7 Mio. €) entfallen ausschließlich auf die Kernverwaltung der LHW. Sie stellen die Aufwendungen für soziale Leistungen dar. Größte Positionen sind die Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) mit 225,5 Mio. €, nach dem SGB XII (u.a. Grundsicherung im Alter) mit 78,5 Mio. € und sonstige soziale Leistungen an natürliche Personen i. H. v. 93,7 Mio. €.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** in Höhe von 34,8 Mio. € beinhalten u.a. Aufwendungen aus Steuern, Konzessionsabgaben und Personalgestellung.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis beträgt - 24,8 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr (- 21,3 Mio. €) geringfügig verringert.

Finanzerträge

Die Finanzerträge i. H. v. 33,6 Mio. € (Vj. 44,6 Mio. €) resultieren im Wesentlichen aus folgenden Positionen:

Gesamtabschluss 2018

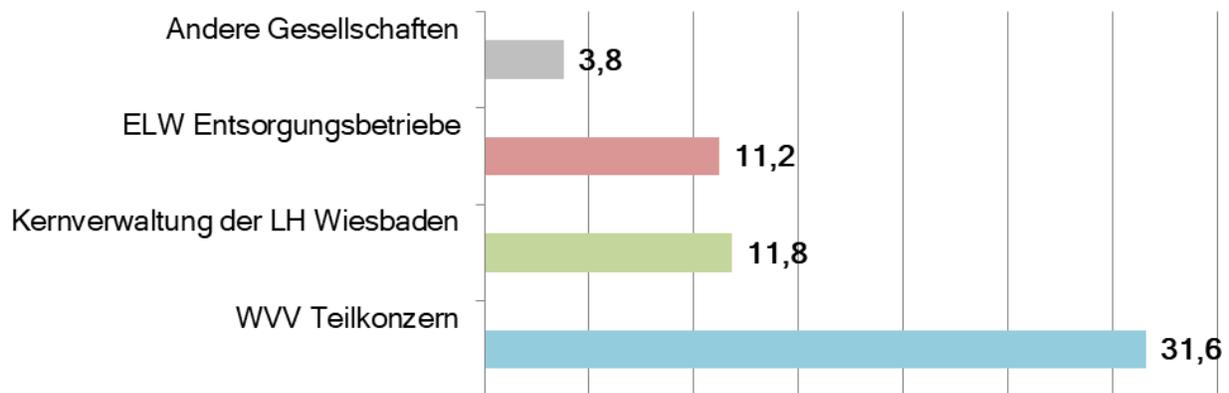
- Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen (4,6 Mio. €)
- Erträge aus anderen Beteiligungen (14,5 Mio. €)
- Erträge aus Ausleihungen (4,1 Mio. €)
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (10,1 Mio. €).

Sowohl die Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen als auch die Erträge aus anderen Beteiligungen entfallen fast ausschließlich auf den WVV-Teilkonzern. Überwiegend handelt es sich dabei einerseits um Erträge aus der Beteiligung an den Kraftwerken Mainz-Wiesbaden AG und andererseits um die Erträge aus der Beteiligung an der Kom9 GmbH & Co.KG, die indirekt Anteile an der Thüga AG hält.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen verringerten sich zum Stichtag 31.12.2018 um 7,6 Mio. €, belaufen sich nunmehr auf 58,4 Mio. € und entfallen zum überwiegenden Teil auf den WVV-Teilkonzern.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Mio. €



Gesamtabschluss 2018

3.3.2 Außerordentliches Ergebnis

Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge betragen im Berichtsjahr 89,1 Mio. € (Vj. 20,0 Mio. €) und setzen sich im Wesentlichen aus den nachfolgenden Posten zusammen:

- Erträge aus dem Abgang von Sachanlagevermögen (9,5 Mio. €)
- Andere periodenfremde Erträge (1,9 Mio. €)
- Sonstige außerordentliche Erträge (77,7 Mio. €)

Die **Erträge aus dem Abgang von Sachanlagevermögen** sind größtenteils auf die Kernverwaltung der LHW zurückzuführen (9,0 Mio. €). Es handelt sich u. a. um Erträge aus diversen Grundstücksverkäufen.

Die **anderen periodenfremden Erträge** sind mehrheitlich im WVV-Teilkonzern (1,1 Mio. €) entstanden.

Die **sonstigen außerordentlichen Erträge** sind der Kernverwaltung der LHW zuzuordnen. Sie setzen sich zusammen aus Bewertungsgewinnen durch Grundstücksumlegungen im Hainweg (36,5 Mio. €) und durch Erträge aus der Auflösung eines Sonderpostens (38,7 Mio. €). Der Sonderposten betrifft die Sammlung der Nassauischen Altertümer die in die Stiftung Stadtmuseum eingebracht wurde und nunmehr zusammen mit der Stiftung Stadtmuseum ausgegliedert wird.

Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen betragen im Berichtsjahr 70,5 Mio. € und setzen sich im Wesentlichen aus den nachfolgenden Posten zusammen:

- Außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielles u. Sachanlagevermögen (5,3 Mio. €)
- Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen (17,7 Mio. €)
- Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen (39,8 Mio. €)
- andere periodenfremde Aufwendungen (2,1 Mio. €)
- sonstige außerordentliche Aufwendungen (5,4 Mio. €)

Die **außerplanmäßigen Abschreibungen** entfallen i. H. v. 2,9 Mio. € auf die Kernverwaltung der LHW und i. H. v. 2,4 Mio. € auf die WVV. Die Kernverwaltung der LHW minderte den Wert des Grundstückes Wilhelmstr 1, wegen der Bestellung des Erbbaurechtes zugunsten der Ernst-Stiftung, die hier ein Museum errichtet und betreibt. Die WVV hat die Liegenschaft „Walhalla“ außerplanmäßig abgeschrieben, wegen der voraussichtlich dauerhaften Wertminderung.

Gesamtabschluss 2018

Bei den **Verlusten aus dem Abgang von Sachanlagevermögen** handelt es sich v. a. um Aufwendungen der Kernverwaltung der LHW (15,9 Mio. €), die überwiegend durch Grundstücksumlegungen entstanden sind.

Bei den **Verlusten aus dem Abgang von Finanzanlagen** i. H. v. 39,8 Mio. € handelt es sich um Aufwendungen die im Rahmen des Abgangs der rechtlich selbständigen Stiftung Stadtmuseum entstanden sind. Den Aufwendungen stehen die Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für die Nassauischen Altertümer gegenüber.

Die **anderen periodenfremden Aufwendungen** entfallen mit 2,1 Mio. € auf den WVV-Teilkonzern.

Die **sonstigen außerordentlichen Aufwendungen** betreffen in vollem Umfang die Kernverwaltung der LHW. Hier enthalten ist u. a. der Aufwand zwecks Bildung einer Rückstellung gegenüber der KDZ i. H. v. 3,8 Mio. €. Die Kernverwaltung der LHW gab seinerzeit eine Bürgschaft für eventuelle Ansprüche der KDZ gegen die Gesellschaft Simeonhaus.

Bei den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen wirken sich vor allem die Buchgewinne und Verluste aus Anlagenabgängen aus. Daher weist diese Position naturgemäß stärkere Schwankungen auf.

3.3.3 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis

Das anderen Gesellschaftern zustehende Ergebnis i. H. v. 17,3 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen den Anteil der Thüga AG an der ESWE Versorgungs AG.

Gesamtabschluss 2018

3.4 Erläuterungen zur konsolidierten Finanzrechnung

Die Finanzrechnung (Kapitalflussrechnung) zeigt, wodurch sich der Finanzmittelfonds im Berichtsjahr verändert hat. In der Finanzrechnung werden die Einzahlungen und Auszahlungen ausgewiesen. Sie bezeichnen den Zufluss bzw. Abfluss der liquiden Mittel. Die Einzahlungen und Auszahlungen sind das doppelte Pendant zu den kameralen Einnahmen und Ausgaben. Der Saldo aus Ein- und Auszahlungen wird als Cashflow bezeichnet. Die Finanzrechnung unterscheidet zwischen dem Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit, dem Cashflow aus Investitionstätigkeit und dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit. Die Summe der drei Cashflows stellt die Veränderung des Finanzmittelfonds dar.

Der **Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit** wird über die sogenannte „indirekte Methode“ hergeleitet. Bei der indirekten Methode bildet das Jahresergebnis den Ausgangspunkt der Berechnungen. Das Jahresergebnis beläuft sich im Berichtsjahr auf 53,7 Mio. €. Um ausgehend vom Jahresergebnis den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit zu errechnen, wird das Jahresergebnis um die nicht zahlungsrelevanten Erträge (z. B. Auflösung von Rückstellungen) sowie die Zunahme von Forderungen und Abnahme von Verbindlichkeiten vermindert und um die nicht zahlungsrelevanten Aufwendungen (z. B. Abschreibungen, Erhöhung der Rückstellungen) sowie Abnahme von Forderungen und Zunahme von Verbindlichkeiten erhöht. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit lag im Jahr 2018 bei 288,8 Mio. €. Ein wesentlicher Teil der Differenz zwischen dem Jahresergebnis und dem Cashflow aus der laufenden Verwaltungstätigkeit geht auf die Abschreibungen i. H. v. 131,5 Mio. € und die Nettoerhöhung der Rückstellungen i. H. v. 43,0 Mio. €¹⁸ zurück.

Der **Cashflow aus Investitionstätigkeit** fasst die Zahlungsströme aus Investitionen und Desinvestitionen zusammen. Die Zusammensetzung der Zu- und Abgänge im Anlagevermögen sind im Anlagenspiegel erläutert. Im Berichtsjahr wurden u. a. für 15,8 Mio. € neue Anteile des Deka Spezialfonds angeschafft. Wesentliche nicht zahlungswirksame Sachverhalte wurden herausgerechnet, wie die Ausgliederung der Stiftung Stadtmuseum und die Übertragung und Abtretung von 94,9 % der WIM Liegenschaftsfonds GmbH und Co.KG an die WVV Wiesbaden Holding GmbH zu Buchwerten. Der Cashflow aus Investitionstätigkeit beträgt - 209,6 Mio. €.

Der **Cashflow aus Finanzierungstätigkeit** ist der Saldo aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Finanzierung. Hier enthalten sind Einzahlungen aufgrund von Kreditaufnahmen, Auszahlungen für die Tilgung von Krediten, aber auch Zinszahlungen für diese Kredite. Aufgrund der berücksichtigten „Kreditkosten“ ist der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit negativ, trotzdem in 2018 mehr Kreditmittel aufgenommen als zurückgeführt wurden. Der Cashflow aus Finanzierung beläuft sich auf -18,6 Mio. €.

Die Summe der drei Cashflows ergibt 60,5 Mio. € und stellt die **zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds** dar. Zum 31.12.2018 summiert sich der **Finanzmittelfonds** damit auf

¹⁸ Nettoerhöhung der Rückstellungen gemäß Bilanz 43,0 Mio. €. In der Kapitalflussrechnung findet sich dieser Betrag in den Ziffern 3 (37,3 Mio. €), 10 (7,7 Mio. €) und 14 (-2,0 Mio. €) wieder.

Gesamtabschluss 2018

376,7 Mio. €. Er besteht aus den flüssigen Mitteln i. H. v. 380,8 Mio. €, reduziert um die kurzfristigen Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung i. H. v. 4,1 Mio. €.

Gesamtabschluss 2018

3.5 Sonstige Angaben

3.5.1 Haftungsverhältnisse

Die Kernverwaltung der LHW hat sich bei zahlreichen Grundstücksgeschäften dazu verpflichtet, eventuell anfallende Kosten für die Beseitigung von Altlasten (u. a. Bodenverunreinigung, Kampfmittelräumung) zu übernehmen. Beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften wird eine Aufstellung über diese Verpflichtungen geführt. Diese Liste der Haftungsverhältnisse ist nicht abschließend, da in einigen Fällen eine Altlastenübernahme ohne konkrete Summenbeschränkungen oder Laufzeiten vereinbart wurden.

Die Kernverwaltung der LHW ist Mitglied im Sparkassenzweckverband Nassau neben der Stadt Frankfurt sowie vier Landkreisen in Hessen und zwei Landkreisen in Rheinland-Pfalz. Der Verband ist Mitglied im Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Er ist ein Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16.12.1969 und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau vom 13.12.1990, zuletzt geändert am 09.03.2011). Der Zweckverband ist Gewährträger der Nassauischen Sparkasse. Nach dem grundsätzlichen Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 haftet ein Träger nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen für Verbindlichkeiten seiner Sparkasse, die bis zum 18. Juli 2005 vereinbart wurden und auch nur dann, sofern diese nicht aus dem Vermögen der Sparkasse befriedigt werden können.

Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander nach dem Verhältnis der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Mitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse und aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindarlehen. Der Anteil der Kernverwaltung LHW beträgt aktuell 31 %. Aus heutiger Sicht bestehen keine Haftungsrisiken für die Gewährträger.

Gesamtabschluss 2018

Gesellschaft	Art des Haftungsverhältnisses	Höhe der Haftung in Mio. €		Änderung
		2018	2017	
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	Ausfallbürgschaften (da diese Bürgschaften Eventualverbindlichkeiten darstellen, sind sie gemäß § 251 HGB hier aufgeführt):			
	Bürgschaften für Außenstehende	6,0	6,2	-0,2
	HELIOS Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GmbH	50,4	53,6	-3,2
	WV Wiesbaden Holding GmbH	198,9	204,1	-5,2
	GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH	96,7	102,6	-5,9
	ESWE Versorgungs AG	49,8	58,7	-8,9
	GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der LH Wiesbaden mbH	70,5	73,2	-2,7
	ESWE Verkehrsgesellschaft mbH	17,6	22,2	-4,6
	SEG für Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH	7,9	13,2	-5,3
	AltenHilfe Wiesbaden GmbH	0,8	3,1	-2,3
	GWI Gewerbeimmobilien GmbH	3,1	3,1	0,0
	WIM Liegenschaftsfonds GmbH Co. KG	12,4	9,4	3,0
	Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	2,6	3,1	-0,5
	WI-Bau GmbH	32,7	26,5	6,2
Summe:		549,4	579,0	-29,6
WV Teilkonzern	Treuhandverbindlichkeiten	9,2	8,5	0,7
	Verpflichtungen aus gegebenen Patronatserklärungen	50,0	50,0	0,0
Summe:		59,2	58,5	0,7

Gesamtabschluss 2018

3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen

Gesellschaft	Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen	Höhe der Verpflichtung in Mio. €		Änderung
		2018	2017	
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	Verpflichtungen aus Mietverträgen inkl. NK Vorausz.	12,0	12,1	-0,1
	IT-Dienstleistungsvertrag WIVERTIS inkl. Zusatzausstattung	14,0	13,4	0,6
	Verpflichtungen aus Betriebskostenzuschüssen an die Kindertagesstätten der freien Träger	60,6	53,5	7,1
	Straßenbeleuchtungsvertrag mit ESWE	1,9	1,7	0,2
WWV Teilkonzern	Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen	82,3	43,1	39,2
	Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen	16,4	12,0	4,4
	Verpflichtungen aus Zusagen von Kreditverträgen	46,4	50,7	-4,3
	Verpflichtung aus Personalgestellungsverträgen	0,9	0,6	0,3
	Verpflichtungen aus sonstigen Verträgen	0,7	0,7	0,0
	Verpflichtung aus der Nutzung eines Gasspeichers	7,6	8,1	-0,5
ELW Entsorgungsbetriebe	Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen	12,9	7,4	5,5
	Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen	0,2	0,5	-0,3
Kurhaus Wiesbaden GmbH	Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen	0,2	0,1	0,1
Wiesbaden Marketing GmbH	Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen	1,0	1,2	-0,2
Rhein-Main-Hallen GmbH	Verpflichtungen aus Leasingverträgen für KFZ und Büroausstattung	0,3	0,2	0,1

Gesamtabschluss 2018

Gesellschaft	Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen	Höhe der Verpflichtung in Mio. €		Änderung
		2018	2017	
WJW Wiesbadener Jugend- werkstatt	sonstige finanzielle Verpflichtungen	1,8	2,1	-0,3
mattiaqua	Verpflichtung aus Mietvertrag für Büroräume	0,2	0,1	0,1
	Verpflichtung aus IT- und Telekommunikationsdienstleistungen	0,6	0,3	0,3
	Unterhaltung Thermalbd Aukammtal	1,0	1,1	-0,1
	Unterhaltung Rettbergsaue	0,1	0,0	0,1
WIM Liegenchafts- fonds GmbH & Co. KG	Verpflichtungen aus Zusagen von Kreditverträgen (2018 im WVV Teilkonzern enthalten s.o.)		4,0	-4,0
	Verpflichtungen aus laufenden Bauvorhaben (2018 im WVV Teilkonzern enthalten s.o.)		4,1	-4,1
Summe:		261,1	208,9	5,3

Darüber hinaus bestehen bei mehreren Gesellschaften des WVV Konzerns derivative Finanzinstrumente zur Risikoabsicherung. Zum Bilanzstichtag wurden für alle Geschäfte die Marktwerte ermittelt. In sämtlichen Fällen wurde zwischen dem derivativen Finanzinstrument und dem Grundgeschäft eine Bewertungseinheit gebildet, so dass keine Rückstellungen für drohende Verluste passiviert werden mussten. Zur Feststellung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird die „Critical Terms Match-Methode“ verwendet. Die Bilanzierung sämtlicher Bewertungseinheiten erfolgt nach der „Einfrierungsmethode“.

Zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos von langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Zins-Swap-Geschäfte abgeschlossen. Es handelt sich um micro hedge-Beziehungen, da das aus einem Darlehen resultierende Zinsänderungsrisiko durch ein einziges Sicherungsinstrument (Swap) abgesichert wird. Insgesamt bestehen Swap-Geschäfte mit einem Nominalwert 143,2 Mio. €. Aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung haben diese am Bilanzstichtag in Summe einen negativen Marktwert in Höhe von 14,1 Mio. €. Die Zins-Swap-Geschäfte werden jeweils in Zusammenhang mit der Aufnahme bzw. Prolongation konkreter Darlehen abgeschlossen. Die Marktwerte werden anhand der sich aus den Vereinbarungen in Zukunft ergebenden Zahlungsströme unter Zugrundelegung der erwarteten Zinsentwicklung ermittelt.

Gesamtabschluss 2018

Die mittels Termingeschäften beschafften Energiebezüge von Strom und Gas werden mit den in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit anfallenden Absatzgeschäften in eine Bewertungseinheit gebracht. Da die Beschaffung dem Absatz zeitlich vorgelagert ist, handelt es sich um antizipatives Hedging.

Gesamtabschluss 2018

3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter im Unternehmensverbund der LHW stellt sich im Berichtsjahr folgendermaßen dar¹⁹:

Gesellschaften	Beschäftigte	Beamte	Gesamt	Veränderung zum Vorjahr
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	3.610	975	4.585	121 ↑
EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH	6	0	6	2 ↑
HSK Pflege GmbH	3	0	3	0 →
Feierabendheim Simeonhaus GmbH	2	0	2	0 →
AHW AltenHilfe Wiesbaden GmbH	174	0	174	48 ↑
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	220	0	220	-2 ↓
ELW Entsorgungsbetriebe	741	7	748	38 ↑
MBA Wiesbaden GmbH	2	0	2	0 →
TriWiCon	76	0	76	0 →
Kurhaus Wiesbaden GmbH	21	0	21	1 ↑
Wiesbaden Marketing GmbH	17	0	17	2 ↑
Rhein-Main-Hallen GmbH	28	0	28	3 ↑
Mattiaqua (Bäderbetrieb)	122	1	123	10 ↑
Wasserversorgungsbetriebe der LHW (WLW)	6	0	6	0 →
WVV-Teilkonzern* (mit WIM Liegenschaftsfonds)	2.016	0	2.016	92 ↑
Gesamt	7.044	983	8.027	315 ↑
* Unternehmen im WVV Teilkonzern siehe untere Tabelle				

¹⁹ Es handelt sich um die gemittelte Kopfzahl pro Jahr. Beschäftigte die wegen unbezahlter Beurlaubung oder Erkrankung nicht am jährlichen Dienstbetrieb teilnahmen sind nicht berücksichtigt. Auszubildende sind ebenfalls nicht aufgeführt. Abgeordnete, gestellte oder überlassende Beschäftigte werden vom aufnehmenden Unternehmen genannt.

Gesamtabschluss 2018

Gesellschaften des WVV Teilkonzerns	Beschäftigte	Beamte	Gesamt	Veränderung zum Vorjahr
WVW Wiesbaden Holding GmbH	11	0	11	4 ↑
ESWE Versorgungs AG	568	0	568	9 ↑
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH	1.062	0	1.062	67 ↑
WiTCOM GmbH	30	0	30	1 ↑
WiBau GmbH	22	0	22	3 ↑
Beteiligungsgesellschaft WVV Holding GmbH	0	0	0	0 →
SEG GmbH	52	0	52	8 ↑
GWW GmbH	146	0	146	-6 ↓
GWI Gewerbeimmobilien GmbH	0	0	0	0 →
WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG	1	0	1	-1 ↓
SW Netz GmbH	117	0	117	7 ↑
GeWeGe Wohnungsgesellschaft mbH	0	0	0	0 →
ESWE BioEnergie GmbH	7	0	7	0 →
ESWE Taunuswind GmbH	0	0	0	0 →
ESWE Windpark GmbH	0	0	0	0 →
ESWE WP Uettingen GmbH & Co. KG	0	0	0	0 →
Summe Teilkonzern	2.016	0	2.016	92 ↑

Gesamtabschluss 2018

3.5.4 Mitglieder Stadtverordnetenversammlung/Magistrat

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind im Folgenden genannt.

Stadtverordnetenvorsteher:	Stellvertreter/innen:
Gabriel, Christa	David, Michael Enders, Gabriele Große, Claus-Peter Seidensticker, Eberhard von Seemen, Ingo Wernergold, Jürgen
Weitere Stadtverordnete zum 31.12.2018:	
Altintop-Nelson, Nedret	Mensching, Fredy
Andes-Müller, Dorothee	Michna, Hans-Achim (ab 01.10.2018)
Angor, Dorothea	Mucha, Monika
Apel, Michaela	Müller Dr., Eckhard
Bachhofen, Vanessa	Nickel, Wolfgang
Bachmann, Christian	Obergfell, Hans-Michael
Becht, Monika	Oschmann, Petermartin
Belz, Stephan	Pfeifer, Rainer
Beyes, Aglaja	Preinl, Thomas
Bohrer, Hartmut	Röck-Knüttel, Nicole
Braun, Karl	Rottloff, Simon
Breuer, Stefan	Ruf, Nadine
Bröder, Wilfried	Rutten, Sebastian
Coigné, Mechthilde	Schmehl, Hendrik
Delbasteh Dr., Rashid	Schmitz Dr., Sven-Uwe
Denzer, Manuel	Schuchalter-Eicke, Gabriele
Deusser-Betin, Jutta	Schulz, Dimitri
Diers, Christian	Schulz, Joachim
Egert, Urban	Schulz, Peter
Forßbohm, Brigitte	Schwalbach, Lucas
Gores, Wolfgang	Schwarzer, Julia
Güler, Sibel	Seipel-Rotter, Hendrik (ab 19.11.2018)
Hagenmüller, Axel	Sobek, Jörg
Hasemann-Trutzel, Hans-Joachim	Spallek, Stefan (bis 30.09.2018)
Hebenstreit, Anita	Spruch, Claudia
Heller, Monika	Temmen, Sandra
Hinninger, Christiane	Uebersohn Dr., Gerhard
Kienast-Dittrich, Renate	Vogt, Petra
Kisseler, Felix	Volk-Borowski, Dennis
Knauer, Christa	Völker Dr., Reinhard
Koch, Simone	Wagner, Erika
Küpper, Konstanze	Wallmann, Astrid
Lambrou, Robert	Weck, André
Lohrmann, Andrea	Weinerth, Sarah
Lorenz, Bernhard	Wilhelmy, Veit
Lork Dr., Klaus-Dieter	Winkelmann, Alexander
Lüderitz, Wilfried	Wittkowski Dr., Bernd

Gesamtabschluss 2018

Maritzen, Ronny

Die Mitglieder des Magistrats in 2018 waren:

Oberbürgermeister	
Gerich, Sven	
Bürgermeister	
Franz Dr., Oliver	
hauptamtliche Magistratsmitglieder:	ehrenamtliche Magistratsmitglieder:
Bendel, Detlev (bis 30.09.2018) Kessler, Hans-Martin Kowol, Andreas Manjura, Christoph Imholz, Axel (Stadtkämmerer)	Becker, Nathalie Brenneis Dr., Helga Gaßner, Markus Goebel, Michael Jentsch Dr., Doris Kaffenberger, Bodo Nehrbaß, Helmut Reinhardt Dr., Tilli-Charlotte Schlempp, Dieter Schuster, Rainer Skolik, Helga Tomaschky-Fritz, Helga Winkelmann, Ulrich Wolf, Gabriele Wolz, Ivo

Wiesbaden, den 28.11.2019



Imholz
Stadtkämmerer

Anlagen

Gesamtabschluss 2018

Anlage (1) Anlagenspiegel

Position	Anschaffungs- und Herstellungskosten in EUR						Abschreibungen in EUR					Buchwerte in EUR	
	Stand zum 01.01.	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Wertänderung At Equity Methode	Stand zum 31.12.	Stand zum 01.01.	Zuschreibungen des Berichtsjahres	Abschreibungen des Berichtsjahres	Abschreibungen auf Abgänge	Stand zum 31.12.	Stand zum 31.12.	Stand zum 01.01.
1 Anlagevermögen	6.914.233.363	258.604.473	86.528.515	0	-5.256.058	7.081.053.263	2.876.124.066	605	131.524.221	18.031.749	2.989.615.933	4.091.437.329	4.038.109.297
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	93.515.672	4.867.780	4.588.386	891.270	0	94.686.337	56.466.314	0	8.153.727	4.551.019	60.069.022	34.617.315	37.049.358
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	30.810.594	2.040.470	604.860	657.223	0	32.903.427	24.630.515	0	2.468.721	601.536	26.497.700	6.405.727	6.180.079
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	62.705.078	2.677.087	3.983.526	103.298	0	61.501.937	31.835.799	0	5.685.006	3.949.483	33.571.322	27.930.615	30.869.279
1.1.3 Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.1.4 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0	150.223	0	130.750	0	280.973	0	0	0	0	0	280.973	0
1.2 Sachanlagen	6.082.523.286	237.894.622	37.730.634	-891.270	0	6.281.796.004	2.780.267.324	0	123.370.494	13.360.525	2.890.277.293	3.391.518.711	3.302.255.962
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	2.875.688.561	110.639.440	24.050.923	206.102.928	0	3.168.380.006	839.120.313	0	52.649.075	2.433.580	889.335.807	2.279.044.199	2.036.568.248
1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	2.482.724.633	28.814.161	5.809.612	10.644.849	0	2.516.374.031	1.659.691.469	0	44.922.401	3.567.055	1.701.046.815	815.327.216	823.033.164
1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	167.331.916	4.874.674	1.069.930	6.915.354	0	178.052.014	99.397.425	0	7.263.550	969.187	105.691.789	72.360.226	67.934.491
1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	267.958.805	22.490.461	6.475.285	2.428.553	0	286.402.534	180.065.879	0	18.535.468	6.365.052	192.236.295	94.166.239	87.892.925
1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	288.819.371	71.075.886	324.885	-226.982.955	0	132.587.417	1.992.237	0	0	25.650	1.966.587	130.620.830	286.827.134
1.3 Finanzanlagen	564.554.405	15.842.070	44.209.495	0	-5.256.058	530.930.921	39.390.429	605	0	120.205	39.269.618	491.661.303	525.163.976
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	42.883.918	0	39.952.762	0	0	2.931.156	120.205	0	0	120.205	0	2.931.156	42.763.713
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.3.3 Beteiligungen	352.638.302	2.000	0	0	-5.256.058	347.384.244	38.775.529	0	0	0	38.775.529	308.608.715	313.862.773
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29.371.075	0	255.913	0	0	29.115.162	0	0	0	0	0	29.115.162	29.371.075
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	34.999.910	15.799.880	0	0	0	50.799.790	0	0	0	0	0	50.799.790	34.999.910
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	104.661.200	40.190	4.000.821	0	0	100.700.569	494.695	605	0	0	494.089	100.206.480	104.166.505
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640.000	0	0	0	0	173.640.000	0	0	0	0	0	173.640.000	173.640.000

Gesamtabschluss 2018

Anlage (2) Forderungsspiegel

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		Restlaufzeiten			Gesamt EUR	Gesamt Vorjahr EUR
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
		EUR	EUR	EUR		
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	18.440.004	6.136.275	24.985.610	49.561.889	45.829.106
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	30.033.302	73.341	27.294	30.133.937	37.545.139
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	40.405.435	193.625	18.592	40.617.652	41.098.969
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen, gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	661.846	0	0	661.846	1.064.487
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	32.013.975	1.048.434	276.729	33.339.138	61.374.873
Gesamt		121.554.562	7.451.675	25.308.225	154.314.462	186.912.574

Gesamtabschluss 2018

Anlage (3) Eigenkapitalspiegel

Eigenkapital	Nettoposition und Gezeichnetes Kapital	Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses	Zweckgebundene und Sonderrücklagen	Ergebnisneutrale Eigenkapitaländerungen	Anteil Dritter am Eigenkapital	Gesamtbilanzgewinn/-verlust	Gesamteigenkapital
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Stand 01.01.2018	1.259.089.688	148.400.981	1.883.961	3.528	64.977.698	201.341.801	1.675.697.657
Zunahme	0	92.220.557	0	0	17.264.838	-55.825.315	53.660.080
Dividendenausschüttung	0	0	0	0	16.095.219	0	16.095.219
Stand 31.12.2018	1.259.089.688	240.621.538	1.883.961	3.528	66.147.317	145.516.486	1.713.262.518

Gesamtabschluss 2018

Anlage (4) Sonderpostenspiegel

Sonderposten	Stand 01.01.	Einzahlungen / Zugänge		Auflösung	Auszahlungen / Abgänge		Umgliederung	Stand 31.12.
	EUR	immat. Vermögen	Sachanlagen		immat. Vermögen	Sachanlagen		
Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	272.622.006	275.327	4.089.058	14.303.009	90.230	38.650.411	0	223.942.741
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	222.216.984	137.216	3.299.934	10.600.684	13.830	38.650.411	146.510	176.242.699
2.1.2 Zuschüsse vom nicht - öffentlichen Bereich	18.211.158	138.111	759.427	1.082.327	76.400	0	-146.510	18.096.479
2.1.3 Investitionsbeiträge	32.193.864	0	29.697	2.619.998	0	0	0	29.603.563
2.2 Sonstige Sonderposten	35.569.637	0	6.657.330	3.396.207	0	2.000	0	38.828.760
Gesamt	308.191.643	275.327	10.746.388	17.699.216	90.230	38.652.411	0	262.771.501

Gesamtabschluss 2018

Anlage (5) Rückstellungsspiegel

Rückstellungen	Stand 01.01.	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Aufzinsung	Stand 31.12.
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	557.061.583	1.290.197	13.018.065	27.665.315	1.150.472	571.569.108
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse (nur Kommune)	4.710.870	135.041	0	5.132.643	0	9.708.472
3.3 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	90.226.381	0	0	5.766.779	0	95.993.160
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	11.449.334	48.396	0	0	0	11.400.938
3.5 Sonstige Rückstellungen	145.199.318	51.035.616	8.818.872	77.037.799	635.687	163.018.316
Gesamt	808.647.486	52.509.250	21.836.936	115.602.536	1.786.159	851.689.994

Gesamtabschluss 2018

Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel

Verbindlichkeiten	Restlaufzeiten			Gesamt	Gesamt Vorjahr
	bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
4.2 P42 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	192.638.174	416.802.920	1.075.144.809	1.684.585.903	1.639.448.626
4.2.1 P421 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	171.168.647	368.352.691	958.090.193	1.497.611.531	1.446.804.185
4.2.2 P422 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	3.004.087	9.995.168	16.446.902	29.446.157	30.596.364
4.2.3 P423 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	14.365.440	38.455.061	100.607.714	153.428.215	157.048.077
4.2.4 P424 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	4.100.000	0	0	4.100.000	5.000.000
4.3. P43 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	4.372.963	0	0	4.372.963	4.144.909
4.4. P44 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	73.646.075	0	0	73.646.075	67.491.644
4.5. P45 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	18.853.677	0	0	18.853.677	19.498.763
4.6. P46 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	6.421.348	0	0	6.421.348	6.555.421
4.7. P47 Sonstige Verbindlichkeiten	103.334.025	0	0	103.334.025	114.591.873
Gesamt	399.266.262	416.802.920	1.075.144.809	1.891.213.991	1.851.731.236

Gesamtabschluss 2018

Anlage (7) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen

Vermögenslage	Nettoinvestition	$\frac{\text{Zugänge zu Anschaffungs- und Herstellkosten (AHK) des Haushaltsjahres}}{\text{Abgänge zu AHK des Berichtsjahres} \text{ ./. der Abschreibungen auf Anlagenabgänge}}$
	Investitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Sachanlagen zu AHK zu Jahresbeginn}}$
	Reinvestitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen des Berichtsjahres auf Sachanlagen}}$
	Eigenkapitalquote II	$\frac{\text{Eigenkapital einschl. Sonderposten} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
	Pro-Kopf-Verschuldung	$\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme}}{\text{Einwohnerzahl zum Stichtag}^{20}}$
Ergebnissituation	Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
	Zinslastquote	$\frac{\text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

Herausgeber:
Landeshauptstadt Wiesbaden
Dezernat III - Dezernat für Finanzen, Schule und Kultur
Schillerplatz 1 - 2
65185 Wiesbaden
dezernat.iii@wiesbaden.de

Bildquelle: ©Wiesbaden Marketing GmbH/ Fotograf: Peter Krausgrill

²⁰ gemäß der Daten des Amtes für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der LHW